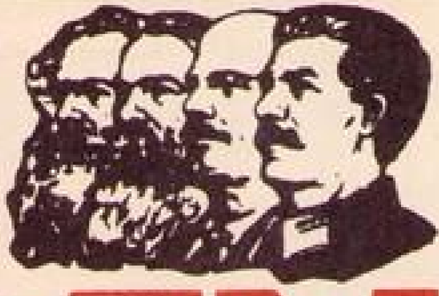
1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

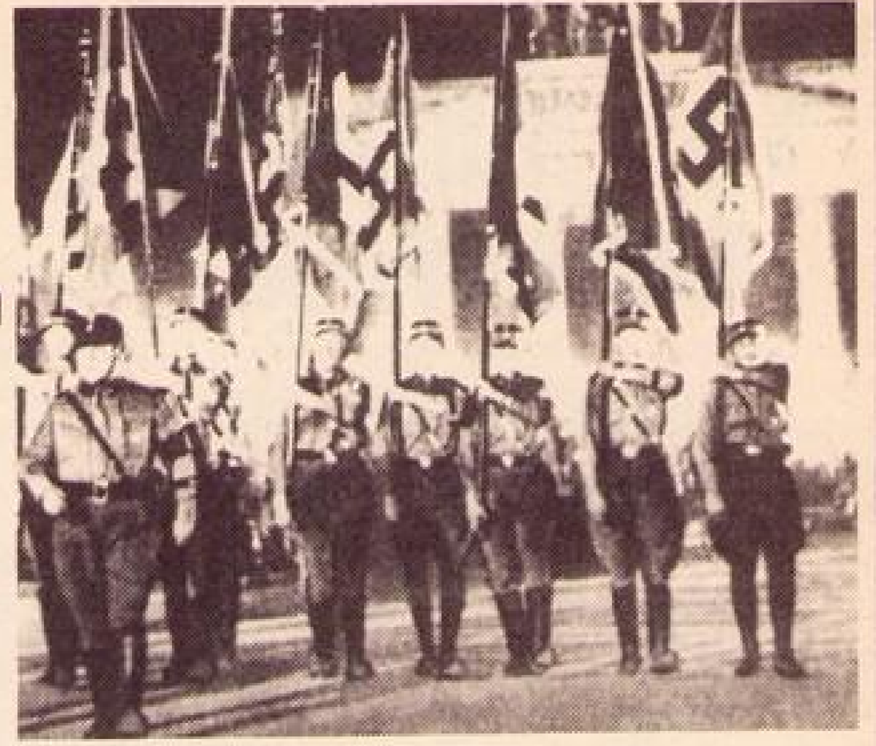


Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 9 vom 4. März 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

## Hitler und seine großkapitalistischen Hintermänner:

## Wie Hitler zum Reichskanzler gemacht wurde



## Kurzschluß bei VW

*Es war nicht der erste April. Nein. Der Kalender zeigte den 1. März. Jener Tag also, da in der Metallindustrie die Friedenspflicht ablief. Frühmorgens standen in bestimmten Metallbetrieben die Arbeiter Gewehr bei Fuß. Die Gewerkschaft hatte sie ausersehen, als erste „nach vorne zu gehen". Warnstreik! Sie sollten die Phase der neuen Beweglichkeit eröffnen.*

*Da kommt mit den Frühnachrichten die Meldung. Völlig unerwartet. Tarifabschluß bei VW! Vier Prozent bei 15monatiger Laufzeit!*

*Wie hatte die IGM-Führung doch seit Monaten getönt? In dieser Lohnrunde werde man sich auf keinen weiteren Reallohnabbau mehr einlassen. Und überdies müsse jede Art von Lohnpause kompromißlos zurückgewiesen werden.*

*Und jetzt das! Dieser Abschluß bedeutet: kampfloser Verzicht auf das Ziel der Reallohnsicherung und zudem die Einführung einer Lohnpause durch die Hintertür.*

*Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen liegt eine Stellungnahme aus der Frankfurter IGM-Zentrale noch nicht vor. Ist es möglich, daß die zuständigen Gewerkschaftsfunktionäre sich mit den VW-Bossen ohne vorherige Absprache mit Frankfurt geeinigt haben? Wohl kaum!*

*Waren also alle markigen Sprüche der Loderer, Janßen und Mayr nur leeres Stroh? Hat man die Mitglieder bewußt verarscht?*

*Wenn nicht, dann gibt's nur eins: Der Hauptvorstand muß den Abschluß anullieren! Das ist durchaus möglich! Schließlich konnte man auch die Lohnforderung aus Steinkühlers Tarifbezirk anullieren!*

*Nun wird sicher ein Einwand nicht ausbleiben: Die Unternehmerseite habe sich doch echt bewegt; das sei doch ein ganzer Sprung, von 2,5 auf 4 Prozent.*

*Sicher. Aber eben kein Sprung zur Reallohnsicherung! Kein Sprung zum Stopp der Demontage unseres Lohnniveaus!*

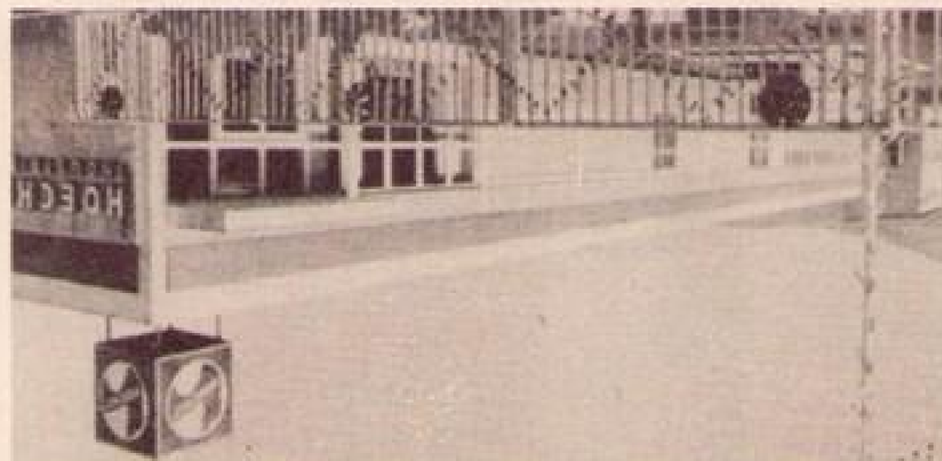
*Daß der Sprung gemacht wurde, zeigt: Die Unternehmer haben Angst vor der Kampfkraft der Metaller. Ein konsequenter Einsatz dieser Kampfkraft würde sie zu einem anderen Abschluß zwingen, einem Abschluß, der unseren Reallohn sichert.*

### Entgegen der Bonner Propaganda

# 50 Milliarden Mark verschoben

**Zahlreiche Behauptungen, mit denen die Kapitalisten und ihre Bonner Interessenvertreter stets für Lohnverzicht und Sozialabbau argumentieren, wurden jetzt von dem früheren Max-Planck-Forscher Welzk in einem Artikel im „Spiegel" widerlegt. Er beschäftigte sich in seiner Untersuchung dabei vor allem mit solchen Behauptungen wie, die Unternehmer hätten zu wenig Eigenkapital für Investitionen, aber auch mit der munter wiederholten Lüge, größere Gewinne schafften mehr Arbeitsplätze.**

11 Milliarden Mark an „stiller Reserve" hat demnach allein die Siemens AG angesammelt, davon 2,5 Milliarden im Jahr 1981. Dazu kommt noch die schlichte Tatsache, daß dieser Konzern in den letzten neun Jahren 27 Firmen im Inland und sage und schreibe 44 im Ausland aufgekauft hat.



Chemie: da wurde am meisten rausgeschafft

Auch Daimler Benz ist ein anderes herausragendes Beispiel aus der Reihe der Großkonzerne, die untersucht wurden. An der gesamten Bilanzsumme fiel zwar tatsächlich der Eigenkapitalanteil innerhalb von zehn Jahren bis 1980 um 4 Prozent-Punkte. Aber im selben Zeitraum sammelte der Konzern fast 4 Milliarden Mark an, die spekulativ angelegt wurden.

Die Robert Bosch GmbH beispielsweise verfügt über Rückstellungen, die doppelt so groß sind wie das Eigenkapital, die die Hälfte der gesamten Bilanzsumme ausmachen.

Dabei rechnet Welzk nach, daß gerade in solchen Betrieben die technische und maschinelle Ausrüstung in den letzten vier bis sechs Jahren (in denen der größte Teil dieser versteckten Reserven angesammelt wurde) nicht erneuert wurde, und schon gar nicht erweitert. Als deutlichstes Beispiel nennt Welzk hier die Gutehoffnungshütte. Der Wert des GHH-eigenen Maschinenparks sank in den fünf Jahren bis 1981 um runde 100 Millionen Mark — in derselben Zeit wurden 385 Millionen Mark für Beteiligungen ausgegeben.

Zwei Zahlen aus dieser Untersuchung geben dem Bild die Rundung: Innerhalb von viereinhalb Jahren, bis Mitte 1982 steckte die bundesdeutsche verarbeitende Industrie sage und schreibe 25 Milliarden Mark in den Ankauf und Ausbau ausländischer Beteiligungen. Und:

Allein im „Krisenzeitraum" seit Beginn 1980 flossen nochmals 24,2 Milliarden Mark als Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren ins Ausland (im Saldo). Macht zusammen runde 50 Milliarden Mark. Was deutlich macht, daß die große Mehrzahl der Monopole bisher von der Krise insofern profitiert hat, als die eigene Wirtschaftsmacht ausgebaut wurde und die Pleitenserien kleinerer Betriebe ausgenutzt wurden. Und daß das gewonnene Geld eben nicht einfach investiert wird, sondern, treu kapitalistisch, dort wo es sich nicht irgendwie rentiert, sondern dort, wo es sich am meisten rentiert. Mit Vorliebe in Billiglohnländern zum Beispiel. Und für das Argument des Lohnverzichts läßt sich so noch lange immer wieder ein Land finden, wo die Arbeiter armselig dran sind.

Mit diesem exportierten Kapital werden hier massenhaft Arbeitsplätze vernichtet. Das ist es, was die westdeutschen Kapitalisten wirklich mit ihren Profiten machen, für die die Bonner Politik so wortgewaltig eintritt. Arbeitsplatzverlagerung heißt das dann. Nur: Die Straßenbahn nach Singapur oder Rio fehlt noch...

### Sie stehen am 6. März machtlos vis-à-vis

# Wahlrecht für Ausländer!

**Wenn am Sonntag die rund 43 Millionen wahlberechtigten Bundesbürger zur Stimmabgabe aufgerufen sind, dann stehen einige — größere — gesellschaftliche Schichten, die von den Ergebnissen unmittelbar betroffen sein werden, außen vor, ohne das Recht mitzustimmen. Das betrifft vor allem die über 3Millionen ausländischen Mitbürger im wahlberechtigten Alter.**

Sie stehen außen vor, können nur warten, was geschieht. Dabei wird auch über sie und ihre Lage bei dieser Wahl mitentschieden. Darüber, ob sie ihre Kinder bei sich haben dürfen zum Beispiel. Darüber, ob die verlogene Hetze, die von Faschisten und Reaktionären betrieben wird, sie nähmen uns die Arbeitsplätze weg, sie beuteten unser Sozialsystem aus usw. usf., fortgeführt und verstärkt werden kann.

Darüber, ob eine Wirtschaftspolitik in Bonn betrieben wird, die wie jene in USA oder Großbritannien zur weiteren Verstärkung der Massenarbeitslosigkeit führt und zur rapiden Verarmung gerade bestimmter Minderheiten. Alles dies betrifft diese Millionen von Menschen unmittelbar. Ohne daß sie gefragt werden.

Sicher: Das Recht zu wählen, da liegt noch ein Weg dazwischen. Denn dies ist ja auch untrennbar verbunden mit der Forderung nach der deutschen Staatsbürgerschaft, also nach einer doppelten Staatsbürgerschaft. Eines ohne das andere wird es nicht geben können.

Aber da liegen eine Reihe von Zwischenschritten, wie die seit längerem — von verschiedenen Seiten geforderte — Berechtigung an Kommunalwahlen teilzunehmen usw. Alles, was die politischen Rechte der ausländischen Mitbürger stärkt, wird von der KPD unterstützt werden, denn es ist jeweils ein Beitrag, ihre Diskriminierung zu beseitigen. Eine rechtlose, verleumdete Minderheit jedenfalls ist ein leichteres Opfer eines Pogroms, das die äußerste Reaktion heute schon vorbereitet. (Siehe dazu auch Seite 6.)

### Gegen Sparpolitik und Arbeitslosigkeit

# Massenprotest in Belgien

**BRÜSSEL. — Unter der Parole „Kampf für mehr Arbeit" demonstrierten am vergangenen Wochenende in Brüssel fast 100000 Menschen. Diese Aktion macht den wachsenden Widerstand der belgischen Arbeiter gegen die Rechts-Regierung des christdemokratischen Politikers Wilfried Martens deutlich.**

Die Arbeitslosenzahl in Belgien ist im Januar auf 14,5 Prozent hochgeschnellt, mehr als 500000 Arbeitslose gibt es, bei nur neun Millionen Einwohnern.

Im vergangenen Jahr hatte die Regierung Martens erstmals in die bis dahin geltende Koppelung der Erhöhung von Löhnen und Gehältern an den Index der Lebenshaltungskosten eingegriffen. Das führte zu einem realen Kaufkraftverlust von 3,5 Prozent. Im gleichen Jahr hatte die Regierung mittels Sondervollmachten die öffentlichen Ausgaben schon um etwa zwei Milliarden Mark gekürzt, jetzt will sie die Sondervollmachten für ihr Sparprogramm weiter verlängern.

Für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und die Neuverteilung der Arbeit, sprich Arbeitszeitverkürzung ohne weitere Belastung der Arbeiter durch den Staat, wurde in Brüssel protestiert. Dabei wurde erfreulicherweise erstmals seit vier Jahren eine gemeinsame Aktion der christlichen und sozialistischen Gewerkschafter erreicht. Der Druck auf die Regierung nimmt zu.



Die Demonstration in Brüssel am 26. Februar

# „Zerschlagt die Grauen Wölfe Freiheit für Dev Sol!"

**Mehr als 300 Menschen demonstrierten am 26. Februar in Dortmund gegen das Verbot der türkischen Organisationen Dev Sol und Halk Der durch die Bundesregierung.**

Auf Spruchbändern, durch Parolen und in der Kundgebungsrede wurde die Ausländerpolitik der Bundesregierung insgesamt angeprangert und auch ihre allseitige Unterstützung für das faschistische Militärregime des Kenan Evren herausgestellt. Die Demonstranten forderten die Aufhebung des Verbots der beiden türkischen Organisationen und die kämpferische Solidarität mit ihren inhaftierten Mitgliedern, denen die Ausweisung und damit Folter und Tod in den Gefängnissen der Junta droht. Es wurde daran erinnert, daß nach dem Verbot der palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA vor zehn Jahren etwa 200 Mitglieder dieser revolutionären, demokratischen Organisationen abgeschoben wurden. Der nun drohende Schreibtischmord muß verhindert werden!

Das Verbot von Dev Sol und Halk Der wurde als Schlag gegen alle fortschrittlichen antifaschistischen Ausländer und auch gegen die westdeutschen linken, antifaschistischen Organisationen gekennzeichnet. Immer wieder wurde auf der Demonstration gefordert, stattdessen endlich den faschistischen Grauen Wölfen, dieser Mord- und Terrorbande, das Handwerk zu legen.




Ein Eindruck von der Hamburger Demonstration, an der sich am vorletzten Wochenende mehr als 1000 Menschen beteiligten.

### Steuerlast weiter gestiegen

# 123 Milliarden Lohnsteuer

**Laut beklagten sich in den letzten Wochen die Steuereintreiber der Republik über den Rückgang der Einkommenssteuer. Dabei „vergaß" man die Ergänzung, daß dafür die Lohnsteuer, trotz steigender Arbeitslosenzahlen, um weitere sieben Milliarden Mark anstieg.**

Von 116 auf 123 Milliarden Mark ist 1982 die Gesamtsumme der bezahlten Lohnsteuer angestiegen. Dagegen sank im selben Zeitraum die Einkommenssteuer von fast 33 auf nur noch 30,6 Milliarden Mark.

Und daß es nicht etwa besserverdienende Arbeiterfamilien sind, die da plötzlich weniger bezahlen müssen, die mit ihrem Einkommen auf die eine oder andere Weise in die Einkommenssteuer gerutscht sind, das wird klar, wenn man sich die Gründe, die offiziell für diesen Rückgang angegeben werden, ansieht.

Da werden vor allem zwei genannt. Es wird schon immer weniger vorausbezahlt (abgesehen von den — allseits im Gespräch befindlichen, aber in Wahrheit noch größeren — sieben Milliarden Steuerschulden), weil die Geldanlagen in Abschreibungsmodellen immer mehr zunehmen. Und ebenfalls immer mehr wird in die — spätestens seit dem Neuen-Heimat-Skandal bekannten — Berlin-Darlehen gesteckt. So wird der „ganz legale" Steuerbetrug der Großverdiener allmählich in der offiziellen Steuerbilanz immer deutlicher sichtbar.

Die SPD hat nun im Wahlkampf versprochen, entgegen ihrer früheren Politik, da einiges zu ändern. Aber nur an der Oberfläche, bei der Eintreibung der Steuerschulden, nicht bei den gesamten Abschreibungsgeschäften ...

Von den anderen Bonner Parteien, die ja auch stets vorgeben, sich um die staatliche Finanzmisere kümmern zu wollen hört man in diese Richtung gar nichts. Denn in die eigene Tasche oder die der engsten Parteiklientel will man natürlich nicht greifen, wozu gibt es schließlich die Sozialhaushalte, wenn man einsparen muß.



Arbeiter sind die Betrogenen in diesem Steuersystem

# Kommentiert

## Peinlicher Augenblick

*Es war die inzwischen schon gewohnte Fernsehversammlung. Vertreter der „vier" Bonner Parteien und Willi Hoss für die Grünen diskutierten über ein Thema, diesmal Wirtschaftspolitik.*

*Und da wagte es doch Willi Hoss, das Thema „Flick-Bestechung" anzusprechen. Empörung, Entrüstung, Aufruhr — ein richtiger Stich ins Wespennest. Der feine Herr Moderator zeigte sich gar nicht moderat sondern drohte sofort mit Wortentzug.*

*Schließlich: Wo kommt man hin, wenn bestochene „Volksvertreter" auch noch in der Öffentlichkeit, in ihrer Anwesenheit gar, der Bestechlichkeit zeiht? Das ist ja der reinste Politterror, oder wie? Kann man denn nicht mehr in Ruhe „arbeiten"?*

*Das wäre wahrhaft ein Thema gewesen, für eine Fernsehrunde, die in die Geschichte hätte eingehen können. Aber bundesdeutsche Fernsehjournalisten sind dafür — bestenfalls — zu feige. Willi Hoss machte leider einen Rückzieher und nahm „Anwesende" (Lambsdorff!?) aus.*

*So blieb es ein peinlicher Augenblick für die feinen Bonner Herren. Schade. Aber ein Augenblick, in dem deutlich wurde, wieviel Angst sie haben, davor, daß die Wahrheit ans Tageslicht kommt. Dazu brauchte der Allparteien-Schweigepakt aus Bonn nur ein bißchen durchbrochen zu werden. Denn: Zum Thema Wirtschaftspolitik hätte es ja sowieso dazugehört ...*

## Der Seher

*Als er in Amerika war, sah er — als einziger außer Ronnie persönlich — den Aufschwung. Als er jetzt auf der Frühjahrsmesse in Frankfurt sprach, verkündete er ihn auch bei uns. Dieser große Seher bleibt aber auch hier allein, begleitet nur von der Wahlpropaganda der Regierung. Daß 12 Millionen Arbeitslose dort und 2,5 Millionen hier eigentlich dagegen sprechen, das kümmert ihn und seinesgleichen wenig. Ihm geht es ja schließlich auch nicht um die Arbeitslosen, sondern um die Gewinne der Kapitalisten.*

*Daß er eben dabei so manches sieht, was andere nie zu sehen kriegen, ist ja klar. Die dicken Schecks von Flick sieht auch schließlich nicht jeder. Und außerdem hat Graf Otto, ganz oben von seinem Ministerium aus, schon den besseren Überblick ...*



Das Karlsruher Verfassungsgericht: Hochburg der Reaktion

### Der BVG-Präsident macht Wahlkampf

# Rentenkürzung legal?

**Im Bayerischen Fernsehen äußerte sich am Sonntagabend der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Ernst Benda zur Rentenversicherung und ihr Verhältnis zum Grundgesetz. Der frühere CDU-Minister zeigte sich dabei „voll auf Parteilinie".**

Die Ansprüche aus der Sozialversicherung, so meinte Benda, stünden allesamt unter dem Schutz des Eigentumsparagraphen 14 des Grundgesetzes, insbesondere sogar die Ansprüche aus der Rentenversicherung.

Das heißt aber nur, daß es „an sich" ein Recht auf Rente besteht. Zwei Einschränkungen führte der oberste bundesdeutsche Richter sofort an. Zum einen hieße das — selbstverständlich — nicht, daß damit ein rechtlich definierter Anspruch auf ein bestimmtes Maß der Rente bestehe, also Kürzungen sind legal. Zum anderen meinte er, und da steht er mit Strauß und Co. offen in einer Reihe, daß eben der Staat keine Versorgungsgarantie geben könne, dies müßten die Leute schon selbst machen.

Die Illusion einer totalen Sicherung durch den Staat schaffe nur Enttäuschung, aus der Staatsverdrossenheit hervorgehe.

Also, auf deutsch: Die berüchtigte „Subsidiarität" der CDU-Wahlkämpfer wird vom Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes auf das wärmste unterstützt. Der Rentenanspruch an sich bleibt ja schließlich auch gewahrt, wenn manch einer dabei verhungert. Ernst Bandas Pension wird es schon nicht treffen.



Der Kanzler mit dem Knicks vor „ihrer Majestät" hat sich mit seinem Lehrstellentrick selbst ausgetrickst ...

### Statt „Kanzler-Initiative schafft 30000 Lehrstellen" muß es heißen:

# CDU-Wahlkampf schafft große Ente

**Laut posaunten es die Wahlkampfstrategen heraus: Helmut Kohl persönlich habe durch seine Initiative den Unternehmern eine Garantie für 30000 zusätzliche Lehrstellen abgerungen. Doch diese Birne fiel zu früh vom Baum. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstags, wahrlich kein Gegner der CDU, widerlegte jetzt diesen Propagandarummel.**

Von einer wirklichen Garantie für diese zusätzlichen Lehrstellen könne natürlich nicht die Rede sein, meinte der DIHT-Geschäftsführer in seiner schriftlichen Antwort auf einen Brief des SPD-Abgeordneten Weiskirchen hin.

Nachdem also schon klar war, daß die 30000 Lehrstellen in keiner Weise ausreichen würden, um die fast 200000 jungen Menschen ohne Ausbildung in irgendeiner Weise zu „versorgen", fallen nun auch sie flach. Es gibt kein Versprechen für die CDU, es gibt nur die Lügen dieser Partei. Dieser Kanzler schafft Vertrauen — aber offensichtlich nur in den Chefetagen der Konzerne und bei den Großverdienern.

Da nützt auch der Pakt Kohls mit CSU-Stingl nichts mehr, die wahren Zahlen über die Jugendarbeitslosigkeit künftig zu verschweigen.

Das einzige, was bleibt, bei der gesamten Lehrstellenfrage, ist die erklärte Absicht, verstärkt „Ausbildungshemmnisse" abzubauen. Also alles, was mit Jugendschutz usw. zu tun hat, und die armen Unternehmer hemmt, vermehrt Lehrlinge als billige Arbeitskräfte einzustellen.

# Wahlkampf-Schlaglichter

**Die großen Werbetafeln, die in Bielefeld der KPD im Wahlkampf zur Verfügung standen, nutzten die dortigen Genossen zu fantasievollen Anschlägen.**

CHANCENGLEICHHEIT
DAMIT BANKIERS
NICHT ARME LEUTE WERDEN.
DAMIT ARME LEUTE
NICHT BANKIERS WERDEN.
CDU-CSU-FDP
KPD

VOLKSZÄHLUNG
Damit neunzehnhundert-
vierundachtzig
George Orwells '1984' wird!
CDU/FDP/SPD
KPD

BAFÖG
Meinen Sie etwa,
daß ArbeiterKinder
studieren sollten?!
CDU/FDP
KPD

ATOMRAKETEN
Besuchen Sie
EUROPA-
solange es noch existiert!
(Werbeslogan eines US-amerikan.
Reiseunternehmens)
KPD

**Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD**

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

## Bischofskonferenz in Trier

# Kampfansage an § 218

**Die Frühjahrsvollversammlung der deutschen katholischen Bischöfe, die in der letzten Woche in Trier tagte, hat beschlossen, ihre Positionen zur atomaren Aufrüstung erst nach der Wahl zu veröffentlichen. Um so lauter hat man sich dagegen zum § 218 geäußert.**

**„Wir können und werden uns nicht mit der jetzigen Gesetzeslage und der Abteibungspraxis abfinden.“** Das ist ein wörtliches Zitat aus der Stellungnahme dieser Konferenz. Also eine offene Kampfansage, die Ankündigung massiver katholischer Einmischung in die politische Öffentlichkeit.

Daß die Kirche nur aufgrund der besonders reaktionären Traditionen in diesem Staat überhaupt das Recht zu so massiver politischer Einmischung hat, wie sie es in den berüchtigten Hirtenbriefen seit jeher tat, soll hier einmal außen vor gelassen werden.

Daß die Riege des Kardinals Höffner gerade jetzt so eindeutig Stellung bezieht, zeigt natürlich wieder ganz deutlich, daß es sich bei der ganzen Auseinandersetzung um eine Gegenreform des § 218, um eine organisierte schwarze Kampagne handelt.

Dafür hatte man eben nicht nur die Redakteure der „Neuen Bildpost“ vorgeschickt, sondern auch das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, das schon im vergangenen Jahr eine Initiative unter der verlogenen Parole „Rettet das Leben“ gestartet hat.

Daß es ihnen darum gar nicht geht, das zeigt nicht nur die Weigerung dieser Konferenz, etwas zur Erhaltung des Friedens, konkret gegen die Aufrüstung zu sagen — immerhin ja eigentlich auch eine Frage bei der „das Leben“ und sein Schutz irgendwo mitspielt...

Das gleiche Zentralkomitee, das bei der Kampagne gegen den § 218 den Vorreiter für die jetzige Offensive machte, hat sich nämlich auch schon — „natürlich“ nur im Notfall, versteht sich, sowieso — für die atomare Aufrüstung ausgesprochen.

Also: Ums Leben an sich geht es ihnen nicht. Warum aber dann diese Attacken? Höffner griff ja auf der Pressekonferenz frontal die SPD wegen deren Wahlkampfaussage zum § 218 an, kritisierte aber auch Herrn Geißlers CDU-Vorgehen, die reaktionäre Gegenreform über die Finanzierung zu machen (eben das Thema, worum es jetzt im Karlsruher Gericht geht und wogegen die Frauen aus der ganzen BRD demonstriert haben). Solche „Halbherzigkeiten“ liebt der Kardinal nicht. Er will den offiziellen politischen Kniefall, einen „Gang nach Köln“, einen politischen Kniefall vor seiner Amtskirche. Da sind offensichtlich mit der „Wende“ in Bonn auch nebenan alte Bestrebungen neu erwacht, was Machtansprüche der Bischöfe und Kardinäle betrifft.




Bischofssynode: Das Leben hat sich der Doktrin anzupassen ... SZ-Zeichnung: Marie Marcks

Und das richtet sich eben heute zuerst gegen die Frauen, die nach der Dogmatik dieser hohen Herren eben als gottgewollte, naturgegebene Gebärmaschinen zu funktionieren haben. Denn es geht ihnen natürlich dabei auch um ihre grundsätzlichen unwissenschaftlichen Lehren. Die göttliche Seele ist dann eben sofort da (wann, wie, wo, das braucht man weder zu wissen noch zu fragen, nur zu glauben) von der ersten Sekunde an ein Mensch angeblich, den man mit Abtreibung tötet. Auf diesem ganzen mittelalterlichen Phantasiegebilde beruht die grundsätzliche Gegnerschaft der Vatikan-Funktionäre gegen die Abtreibung. Und mit den Kapitalisten sind sie sich insoweit einig, als es zumindest den Arbeiterfrauen unmöglich gemacht werden soll, abzutreiben. Weil sonst die in jeder Hinsicht für sie günstige Fesselfunktion vielleicht zerstört würde...

Demgegenüber unterstützen die Kommunisten die Forderung nach Abtreibung auf Krankenschein.

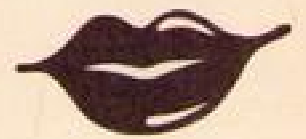
---

**Mit der abgebildeten Karte, die auf Kantinentischen und anderswo herumsteht, wirbt die Firma Siemens bei den weiblichen Beschäftigten um Verbesserungsvorschläge.**

**Wie Siemens-Frauen diese Aktion und die Ansichten dazu im Betrieb sehen, steht im neuesten „Roten Lautsprecher“ der Betriebszeitung der KPD für Siemens/Witten.**

## *Was denken die sich bloß dabei!*

-Kreativität -
*ist weiblich!*



*Frauen sind erfinderisch*
Besser für uns alle

**Die Betriebsleitung:** Hier unser trickreiches Vorgehen, um japanische Zustände zu schaffen. Den Frauen ein bißchen Honig um den (nichtvorhandenen) Bart schmieren und schon vergessen sie die niedrigen Lohngruppen, die hohen Akkorde, den ganzen Ärger. (...) Schon kennen sie nichts Höheres mehr als sich in Qualitätsgruppen und mit Verbesserungsvorschlägen für die Firma stark zu machen. Damit es für Siemens weiter aufwärts geht und mit den Arbeitsplätzen weiter abwärts. Damit dem letzten Geschäftsjahr mit einer Gewinnsteigerung von 20 Prozent und einem Belegschaftsabbau von 14000 Kolleginnen und Kollegen ein noch besseres folgt!!!

**Die Kollegen:** Ansprechend, der Mund, verlockend, weiblich, ... Kreativität ist weiblich ..., meinen die das Kinderkriegen oder? Sag mal, was denkst du dabei? Lach doch nicht so, du denkst immer nur an das eine ..., und das in der Kantine, beim Mittagessen. Stimmt, das Ding hätte viel besser an die Eingangstür einer Nachtbar gepaßt...

**Die Kolleginnen:** Ich glaub, da hat sich einer vertan! Kreativ, erfinderisch?? Und das bei Lohngruppe 2, wo uns schwarz auf weiß bescheinigt wird, daß unsere geistigen Fähigkeiten gleich null sind?! Und jetzt plötzlich kreativ, erfinderisch... Was wollen die bloß von uns? Ja, ja, die wollen mal wieder was von uns!!!

**Merke:** Es sollen Arbeitsplätze weg. Für jeden Vorschlag gibt es Speck. O, arme Mäuse, geht nicht in die Falle.

**Besser für uns alle**

---

**Demonstration zum internationalen Frauentag**

**Hamburg, 8. März**
**Abmarsch: 17 Uhr Moorweide**
**Abschlußkundgebung: 18.30 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus**
**Ab 19 Uhr: Frauenfest im Gewerkschaftshaus**



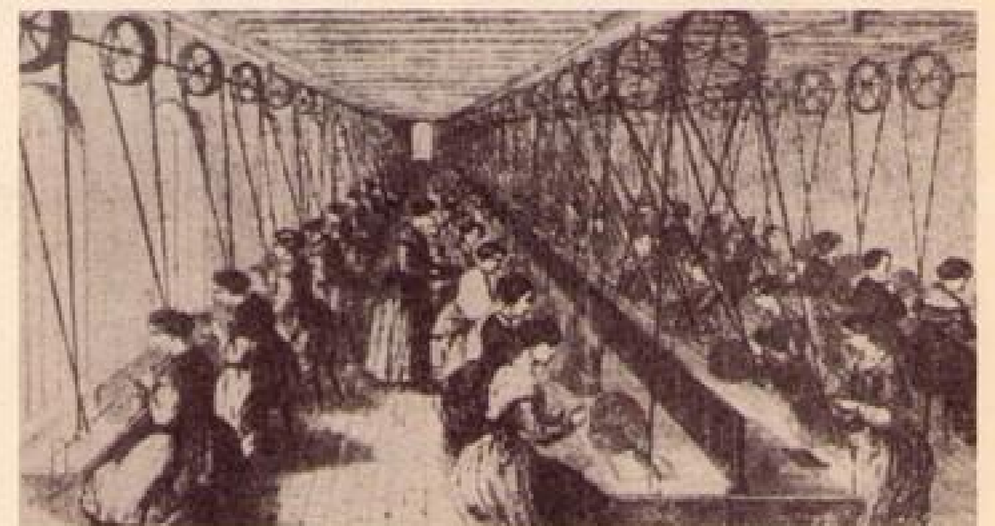

5000 demonstrierten in Karlsruhe gegen die reaktionären Angriffe auf den § 218. „Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine“ war das Hauptmotto dieser Aktion, bei der es nicht zuletzt darum ging, zu verhindern, daß Abtreibung wieder ein Klassenrecht der Reichen wird. Diese Angriffe der Reaktion, wie sie verstärkt von den Bischöfen vorgetragen wurden, werden sich vermutlich in nächster Zeit verstärken.



## Frauen in der industriellen Arbeitswelt ...

**... ist der Titel einer Fotoausstellung, die von der IG Metall, Abt. Frauen und der Redaktion der Zeitschrift „der gewerkschafter“ erstellt wurde. Wie Frauen in Fabriken und Büros immer benachteiligt wurden, wie diese Benachteiligung auch heute noch existiert, zeigt die Ausstellung in vielen Bildern und Dokumenten.**

**Diese Ausstellung, die vom 3.3. bis zum 9.3. im Info-Zentrum des Bochumer Rathauses zu sehen ist, kann von allen IGM-Verwaltungsstellen ausgeliehen werden.**



Schleifsaal in einer Metallwarenfabrik im Jahre 1860



Bestückung von Leiterplatten in einem Elektrounternehmen 1980

---

**Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei**

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

**Sektion Westberlin,** 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

### Weil sie Kollegen über Kontrollsystem informierte

# Betriebsrätin bei Signal-Versicherungen gefeuert

**DORTMUND. — Am 24. Januar wurde bei der Hauptverwaltung der Signal-Versicherung in Dortmund die 29jährige Betriebsrätin Beate Hasenjürgen fristlos entlassen. Der Grund: Sie hatte Kolleginnen und Kollegen in ihrer Abteilung über ein sie betreffendes geplantes System zur Kontrolle von Leistung und Verhalten informiert.**

Die aktive Gewerkschafterin Beate Hasenjürgen war bei Signal als Organisationsprogrammiererin beschäftigt. Als die Unternehmensleitung dem Betriebsrat ein „Konzept zur mitarbeiterbezogenen Auswertung von Systemdateien" vorlegte, war für die Kollegin klar, daß sie die betroffenen Kolleginnen und Kollegen in ihrer Abteilung darüber zu informieren hatte. Denn mit diesem System sollen die am Datensichtgerät arbeitenden Programmierer(innen) einer totalen Kontrolle unterworfen werden: Fehler, Leistung, Schnelligkeit, ja sogar den Papierverbrauch jedes Einzelnen, können die Bosse durch dieses System genau überwachen.

Nach Angaben der Geschäftsleitung lösten die Informationen bei den Kolleginnen und Kollegen „erhebliche Unruhe" aus und führten „zu erregten Fragen an die Führungskräfte". Die Signal-Bosse, denen die couragierte Betriebsrätin schon lange ein Dorn im Auge war, hielten nun offenbar den Punkt gekommen, um ein Exempel zu statuieren. Sie legten dem Betriebsrat den Antrag auf fristlose Kündigung von Beate Hasenjürgen vor (Betriebsräte können nur mit Zustimmung der Betriebsratsmehrheit auf dem Wege einer fristlosen Kündigung entlassen werden).

Schändlicherweise stimmte der Betriebsrat dem Antrag mehrheitlich zu. Auch im Betriebsrat gibt es also offenkundig Kräfte, denen eine gewerkschaftlich engagierte Kollegin, die sich konsequent für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen einsetzt, nicht in den Kram paßt.

Dabei liegt es auf der Hand, daß diese Maßregelung einen Angriff auf den Betriebsrat insgesamt und seine Rechte darstellt. Eine offensive Informationspolitik soll schon im Keim erstickt werden. Einschüchterung der gesamten Belegschaft ist dabei das Ziel. Man muß bedenken, daß in wenigen Wirtschaftszweigen zur Zeit so stark rationalisiert wird, wie in der Versicherungsbranche.

Auch die Dortmunder Bezirksleitung der Gewerkschaft HBV schätzt den Hintergrund dieser Maßregelung so ein. In einem Flugblatt, in dem die Signal-Beschäftigten zur Solidarität mit Beate Hasenjürgen aufgerufen werden, schreibt die HBV: „Der Signal-Vorstand will sich mittels seines Vorgehens gegen Beate Hasenjürgen ein Disziplinierungsinstrument für die Betriebsratsmitglieder schaffen, um eine offensive Informationspolitik der Arbeitnehmervertretung bei der Einführung von Kontrollprogrammen und Rationalisierungsmaßnahmen zu verhindern."

Die HBV fordert in dem Flugblatt die Rücknahme der Kündigung und die sofortige Wiedereinstellung der Betriebsratskollegin.

Von der gegebenen Rechtslage aus gesehen ist die Kündigung unhaltbar. Die Unternehmensleitung begründete sie mit einer „schwerwiegenden Verletzung der Verschwiegenheitspflicht", der die Betriebsrätin sich schuldig gemacht habe. Aber selbst wenn die Unternehmensleitung dem Betriebsrat gegenüber die Information über das geplante Kontrollsystem ausdrücklich als geheimhaltungspflichtig gekennzeichnet hätte (was nicht der Fall ist), hätte ihre Weitergabe an Belegschaftsmitglieder nicht gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen. Derartige Informationen unterliegen nach der einschlägigen Rechtssprechung weder der sogenannten Treuepflicht (wie sie in § 611 des BGB festgelegt ist), noch sind sie „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse" im Sinne von § 79 des Betriebsverfassungsgesetzes.

Beate Hasenjürgen hat über ihren Rechtsanwalt beim Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung auf Weiterbeschäftigung und Aufhebung des ihr erteilten Hausverbots gestellt. Sie will mit allen Mitteln für ihre Wiedereinstellung kämpfen.



In mehreren Zügen marschierten die Stahlarbeiter der Klöckner-Hütte durch das Werk. Sie hatten die Arbeit niedergelegt, um gegen angekündigte Maßnahmen zur Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung zu protestieren und ihrer Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie Nachdruck zu verleihen.

### 38jähriger Arbeiter starb den Asbest-Tod

# Berufsgenossenschaft verweigert Witwe die Rente

**NÜRNBERG. — Mit 38 Jahren starb der Asbestarbeiter Alfred Oppenheimer an Lungenkrebs — zerfressen vom Todesstaub, den er Tag für Tag bei der Arbeit einatmen mußte. Kollege Oppenheimer hinterließ eine Witwe mit sieben Kindern. Ungerührt teilte die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie aus Nürnberg Frau Oppenheimer jetzt mit, daß sie keine Rente erhalten wird.**

Genau 16 Jahre und drei Monate hatte Alfred Oppenheimer bei Eternit, dem Branchenführer der Asbestzementindustrie, geschuftet. Im Neuburger Eternit-Werk mußte er u. a. Asbestsäcke von Waggons abladen und aufschneiden. Schutzvorschriften gab es bei Eternit nicht. Die Arbeiter wurden auch nicht über die mörderische Gefahr aufgeklärt, die die ständige Berührung mit dem Asbest-Staub mit sich bringt.

Was die winzigen nadelförmigen Asbest-Fasern anrichten, wenn sie zusammen mit der Atemluft in die Lunge gelangen, wird in der Medizin so beschrieben: *„Sie zerstechen das Zellgewebe, verursachen dann Lungenstarre* (*Asbestose*) *und führen zum Krebs. Häufig mit 20- bis 30jähriger Verzögerung".*

Nach wie vor sperren sich die Kapitalisten und ihre politischen Erfüllungsgehilfen gegen das vom DGB geforderte Verbot des „Krebserregers Nr. 1 am Arbeitsplatz". Dies, obwohl längst Ersatzstoffe entwickelt sind, die die erforderlichen Eigenschaften aufweisen.

Im Kapitalismus zählt eben nur der Unternehmerprofit. Skrupellos setzt man Gesundheit und Leben der Arbeiter aufs Spiel. Nicht nur weigert man sich, Asbest endlich durch ungefährliche Stoffe zu ersetzen — man vernachlässigt bei alledem auch noch die vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen mit unglaublicher Gewissenlosigkeit.

Und wenn dann ein Arbeiter gesundheitlich ruiniert oder auf qualvolle Weise gestorben ist, versuchen die Berufsgenossenschaften auch noch, sich auf jede Art und Weise um ihre finanziellen Verpflichtungen zu drücken. Im Falle von Alfred Oppenheimer wird die Ablehnung des Rentenantrages der Witwe z.B. damit begründet, daß sein Tod angeblich mit Asbest nichts zu tun habe, denn sein Lungenkrebs sei nicht in Verbindung mit einer Asbestose aufgetreten. Nur diese Kombination ist in der Bundesrepublik nämlich als Berufskrankheit anerkannt.

Unter Fachleuten ist aber längst unumstritten, daß eine Asbestose keineswegs die notwendige Vorstufe für eine durch Asbest ausgelöste Lungenkrebserkrankung ist. Und in anderen Ländern wurde dieser Erkenntnis längst Rechnung getragen, so daß Asbestopfer dort entsprechend entschädigt werden.

### Gegen Arbeitsplatzvernichtung — für Verstaatlichung

# Warnstreik auf der Klöckner-Hütte

**BREMEN. — Am vergangenen Freitag (25.2.) trat auf der Klöckner-Hütte in Bremen die Frühschicht in einen mehrstündigen Warnstreik. Die Stahlarbeiter protestierten gegen einen von der Werksleitung angekündigten Abbau von Arbeitsplätzen und forderten die Verstaatlichung der Stahlindustrie.**

Die Streikaktion war die Antwort der Stahlarbeiter darauf, daß die Klöckner-Bosse am Mittwoch (23.2.) einen Entlassungsfeldzug auf der Hütte angekündigt hatten:

1800 Arbeitsplätze quer durch alle Werksbereiche der Hütte sollen bei dieser „Vorabsanierung" vernichtet werden. Das würde bedeuten, daß etwa jeder Dritte seinen Arbeitsplatz verliert.

Die Arbeitsniederlegung begann etwa um halb neun Uhr morgens. Sie wurde um zwölf Uhr beendet. In mehreren Demonstrationszügen marschierten die Stahlarbeiter durch das Werk. Auf Schildern und Transparenten forderten die Kollegen die Verstaatlichung der Stahlindustrie, die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und, daß Steuergelder an die Stahlbarone nur noch bei Arbeitsplatzgarantien vergeben werden dürfen.

Auf zwei Schildern waren folgende Parolen zu lesen: „Betriebliches Vorschlagswesen: Enteignet Henle!" und „Betriebliches Vorschlagswesen: Henle, Gienow, Bogdandy an (in) den Hochofen!" (Henle, Gienow und Bogdandy sind Vorstandsmitglieder.)

Die Kollegen zogen auch durch das Verwaltungsgebäude. Vor dem Gebäude wurde eine Kundgebung abgehalten. Hier verlas unter anderem ein Kollege von der Bremer Vulkan-Werft, deren Belegschaft zur Zeit ebenfalls gegen eine massive Arbeitsplatzvernichtung ankämpfen muß, eine Solidaritätserklärung.

Zum Schluß wurde eine demonstrative Abstimmung über die Forderung nach der Verstaatlichung der Stahlindustrie durchgeführt. Alle versammelten Stahlarbeiter stimmten für die Verstaatlichung. Es gab nur eine einzige Gegenstimme. Und diese kam vom Arbeitsdirektor der Hütte!

An der Aktion beteiligte sich ein Großteil der gesamten Frühschicht. Nur in den Heißbetrieben war die Beteiligung teilweise schwach, was jedoch auf massive Repressalien der Werksleitung zurückzuführen ist.

### Dortmund, Alsfeld, Hamburg, Bremen und Bayreuth

# Protestaktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung

**In der vergangenen Woche kam es wieder zu einer ganzen Reihe von größeren Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung. Berichte und Meldungen liegen uns vor über Demonstrationen und Warnstreiks in Dortmund, Alsfeld, Hamburg, Bremen und Bayreuth.**

Am Montag legten die 1000 Beschäftigten der zum Thyssen-Konzern gehörenden **Magnet-Werke** in **Dortmund** für etwa eine Stunde die Arbeit nieder. Auf dem Werksgelände demonstrierte die Belegschaft für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Die Kollegen wehren sich gegen Pläne der Konzernherren, im Zuge der Zusammenlegung der Edelstahlproduktion von Thyssen und Krupp dieses Werk auszugliedern und mehrere hundert Arbeitsplätze, wenn nicht das ganze Werk, zu vernichten.

In der oberhessischen Stadt **Alsfeld** kam es am Dienstag zu Protestaktionen der 380köpfigen Belegschaft der **Kleiderfabrik Georg Bücking**, nachdem am Montag alle Belegschaftsmitglieder gekündigt worden waren. In der Nacht zum Dienstag hatten dann etwa 30 Frauen und Männer im Betrieb Wache über die teilweise fertige Kollektion und die Maschinen gehalten.

Während der Protestdemonstration der Bücking-Belegschaft ertönten in Alsfeld Fabriksirenen und Kirchenglocken. Gleichzeitig legten mehrere tausend Beschäftigte in Alsfelder Betrieben aus Solidarität für zehn Minuten die Arbeit nieder. Im Anschluß an die Demonstration kehrten die Kollegen wieder in die Kleiderfabrik zurück. Sie wollen eine Schließung des Betriebes nicht zulassen. Belegschaftssprecher erklärten: „Wir bleiben im Betrieb, und wenn wir ihn besetzen müssen." Über den weiteren Verlauf des Kampfes bei Bücking liegen uns leider noch keine Informationen vor.

Am Donnerstag führte die **IG Metall** in **Hamburg** eine Demonstration unter dem Motto „Für Arbeitsplätze — Gegen Lohnabbau" durch, an der rund 5000 Menschen, überwiegend Metaller, aber auch Kollegen aus anderen Betrieben, teilnahmen. Wesentlich geprägt war das Bild dieser Demonstration von den Werftarbeitern von HDW.

In einem Flugblatt der KPD, das zur Mobilisierung für die Demonstration in verschiedenen Hamburger Betrieben verbreitet wurde, hieß es:

„72000 Arbeitslose in Hamburg. 1980 waren es ‚erst' 23000. Selbst der Senat rechnet 1985 mit mehr als 100000. Allein auf der HDW (Howaldts-Werke-Deutsche Werft) waren 1968 noch 12500 beschäftigt. Heute sind es noch 4600. Am Freitag ist der vorerst letzte Stapellauf. Und danach? Läutet die Totenglocke für die Werft? Und für MAN und viele andere Betriebe auch?

Das ist kein Schicksal. Das sind auch nicht ‚verfehlte wirtschaftspolitische Maßnahmen' (IG-Metall-Flugblatt) der Bundesregierung oder ‚Mißmanagement'.

Das ist die Krise der kapitalistischen Wirtschaft, die auf unserem Rücken ausgetragen wird."

In dem KPD-Flugblatt wird auch eine Kritik aufgegriffen, die in mehreren Betrieben an der Art laut geworden war, wie die IGM-Ortsverwaltung diese Demonstration angelegt hatte:

„Auch wenn eine solche Demonstration **während der Arbeitszeit** druckvoller gewesen wäre (wie die Vertrauenskörper von HDW, MAN, Still, Reynolds und AEG-Telefunken es gefordert hatten) — dagegen haben sich die Bremer in der IG-Metall-Ortsverwaltung durchgesetzt (...). Klar: Solch eine Kundgebung außerhalb der Arbeitszeit ist nicht **das** Mittel, unsere Interessen durchzusetzen, nach sicheren Arbeitsplätzen, nach Sicherung unseres Lebensstandarts, nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Aber sie ist ein erster Schritt dazu. Denn die gegenseitige Unterstützung, die wir durch diese gemeinsame Demonstration erfahren, stärkt unsere Kampfkraft."

Am Samstag schließlich fand in **Bayreuth** eine Demonstration gegen die geplante Vernichtung von 2000 Arbeitsplätzen im **Grundig-Konzern** statt. An der Aktion beteiligten sich mehr als 2000 Frauen und Männer, hauptsächlich Beschäftigte von Grundig. Übrigens: Vor einiger Zeit hat die Belegschaft des Bayreuther Grundig-Werkes in einem offenen Brief an die Bundesregierung und die bayerische Staatsregierung die Verstaatlichung des Grundig-Konzerns gefordert.

## Stahlkonferenz der IG Metall

# IGM-Führung weiterhin gegen Verstaatlichung

**DORTMUND. — Am Donnerstag letzter Woche (24.2.) fand in Dortmund eine Stahlkonferenz der IG Metall statt. Sie leistete allerdings keinen Beitrag zur Entwicklung einer Strategie der IG Metall gegen die Kahlschlag-Sanierungen in diesem Industriezweig. Nach wie vor lehnt die IGM-Führung einen konsequenten Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze ab. Nach wie vor wendet sie sich auch gegen die an der gewerkschaftlichen Basis massiv erhobene Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie.**

Der Hauptvorstand der IG Metall hat diese Konferenz überhaupt nur einberufen, weil der Druck von der Basis ihn dazu gezwungen hat. Massive Kritik war in den gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern der Stahlbetriebe und in betroffenen Verwaltungsstellen der IGM laut geworden: Kritik daran, daß von der IGM-Führung seit Jahr und Tag keine Strategie zur Verhinderung der Kahlschlag-Sanierungen entwickelt wird. Kritik daran, daß die IGM-Führung keine gemeinsamen Aktionen der Stahlarbeiter zur Verteidigung der Arbeitsplätze eingeleitet hat. Kritik auch daran, daß von maßgeblichen Vertretern der IGM-Führungsspitze wie Judith und Mayr Aufsichtsratsbeschlüsse mitgetragen wurden, die auf die Realisierung des Moderatoren-Konzeptes hinauslaufen.

11 Vertrauensleutekörper der IG Metall aus der Stahlindustrie hatten in den letzten Wochen Entschließungen verabschiedet, in denen, als Schritt zu einer Strategie zur Verteidigung der Arbeitsplätze, die Verstaatlichung der Stahlindustrie gefordert wird. Gleichzeitig wurde in diesen Entschließungen die umgehende Einberufung einer Stahlarbeiterkonferenz verlangt. Diese Konferenz sollte nach dem Willen der Vertrauensleute dazu dienen, gegen die kapitalistische Lösungsmethode der Kahlschlag-Sanierungen „eine Gegenstrategie unter Einbeziehung der Belegschaften schnellstens zu entwickeln".

Die jetzt durchgeführte Stahlkonferenz entspricht aber in keiner Weise dem, was die Vertrauensleute mit ihrer Forderung nach einer Stahlarbeiterkonferenz angestrebt haben. Das fängt schon an bei der personellen Zusammensetzung der Konferenz. Zugelassen waren nur die Betriebsratsvorsitzenden (plus Stellvertreter), die Vorsitzenden der Vertrauenskörper und die Arbeitsdirektoren.

Immerhin aber forderten sämtliche Funktionäre, die in der Diskussion das Wort ergriffen, daß die Verstaatlichung der Stahlindustrie Teil einer Strategie der IGM gegen die Kahlschlag-Sanierungen werden muß. Loderer hatte sich zuvor in seinem Referat ausdrücklich gegen die Verstaatlichung gewandt. Somit wurde auch auf dieser Konferenz die Kluft zwischen Gewerkschaftsführung und Basis deutlich.

Aber auch der enge Zeitrahmen der Konferenz schloß die Verwirklichung der von den Vertrauensleuten angestrebten Aufgabenstellung von vornherein aus. Die Konferenz war nur auf einen Tag angesetzt. Die Hälfte der Zeit ging dabei allein durch die Referate von Eugen Loderer und Rudolf Judith drauf.

Diese Referate bewegten sich auf den eingefahrenen sozialpartnerschaftlichen Gleisen. Eine Alternative zu der profitorientierten Sanierungspolitik, mit der das Finanzkapital die Stahlkrise mittels der Vernichtung von weiteren 100000 Arbeitsplätzen lösen will, zeigten sie nicht auf. Im Gegenteil: Die von den Belegschaften und den aktiven Gewerkschaftern geforderten Schritte in Richtung zu einer solchen Alternative sollen abgewürgt werden. Loderer lehnte — wie gesagt — die Forderung nach der Verstaatlichung der Stahlindustrie ab.

Unter dieser Voraussetzung ist es nur ein schwacher Trost, daß Loderer und Judith sich auf der Konferenz erstmalig unzweideutig gegen das Moderatoren-Konzept ausgesprochen haben.

Die IGM-Führung legte der Konferenz einen 15-Punkte-Katalog vor, der die Forderung der Gewerkschaft zur „Bewältigung der Stahlkrise" zusammenfassen soll. Darin wird — gewissermaßen als Ersatz für die Verstaatlichungsforderung — ein sogenannter „Stahlausschuß" gefordert. Diesem Gremium, dem neben den Unternehmensvorständen und der Regierung auch die IG Metall angehören soll, wird die „Koordinierung der Umstrukturierungsvorhaben" der Stahlkonzerne als Aufgabe zugewiesen.

Eine verbindliche Kontroll- oder Entscheidungsfunktion hat dieser „Stahlausschuß" allerdings nicht. Loderer dazu: „Da es in diesem Stahlausschuß keine Mehrheitsentscheidungen geben kann, sind auch keine zahlenmäßigen Paritäten nötig. Es ist einfach der ‚Runde Tisch' der Stahlpolitik, wie wir ihn schon vor Jahren vorgeschlagen hatten."

Loderers Motto lautete offenkundig: „Kahlschlagsanierung ja — aber wir wollen dabei mitbestimmen".

Der Vorsitzende des Vertrauenskörpers Thyssen in Duisburg, Günther Spahn, forderte unter Beifall die Einberufung einer Vertrauensleutevollkonferenz in der Stahlindustrie, damit dort ausführlich das Thema der Verstaatlichung diskutiert werden könne.




**Am 18. Februar streikten die Stahlarbeiter auf den drei Dortmunder Hüttenwerken von Hoesch für etwa zwei Stunden für die Verstaatlichung der Stahlindustrie und gegen die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen. Unser RM-Foto zeigt die streikenden Kollegen vom Werk Phoenix bei ihrer Protestkundgebung am Burgtor.**

## Heißer Tip für Loderer

***IGM-Chef Loderer in seinem Referat auf der Stahlkonferenz der IG Metall:***

***„Die Forderung nach genereller Verstaatlichung der Stahlindustrie würde unseren gemeinsamen Zielen heute mehr schaden als nützen, ganz abgesehen davon, ob das politisch überhaupt durchsetzbar ist! Mit Genscher, Lambsdorff und auch mit der ganzen CDU/CSU jedenfalls nicht."***

***Hier ein heißer Tip für Loderer: Wenn es mit den Unionsparteien nicht geht, wie wär's denn, wenn wir es einfach gegen sie versuchen würden?***

***Außerdem: Eine „Bewältigung der Stahlkrise" auf Grundlage der Interessen der Arbeiter (also ohne weitere Opfer der Belegschaften und vor allem ohne weitere massenhafte Arbeitsplatzvernichtung) kann es nur auf einem Weg geben: durch einen machtvollen, geschlossenen Kampf der Stahlwerker.***

***Alles andere ist Betrug. Arbeiten wir konsequent auf diesen Kampf hin! Organisieren wir ihn! Es wird sich dann zeigen, welche politischen Kräfte wo stehen.***

***Wie wär's damit, Eugen Loderer?***

## Sofortmaßnahmen und 15-Punkte-Katalog

Folgende „Sofortmaßnahmen" soll die IG Metall nach dem Willen des Gewerkschaftsvorsitzenden Loderer fordern:

• Eine von der Bundesregierung und den Landesregierungen gegebene Garantie,daß sie kein Stahlunternehmen in Konkurs gehen lassen.

• Die Stahlunternehmen der EG müssen mit den Zwangsmitteln des Montanvertrages zur Einhaltung der Listenpreise gezwungen werden.

• Ein Belegschaftsabbau kommt *„nur im Rahmen umfassender Strukturpläne in Betracht, die mit der IGM durchberaten und sozial abgesichert sind, nach Möglichkeit auch durch Ersatzarbeitsplätze."*

• Solange diese Auflagen nicht erfüllt sind, *„muß Arbeitsmangel durch Kurzarbeit überbrückt werden"*. Dabei soll ein Lohnausgleich zum Kurzarbeitergeld verlangt werden.

Desweiteren hat die IGM-Führung „Richtlinien" für die zum Teil schon begonnenen *„Umstrukturierungsvorhaben"* festgelegt. Diese Richtlinien sind in 15 Punkten zusammengefaßt.

Acht Punkte nennen Kriterien für die *„nötige Kapazität"*, für die Mitbestimmung und die Mitwirkung der IG Metall, und ferner die Bedingungen für *„Strukturveränderungen"* auf Betriebs- und Unternehmensebene.

Zur „Mitbestimmung und Mitwirkung der IG Metall" gehört die Einsetzung eines *„Stahlausschusses"*, der die Fusionen und Zusammenschlüsse in der Stahlindustrie *„koordiniert"*. Neben den Unternehmensvorständen und den betroffenen Bundesländern soll in diesem Ausschuß auch die IG Metall vertreten sein (*„Die IG Metall muß mit am Tisch sitzen"*).

Dieser Stahlausschuß soll *„schnellstens"* eingerichtet werden.

Zur Sicherung der Montanmitbestimmung wird die Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen gefordert.

Interessant, wie die SPD-orientierte Ruhrgebietszeitung „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (WAZ) das Konzept des IGM-Vorstands wertet. In einem Kommentar der WAZ heißt es:

*„Niemand glaubt, daß sich Opfer vermeiden lassen. Sie sollen nur sozial erträglich gemacht werden, und sie sollen nicht sinnlos sein. Das sind vernünftige Forderungen für den Stahlausschuß, den Loderer vorschlägt.*

*Es gehört nicht nur Sachkenntnis, sondern auch Mut dazu, in dieser Situation scheinbar leichte Lösungen zurückzuweisen. Eine Stahl-Supergesellschaft nach Art der Ruhrkohle gehört ebenso dazu, wie die bürokratische Lösung einer Verstaatlichung. (...)*

*Das Angebot zur Mitarbeit schließt die Mitverantwortung ein. Das gebietet, es ernstzunehmen."*

# Opfergrenze erreicht?

*„Jetzt ist die Opfergrenze für uns erreicht". Dies versicherte der IGM-Vorsitzende Loderer in seinem Referat auf der Stahlkonferenz der IG Metall.*

*Sagt also die IG Metall absofort kompromißlos „Nein" zu jedem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen in der Eisen- und Stahlindustrie? Tritt von jetzt ab an die Stelle der Politik der sozialen Abfederung ein konsequenter Kampf um jeden Arbeitsplatz an den Hochöfen, Konvertern und Walzstraßen?*

*Aber nicht doch. Wer wird denn jeden markigen Spruch aus dem Arsenal eines Eugen Loderer gleich auf die Goldwaage legen? Wären die wortradikalen Töne von Loderer und Judith auf der einen, und ihr Handeln auf der anderen Seite nicht zwei ganz verschiedene Dinge — die Stahlbarone in der Bundesrepublik hätten wohl kaum in den verflossenen acht Krisenjahren ein Viertel der Arbeitsplätze in diesem Industriezweig abschlachten können. Wie oft war doch in diesen acht Jahren nach den markigen Worten der Loderer und Judith bereits „die Opfergrenze erreicht"!*

*Mindestens genauso oft aber haben die IGM-Führer dann grünes Licht für die Rationalisierungs- und Sanierungsprogramme der Stahlbosse gegeben.*

*Der IGM-Chef ließ denn auch auf seinen markigen Spruch gleich einen Satz mit gänzlich anderem Unterton folgen: „Natürlich muß die Stahlindustrie wieder rentabel werden".*

*Na also. Die Unternehmer können beruhigt aufatmen. Wer hätte auch von einem Eugen Loderer etwas anderes erwartet, als „Einsicht" zugunsten der sogenannten wirtschaftlichen Sachzwänge? Schließlich sitzen wir doch alle — Stahlarbeiter wie Stahlbarone — in einem Boot! Oder vielleicht nicht?*

*Rentabilität muß sein. Deshalb mußten in der Stahlindustrie der EG seit 1974 rund 300000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Rentabilität muß sein. Deshalb war die Entstehung eines Millionenheeres von Arbeitslosen unumgänglich. Rentabilität muß sein, auch wenn dadurch viele tausend Arbeiterfamilien ins Elend gestoßen werden! Die Rentabilität ist vom Standpunkt der Sozialpartnerschaft das höchste und heiligste Gut.*

*Eugen Loderer liebt die Sozialpartnerschaft heiß. Den Klassenkampf hingegen fürchtet er. Er kann hundertmal beteuern, daß die Opfergrenze für die Arbeiter jetzt endgültig und ein für allemal erreicht sei. Er wird sich dennoch dem Unternehmerstandpunkt nicht verschließen. Und was ist vom Unternehmerstandpunkt her nötig? Fortsetzung, ja Verschärfung der Arbeitsplatzvernichtung in der Stahlindustrie! Denn ohne neue brutale Rationalisierungsfeldzüge und ohne den Abbau von Kapazitäten (d.h. ohne Stillegungen) kann die Rentabilität nicht wieder hergestellt werden. Das weiß Eugen Loderer sehr gut.*

*Wie schrieb doch in der Ruhrgebietszeitung „WAZ" ein gewisser Siegfried Maruhn über Loderers auf der Stahlarbeiterkonferenz vorgelegtes „Programm zur Bewältigung der Stahlkrise":*

*„Niemand glaubt, daß sich Opfer vermeiden lassen. Sie sollen nur sozial erträglich gemacht werden, und sie sollen nicht sinnlos sein. Das sind vernünftige Forderungen für den koordinierenden Stahlausschuß, den Loderer vorschlägt."*

*Schon vor Jahren schrieb Loderer in einem Brief an den Mannesmann-Boß Overbeck: „Die IG Metall verlangt von keinem Unternehmen die Aufrechterhaltung einer Produktion, wenn diese zu permanenten Verlustgeschäften führt".*

*Ungeachtet dessen, daß durch dieses kapitalistische Rentabilitätsprinzip inzwischen Millionen Kollegen arbeitslos gemacht und die Zentren der Stahlindustrie in soziale Notstandsgebiete verwandelt wurden, hält Loderer an dieser Art „wirtschaftlicher Vernunft" fest. Nur die Formulierungen wählt der IGM-Chef inzwischen etwas geschickter:*

*„Ein Belegschaftsabbau kommt nur im Rahmen umfassender Strukturpläne in Betracht, die mit uns durchberaten, die sozial abgesichert sind, nach Möglichkeit auch durch Ersatzarbeitsplätze".*

*So Eugen Loderer in seinem Referat auf der Stahlkonferenz. Das bedeutet im Klartext: Die IG Metall soll den vorgesehenen Kahlschlag-Sanierungen in der Stahlindustrie auch jetzt keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen. Loderer fordert lediglich von der Unternehmerseite, daß die Mitbestimmung nicht gekippt wird und daß die Arbeitsplatzvernichtung weiterhin sozial abgefedert wird.*

*Die Rentabilität zum Maßstab für gewerkschaftliches Handeln zu machen, heißt die Gewerkschaft gegenüber der Arbeitsplatzvernichtung und dem Rationalisierungsterror der Unternehmer zu Passivität und Ohnmacht zu verdammen.*

Verfassungsschutzbericht 1982

# Hetze gegen Linke und Ausländer

## Faschisten werden verharmlost

**Der Verfassungsschutzbericht 1982, den Innenminister Zimmermann vor einigen Tagen der Presse vorstellte, dokumentiert die Entschlossenheit der neuen Regierung zur verschärften Verfolgung der politischen Linken, zum rigorosen Abbau demokratischer Rechte.**

Als Wahlkampfmunition mißbraucht Zimmermann den Bericht, er veröffentlichte ihn auch deshalb so schnell, weil er mit seiner Hetze gegen links noch Stimmen für die Unionsparteien zu kassieren hofft. Der Inhalt des Berichtes sollte jeden Demokraten darin bestärken, der Regierung den Kampf anzusagen und ihr am 6. März keine Stimme zu geben.

Die gefährlichste Bedrohung des Staates, amtlich mit „freiheitlich demokratische Grundordnung" umschrieben, sieht Zimmermann im „Linksextremismus", den er nach Jahren auch wieder an erster Stelle abhandelt. Diese Einschätzung an sich ist nicht neu, aber in den Einzelheiten zeigt sich doch die noch härtere, skrupellosere Vorgehensweise der neuen Männer in Bonn.

„Linksextremismus" beginnt für Zimmermann offensichtlich schon weit rechts von der DKP. So findet auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Erwähnung in dem Bericht.

Und dieser „Linksextremismus" ist für Zimmermann immer ein Potential für „linken Terrorismus". Seine Ausführungen zu diesem Thema sind eine ungeheuerliche Verharmlosung der wahren Terroristen, der Mörder und Volksverhetzer der Nazi-Szene. Es beginnt mit einem Zahlenspiel: das „extremistische Gewaltpotential" beträgt angeblich 3300 Personen. In folgender Aufteilung: 3000 Linke, 300 Rechte!

Besonders warnte Zimmermann vor RAF, die trotz der Verhaftung fast aller führenden Köpfe weiter gefährlich bleibe, besonders im Hinblick auf die mögliche Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen. Auch ein Seitenhieb auf alle Nachrüstungsgegner, die in die Nähe der RAF gerückt werden. Auch ein Wink für Provokateure.

Peinlich für Zimmermann: Die noch vor kurzem eindeutig den Revolutionären Zellen angelastete Anschlagserie auf US-Wohnanlagen und -Autos wurde von Nazis verübt. Da mußte der Bericht schon korrigiert werden. Aber Zimmermann als erfahrener Demagoge ist um Ausflüchte nicht verlegen: Es sei eigentlich egal, wer letztendlich dahinterstecke, schließlich sei Links- und Rechtsextremisten gerade der „Antiimperialismus und Antiamerikanismus" gemeinsam: „Hier schließt sich offensichtlich der Kreis" (zwischen rechts und links). So wird denn gleich jeder, der sich gegen die Verbrechen der US-Armee in aller Welt und gegen die Weltherrschaftspläne Washingtons wendet, grundsätzlich gleichgesetzt mit Rassisten und faschistischen Mördern der Hoffmann-Truppe und der VSBD!

Bei seinen Erläuterungen vor der Presse kündigte Zimmermann auch eine noch schärfere Verfolgung politisch aktiver Ausländer an — sofern es sich um Antifaschisten handelt. Auch ein „Totalverbot" politischer Betätigung von Ausländern ist in der Überlegung. Es könne kommen, wenn sich die gewalttätigen Auseinandersetzungen „forcierten". Das ist zum einen Auslegungssache, zum anderen leicht herbeizuführen. Zimmermanns Partei hat ja traditionell gute Beziehungen zu faschistischen Gruppen, die solche Auseinandersetzungen provozieren und bereits Attentate und Morde auf dem Gewissen haben — zu den Grauen Wölfen, die immer noch ihr Unwesen treiben, während Organisationen wie die Dev Sol unter fadenscheinigen Begründungen verboten werden.

Zimmermanns reaktionäre Absichten scheinen offen aus diesem Dokument hervor. Tun wir alles, damit er sie nicht verwirklichen kann!

Vor 50 Jahren brannte der Reichstag

# Flammenzeichen des Faschismus

Vor 50 Jahren, am 27. Februar 1933, ließen die Nazis den Reichstag in Brand stecken. Der Anschlag wurde von Goebbels' Propagandamaschinerie den Kommunisten in die Schuhe geschoben und diente dem Auftakt einer brutalen Verfolgung von Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten und anderen Oppositionellen, den Anfang des Terrors, der zu den Verbrennungsöfen der KZs und auf die Schlachtfelder des Weltkrieges führte. Der so ausgeschlachtete Reichstagsbrand sollte auch bei der bevorstehenden Wahl am 5. März den Nazis soviele Stimmen bringen, daß sie die absolute Mehrheit erhielten (was nicht gelang).

Heute weiß man, was sich damals abspielte. Nach einem von Goebbels ersonnenen Plan, unter der schützenden Hand von Reichstagspräsident Hermann Göring, legten SA-Männer wie Heines, Schulz und Graf Helldorf zusammen mit dem Holländer van der Lubbe — „ein mißbrauchtes Werkzeug des Faschismus" (Dimitroff), der später als „kommunistischer Brandstifter" präsentiert wurde — den Brand. Durch einen unterirdischen Heizungsgang gelangten sie vom Reichstagspräsidentenpalais in den Reichstag.

Bereits am Tag nach dem Brand wurde, offensichtlich schon bereitliegend, von Präsident Hindenburg ein „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat" verabschiedet, das die wichtigesten Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzte. Göring über seine Ziele: Es gehe nicht darum, Gerechtigkeit zu üben, sondern „zu vernichten und auszurotten". „Es wird meine vornehmste Aufgabe sein, die kommunistische Gefahr zu überwinden und den Kommunismus auszurotten aus unserem Volke." (Rundfunkansprache am 1.3.1933)

Dieser Tage erinnerte auch Robert W. Kempner, einer der Mitankläger in den Nürnberger Prozessen, im Rundfunk an eine Selbstentlarvung Görings, deren Zeuge er wurde. Kempner befand sich am 27.3.33 als Zeuge vor dem brennenden Reichstag, und er hörte, wie Göring zu seinem Pressesprecher Sommerfeld sagte, eine Meldung müsse ins Land gegeben werden, die besage: Die Untersuchungen hätten ergeben, daß die Kommunisten den Reichstag angesteckt haben. In Nürnberg sprach er den Angeklagten Göring darauf an, offenbarte sich als Ohrenzeuge des Vorgangs und fragte, was damals wohl untersucht worden sei — dafür war doch noch gar keine Zeit gewesen. So in die Enge getrieben, antwortete Göring: Der Führer habe befohlen, das so herauszugeben.

Interessante Einzelheiten veröffentlichte schon kurz nach dem Brand das berühmt gewordene Braunbuch. Ein Beispiel sei hier zitiert: „Der Brand im Deutschen Reichstag wurde um 9.15 Uhr entdeckt. Die Massenverhaftungen in Berlin begannen kurz nach Mitternacht. Fast sämtliche Haftbefehle waren mit Fotografien der zu Verhaftenden versehen, das Datum der Haftbefehle war mit Tinte eingesetzt. Am 28. Februar wurden allein in Berlin rund 1500 Menschen verhaftet.

Kann man in drei Stunden Haftbefehle ausfüllen, unterschreiben und der Mehrzahl eine Fotografie anheften? Mitteilungen von entlassenen Polizeibeamten geben uns Aufklärung über diese Fixigkeit. Die Haftbefehle wurden in den letzten Tagen vor dem Reichstagsbrand vorbereitet. Nur das Datum blieb offen. Am Morgen des 27. Februar lagen sämtliche Haftbefehle bereit. Sie waren unterschrieben, bevor das Datum eingesetz wurde."

Derartig großangelegte politische Provokationen mit derartig weitreichenden Folgen hat es bei uns bisher nicht wieder gegeben. Zweifellos. Dafür hat man schon hektografierte Haftbefehle für Massenverhaftungen erlebt. Dafür gab es bereits ein Attentat, das dazu beitragen sollte, den „starken Mann" Strauß ins Kanzleramt zu hieven, auf dem Oktoberfest.

Der Faschismus war kein Betriebsunfall, sondern diente den Machtinteressen des Finanzkapitals, wurde zielstrebig errichtet. Lernen wir aus der Geschichte, daß den Herrschenden keine Schlechtigkeit, kein Mittel des Volksbetruges fremd ist, um ihre Herrschaft zu sichern.

# Hermann Gaßmann soll 2 1/2 Jahre ins Gefängnis

## Proteste im Gerichtssaal — Revision eingelegt

**Der Gewerkschafter Hermann Gaßmann ist wegen „Spionage" zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Das Gericht nannte den engagierten IGM-Funktionär einen „gefährlichen Idealisten". Beweise für ihren Vorwurf hatten die Richter keine, nur abstruse Konstruktionen. Aber Gaßmann habe seine Unschuld nicht beweisen können. Also: Im Zweifel gegen den Angeklagten!**

Seine Treffen mit dem Ostberliner Ingenieur Erich Bremer dienten als angeblicher Beweis für die Spionagetätigkeit Gaßmanns. Das Gericht unterstellte ohne die Spur eines Beweises, Bremer sei Agent des Staatssicherheitsdienstes. Gaßmanns Schuld bestand einfach in den Gesprächen mit ihm, er habe dabei Material geliefert, das die „rechtsstaatliche Ordnung habe beeinträchtigen können". Keine Beweise. Geheimnisverrat? — Beweis gar nicht nötig! Denn: Es brauche gar nicht alles geheim zu sein, erklärte Richter Kurt Bürrig...

Der Richter sagte selber, eine Verurteilung müsse für den Angeklagten „einer Katastrophe gleichkommen", sie sei aber notwendig. Zur Haftstrafe soll hinzukommen, daß Gaßmann für drei Jahre die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt wird. Er ist gerade zwei Tage vor dem Urteil von der Hamburger Bürgerschaft in die Baudeputation gewählt worden.

Für die Verurteilung wurde der Paragraph 99 StGB herangezogen. Er trat im Frühjahr 1968 in Kraft, erst von da ab wird Gaßmanns Bekanntschaft mit Bremer als strafbar bewertet, weil der alte Paragraph 100e nur den Verrat von Staatsgeheimnissen unter Strafe stellte, von da an aber bereits jede „Information", die einem fremden Geheimdienst zugeht. Mit gutem Grund wurde während des Verfahrens von Gewerkschaftern und anderen Demokraten wiederholt die Abschaffung dieses Paragraphen, der der Willkür Tür und Tor öffnet, gefordert.

Gaßmann habe nie Geld für irgendeine Information bekommen, gestand auch das Gericht ein, nannte als angebliche Motivation zu der angeblich strafbaren Tätigkeit des Gewerkschafters aber einen „Idealismus", und man müsse sich fragen, welche Motivation gefährlicher sei.

Die Zuschauer im Gerichtssaal forderten lautstark die Freiheit für Hermann Gaßmann. Im Anschluß an den Prozeß zogen in einer spontanen Demonstration etwa 150 Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen zum Gewerkschaftshaus, um die IGM zur Bekundung der Solidarität mit dem Kollegen Gaßmann zu bewegen, dem schließlich nach einer Verurteilung auch die Entlassung als Sekretär droht. Das unsolidarische Verhalten verschiedener Gewerkschaftsführer, unter anderem Eugen Loderers, lassen hier das Schlimmste befürchten. Unter dem Druck der Gewerkschafter ließen sich die Funktionäre zu dem Versprechen einer Pressekonferenz und einer Sondersitzung der Ortsverwaltung bewegen.

Hermann Gaßmann hat Revision eingelegt. Die Solidarität mit ihm muß weitergehen.

# Wahlrecht für Ausländer

**Für die Forderung „Wahlrecht für Ausländer" findet am 5. März ein Marsch von Köln nach Bonn statt. Treffpunkt: 10 Uhr auf dem Kölner Neumarkt. Aufgerufen hat die Föderation demokratischer Arbeitervereine DIDF.**




Für den Marsch wurde auch auf dem Krefelder Kongreß geworben.

# Reinfall für die NPD

**Zu einer Großkundgebung hatte die NPD in Dortmund aufgerufen. Am 26. Februar sollte Parteivorsitzender Martin Mußgnug auf dem Alten Markt sprechen. Er sprach auch — aber seine Rede ging in den Pfiffen und Parolen von etwa 200 Antifaschisten weitgehend unter.**

Bereits einige Wochen zuvor hatten die Nazis eine ähnliche Kundgebung an gleicher Stelle durchgeführt, die sie allerdings nicht groß angekündigt hatten. Damals bereits fanden sich eine Reihe zufällig vorbeikommender Antifaschisten zusammen, die entschieden gegen diese Provokation protestierten, und zahlreiche Bürger schlossen sich diesem Protest an.

Dieses Mal waren es von vornherein viele, die den Faschisten entgegentraten. Nur etwa zehn Nazis wohnten der „Großkundgebung" bei, weiträumig geschützt durch starke Polizeieinheiten und Absperrungen.

Die Trillerpfeifen der Antifaschisten machten den Lautsprechern der Nazis erfolgreich Konkurrenz. Den faschistischen Hetztiraden, die sich besonders gegen unsere ausländischen Mitbürger richteten, wurde mit Rufen wie „Nazis raus" und „Ausländer bleiben — Nazis vertreiben" begegnet. Nach einiger Zeit trafen auch viele Teilnehmer der Demonstration gegen das Verbot von Dev Sol und Halk Der, die eine Stunde vor der Nazi-Kundgebung begonnen hatte, auf dem Alten Markt ein und verstärkten den antifaschistischen Protest, bis die NPDler ihre Sachen zusammenräumten und sich verzogen.




200 Menschen protestierten gegen die Hetze der NPD und forderten das Verbot der faschistischen Organisationen

# NPD bejubelt die Ausländerpolitik der Industrie- und Handelskammern

**Das untenstehende Faksimile fanden wir in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" 3/83. Die Nazis freuen sich, daß Arbeitsamtpräsident Stingl und der Deutsche Industrie- und Handelstag zur Ausländerfrage jetzt öffentlich Positionen bezogen haben, die die NPD seit langem vertritt. Das ist Beifall von passender Seite für die Unternehmerpolitik!**

## Arbeitslosigkeit und Ausländer

**Angesichts zwei Millionen arbeitsloser Deutscher wäre es für die Bundesrepublik eine große Entlastung, wenn viele der nicht integrationswilligen Türken bald zu einer Rückkehr bewegt werden könnten. Diese Meinung vertritt der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. Josef Stingl. Stingl spricht aus, was die Mehrzahl der Deutschen denkt: In Zeiten der wirtschaftlichen Not muß das Prinzip „Einheimische vor Ausländer" gelten. So machen es alle Länder der Welt. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat sich unterdessen gegen eine Ausländerintegration um jeden Preis ausgesprochen. Von den rund 4,6 Millionen Ausländern in der Bundesrepublik seien weit mehr als die Hälfte, 2,4 Millionen, nicht erwerbstätig. Der DIHT geht von dem Grundgedanken aus, daß die deutsche Volkswirtschaft auch künftig in gewissem Umfang auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, ihre Zahl aber reduzierbar ist. Exakt diese Meinung vertritt seit langem die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).**

## „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg"

# Eindrücke vom Krefelder Kongreß

**Am 26. und 27. Februar fand in Krefeld der Kongreß „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg" statt. Initiator war die *Volksfront* gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Etwa 250 Menschen nahmen an den neun Arbeitsforen teil, in denen die wichtigsten Aspekte des antifaschistischen und Friedenskampfes behandelt wurden — im Anschluß an einführende Referate diskutierten die Teilnehmer über politische Einschätzungen und tauschten Erfahrungen aus, die in den betreffenden Bereichen in verschiedenen Städten gemacht wurden. Neben Mitgliedern der *Volksfront*-Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet nahmen auch Vertreter einiger Initiativen und Organisationen an dieser Arbeit teil, beispielsweise terre des hommes, Europäisches Komiteee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter (CEDRI) und andere.**

Insgesamt allerdings war die Resonanz von Gruppen, in denen nicht *Volksfront*-Mitglieder direkt mitarbeiteten, nicht so groß, wie es sich die Veranstalter gewünscht hätten — und wie es im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen Reaktion, Faschismus und Kriegsgefahr in der Tat wünschenswert gewesen wäre.

Am Abend des 26. Februar gab es im Seidenweberhaus eine Festveranstaltung mit einem beeindruckenden Kulturprogramm, die von etwa 450 Menschen besucht wurde. Melike Demirag, die Schweizer Gruppe Comedia Mundi, die Zeitzünder aus Köln und Karumanta aus Lateinamerika begeisterten das Publikum.

Als Redner standen auf dem Programm: Harry Dubinski, Vorsitzender der *Volksfront*, Heinrich Schirmbeck, Schriftsteller, Nikolas Busch, Mitglied der CEDRI und Leiter der Delegation, die im vergangenen Jahr Asylantenlager in Bayern und Baden-Württemberg besuchte, und Ulrich Leicht. Harry Dubinski mußte aus gesundheitlichen Gründen leider absagen.

**Heinrich Schirmbeck** ging vor allem auf die Gefahr eines neuen Krieges ein. Mit dem Engagement des überzeugten Humanisten rief er auf zum Widerstand gegen die, die Kriege vorbereiten, gegen die Absicht, die neuen US-Atomraketen in der Bundesrepublik zu stationieren. Wenn versucht würde, die geplante Stationierung zu verwirklichen, dann müsse hier alles stillstehen, dann müßten die Menschen in den Fabriken und überall die Arbeit niederlegen. Auf die Verhandlungen in Genf und anderswo zu vertrauen, sei ein Irrweg. Als Schriftsteller sieht Heinrich Schirmbeck seine Aufgabe darin, auf seinem Gebiet, mit seinen Mitteln mitzuhelfen, die Menschen wachzurütteln, über die drängenden Probleme der Zeit zu schreiben. In diesem Sinne hat er sich auch in einem Schreiben an Künstler in seiner Nachbarschaft gewandt und sie aufgerufen, in diesem Sinne tätig zu werden.


Heinrich Schirmbeck

Viel mehr, als es bisher geschieht, so führte Heinrich Schirmbeck aus, müssen Schriftsteller sich für eine menschenwürdige Zukunft einsetzen, „Alternativen zur spätkapitalistischen Gesellschaft" entwerfen, „soziale Modelle, die des Krieges entbehren können" — was diese Gesellschaft nicht fertigbringe. „Dieser repräsentative Parlamentarismus hat mit wahrer Demokratie wenig zu tun", sagte er sinngemäß.

**Nikolas Busch** zeigte in einem eindrucksvollen Vortrag auf, wie die bundesrepublikanischen Behörden vor allem mit Asylbewerbern umspringt, eindeutig politsch Verfolgte zum Beispiel der faschistischen Junta in Ankara ausliefert. Und er brachte Beispiele für die Arbeit der CEDRI, von ihren Erlebnissen bei dem Besuch in westdeutschen Asylantenlagern, wobei er die menschenunwürdigen Verhältnisse, unter denen Flüchtlinge dort zu leben gezwungen sind, anprangerte. Die Arbeit der CEDRI hat auch bereits in verschiedenen Fällen die Auslieferung von Asylanten verhindern helfen.

Wegen der fortgeschrittenen Zeit verzichtete Ulrich Leicht auf sein Referat.

Über die Arbeiten des Kongresses soll eine Materialmappe erstellt werden, die die Einleitungsreferate der Arbeitsforen, eine Zusammenfassung ihrer Ergebnisse und Reden von der Veranstaltung (auch die, die nicht gehalten wurden) umfassen soll. Der genaue Umfang und Inhalt wird allerdings erst festgelegt, wenn sich in etwa absehen läßt, wieviele Antifaschisten Interesse an diesem Material haben. Wendet euch deshalb mit Bestellungen (oder Anfragen) möglichst bald an die Geschäftsstelle der *Volksfront*: Ellen Thielen, Mariahilfstr. 15, 5100 Aachen.


Karumanta


Comedia Mundi


Zeitzünder


Melike Demirag

# Prozeß gegen NPD-Gegner

Ermittlungsausschuß
Anti-NPD-Demo
Türkischer Arbeiterverein
Wideystr.
5180 Witten

Mit der Bitte um Veröffentlichung

Am 2. Mai 1982, dem 49sten Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften durch den Hitler-Faschismus, veranstaltete die NPD in Witten im städtischen Saalbau ihren Landesparteitag. Einige Wochen vorher wurden in Witten von Faschisten Scheiben in türkischen Geschäften, im SPD-Büro und im türkischen Arbeiterverein eingeworfen und ein Türke bedroht. Im Fahrwasser der Ausländerfeindlichkeit wollten die NPDler in der Arbeiterstadt Witten Fuß fassen. Dies war eine Provokation. Die SPD-regierte Stadtverwaltung ging nicht konsequent gegen den Parteitag vor und versuchte, nachdem die Öffentlichkeit darauf aufmerksam geworden war, über eine unpolitische Begründung (wegen befürchteter Ausschreitungen sei eine Kunstausstellung am gleichen Tage gefährdet) den vorher von einem städtischen Angestellten zugesagten Mietvertrag wieder zurückzuziehen. Dagegen war es der NPD leicht durch eine einstweilige Verfügung vorzugehen und mit richterlicher Genehmigung den Parteitag abhalten zu können.

Neben einer Protestkundgebung vor dem Saalbau, zu der der DGB, unterstützt von SPD, CDU und FDP, aufrief, hatte sich eine antifaschistische Aktionseinheit zur Verhinderung des NPD-Parteitages gebildet. Durch den Aufruf zur Verhinderung des NPD-Parteitages wurde deutlich gemacht, daß der anwachsenden faschistischen Gefahr konsequent entgegengetreten werden muß. Damit wurde im Sinn der Forderung gehandelt, nach dem Verbot aller faschistischer Organisationen und der Verbreitung faschistischen Gedankenguts.

Gegen den NPD-Parteitag protestierten über 2000 Bürger aus Witten und Umgebung und versuchten, ihn zu verhindern. Wie auch anderswo hat die Staatsgewalt alles getan, um den Faschisten die Durchführung ihrer Veranstaltung zu ermöglichen. Hunderte von Polizisten verschafften mit brutaler Gewalt den NPDlern Zugang zum Saalbau und zeigten damit, daß bei der Durchsetzung der obigen Forderung kein Verlaß auf den Staat ist. Trotzdem gelang es den Antifaschisten, fast der Hälfte der NPDler den Zugang zum Versammlungssaal zu verwehren.

Diese berechtigte Aktion wurde durch die Polizei kriminalisiert. Stellvertretend für alle Demonstranten wurde gegen neun Antifaschisten Ermittlungs- oder Strafverfahren eingeleitet. Die Behörden ermitteln immer noch gegen weitere Demonstranten. Gegen sechs ist bereits Anklage erhoben, und die Prozesse werden in nächster Zeit stattfinden. Den Angeklagten gehört unsere volle Solidarität. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen Antifaschisten im Zusammenhang mit der Demonstration am 2. Mai 1982 in Witten. Diese Forderung richten wir an die Justizministerin des Landes NRW und den Vorsitzenden des Schöffengerichts Witten, Herrn Richter Riepe. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, führen wir eine Unterschriftensammlung durch. Wir fordern alle auf, Solidaritätsadressen an die Angeklagten zu schicken. An den Türkischen Arbeiterverein, Wideystr., 5810 Witten.

Mit freundlichen Grüßen
Jörg Neumann
Johannisstr. 26
5810 Witten


Nikolas Busch



In einer Arbeitsgruppe

**Lothar Gröger**
* 17.9.1934
**Ralf Ilgeroth**
* 26.5.1958
**Rüdiger Frese**
* 25.5.1963
**Dietmar Lösche**
* 6.10.1964
**Günter Rohde**
* 18.1.1931
**Dirk Swoboda**
* 1.1.1963

Wie bei keinem anderen tödlichen Unfall auf der Hütte nahm die Öffentlichkeit Anteil an dem, was am 11. Februar in Ruhrort geschah. Kollegen, die hörten, was sich ereignet hatte, waren sprachlos vor Entsetzen, sechs Männer auf einen Schlag tot.

## Aus „Der rote Greifer", KPD-Zeitung bei Thyssen AG

# 6 Opfer — 6 Anklagen

**Der schreckliche Tod von sechs Arbeitern bei Thyssen hat — natürlicherweise — Schlagzeilen gemacht. Und ebenso selbstverständlich war es, wieder einmal, daß alle „zutiefst betroffen" waren. Und: Daß es eben ein schrecklicher Unfall sei, ohne daß jemand — vor allem natürlich in der Thyssen-Geschäftsleitung — etwas dafür könne. Nur die Tatsachen sind andere, das wurde recht schnell deutlich. Gemeinsam mit der gesamten Belegschaft fordern die Kommunisten eine wirkliche Aufklärung der Vorgänge. Über deren Stand unterrichten sie in einem ausführlichen Artikel ihrer Betriebszeitung, den wir hier ungekürzt wiedergeben.**

### Es war furchtbar ...

Im Inneren des Hochofens müssen sich fürchterliche Szenen abgespielt haben, als die Männer ihre Gefahr erkannten. Nach Berichten eines 48jährigen Überlebenden haben seine jüngeren Kollegen versucht, an ihm vorbei die Leitern des Baugerüstes zu den rettenden Luftlöchern hochzustürmen. Aber plötzlich seien sie ohnmächtig wieder heruntergefallen und auf dem Boden liegengeblieben.

Sechs der acht Männer gehörten zur Thyssen-eigenen Gerüstbaugruppe. Sie wurden im Ofen selbst von zwei Kollegen der Oberhausener Spezialfirma Lösche unterstützt. Ihre Aufgabe: Sie sollten das Gerüst abmontieren, das zum Bau völlig neuer Innenmauern bei der Generalüberholung des Ofens erforderlich gewesen war.

Kurz vor 11.00 Uhr bemerkte ein Meister, der sich in 40 Meter Höhe auf einem Rundgang befand, daß ein an einem der Beschickungslöcher stehender Mann nach Luft schnappte und stöhnte: „Da ist Gas im Ofen!". Anschließend wurden sofort dramatische Rettungsaktionen in Gang gesetzt. 40 Mann der Berufsfeuerwehr und die Thyssen-Werksfeuerwehr in voller Wachstärke waren im Einsatz; sechs Notarztwagen standen in Bereitschaft.

Aber nur zwei 48jährige konnten lebend geborgen werden. Während einer von ihnen noch nicht ansprechbar war, konnte der andere andeutungsweise erklären: „Als wir merkten, daß wir nicht mehr richtig atmen konnten, stürzten alle zu den Gerüsten. Besonders die Jüngeren, die flinker waren, überholten mich, wurden ohnmächtig und stürzten dann ab." Sie waren vermutlich in eine starke Gaskonzentration geraten. Die Blutproben ergaben ungewöhnlich hohe Kohlenmonoxyd-Werte zwischen 43 und 93 Prozent.

Der untersuchende Staatsanwalt, der „gegen Unbekannt wegen fahrlässiger Tötung" ermittelt, faßt die Ursache des Unfalls wie folgt zusammen: „Ein Schieber, der sich zur Absicherung im Gasleitungssystem befindet, war nicht ordnungsgemäß geschlossen. Ein nachgeschaltetes Absperrorgan wies Undichtigkeiten auf".

Hier noch einmal der Hergang des Geschehens:

Während acht Männer damit beschäftigt waren, ein Gerüst im Ofen 7 abzubauen, wurde in ca. 200 Meter Entfernung damit begonnen, den Teil der Verbundleitung, an den der Ofen 7 angeschlossen ist, mit Stickstoff zu begasen. Diese Leitung, wie auch der zum Ofen 7 führende Teil waren zuvor drucklos.

Dieser Zustand herrschte während der gesamten Zeit, in der der Ofen neu aufgebaut wurde (HO 7 wurde nicht bloß neu zugestellt, sondern auch Panzer und Gicht wurden erneuert).

Die Männer, die das Gerüst abbauten, konnten die tödliche Gefahr nicht erkennen, denn äußerlich, für sie sichtbar, hatte sich nichts verändert. Ob eine Leitung sich mit Gas füllt, oder ob sie leer ist, sieht man ihr von außen ja nicht an.

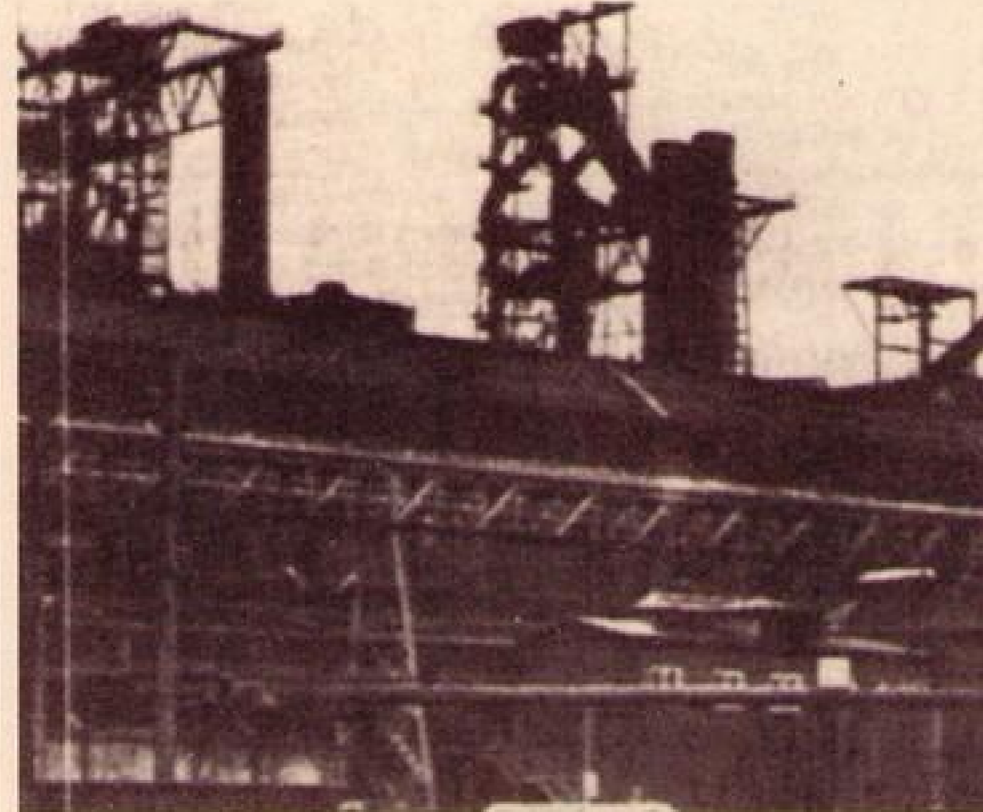
Während nun Abschnitt für Abschnitt der Leitung begast, die Entlüftung geschlossen und somit die Leitung unter Druck genommen wurde, strömte das CO-Gas, das offensichtlich noch in der Leitung gestanden hatte, durch ein undichtes „Absperrorgan" in die Gichtgasleitung des Ofens. Ein Schieber, der das Gas eventuell zurückgehalten hätte, war nicht geschlossen worden. So konnte das Gas ungehindert von oben in den Ofen gedrückt werden.

### Vorschriften übergangen

Aus den bekanntgewordenen Tatsachen geht eindeutig hervor, daß in diesem Fall die bestehenden Vorschriften zur Unfallverhütung einfach übergangen wurden. Hätte der (oder die) Verantwortliche(n) auch nur einen Gedanken daran verschwendet, die sechs Männer wären noch am Leben; sie hätten den Ofen unter den gegebenen Bedingungen nie und nimmer betreten dürfen.

Vorschriftsmäßig wäre gehandelt worden, wenn vor dem Begasen der Leitung zum Ofen hin eine Steckscheibe gesetzt oder ein Schieber geschlossen worden wäre, der die gleiche Funktion erfüllt und laut UVV auch für diesen Zweck zugelassen ist (z. B. ein Lurgi-Schieber).

Darüber hinaus hätte nach dem Begasen geprüft werden müssen, ob auch tatsächlich kein Gas zum Ofen entweicht; erst dann hätte der Ofen für weitere Arbeiten freigegeben werden dürfen.


Der Ort des grausigen Geschehens

Dies alles ist nicht geschehen. Und daran tragen nicht etwa diejenigen Kollegen die Schuld, die die Begasungsarbeiten durchgeführt haben. Der oder die Schuldigen sind unter denjenigen zu suchen, die die Freigabe von seiten des Hochofenbetriebes für diese Arbeiten gegeben haben.

### Menschenverachtende Gleichgültigkeit

Hier wird nicht fahrlässiges Handeln oder „menschliches Versagen" offensichtlich, hier offenbart sich menschenverachtende Gleichgültigkeit: Wie kann ich jemanden zur Arbeit in den Hochofen schicken und gleichzeitig die Begasungsarbeiten durchführen lassen, ohne auch nur einen Blick auf den Zustand der Gasleitung zu verschwenden?! Jeder Idiot hätte sonst den geöffneten Schieber bemerken müssen.

Ebenso mußte die Betriebsleitung davon ausgehen, daß die „normalen" Absperrorgane, ob Schieber, Klappen oder Ventile, **nie hundertprozentig dicht sind.** Diese „Absperrorgane" erfüllen ihren Zweck ausreichend beim normalen Betrieb des Hochofens, können aber niemals eine Steckscheibe ersetzen. Jeder, der in einem Gasbetrieb arbeitet, weiß das.

Der Unfall wurde ausführlich in der Tagespresse geschildert und dabei wurde auch deutlich, wie sehr die TAG darum bemüht war (und ist), die Sache herunterzuspielen und die Verantwortlichkeit zu verschleiern.

**Lüge 1: In der ersten Presseerklärung hieß es noch, es seien nur „geringe Gasmengen" in den Ofen eingeströmt. Tatsache ist, daß innerhalb kürzester Zeit ein tödliches Gasgemisch im Ofen entstand, was bei der Größe des Volumens von Ofen und Gasleitungen heißt, daß erhebliche Mengen CO-Gas eingeströmt sind.**

**Lüge 2: Die Arbeiten an der Gasleitung hätten nichts mit den Arbeiten im Hochofen zu tun.**

**Lüge 3: Die Arbeiten an der Gasleitung wären in 1000 Meter Entfernung vom Ofen 7 durchgeführt worden. Tatsache ist, daß es nicht einmal 200 Meter waren.**

**Lüge 4: Die Gasleitung zum Ofen 7 sei „dreifach gesichert" gewesen. Tatsache ist, daß *nicht eine einzige Sicherung* vorhanden war.**

Die Presse hat diese Falschmeldungen zunächst verbreitet. An den Punkten, wo die vorläufigen Untersuchungsergebnisse den Erklärungen der Thyssen AG offensichtlich widersprachen, wurden Bedenken geäußert. Man muß aber ganz klar sagen, daß diese „Falschmeldungen" wider besseren Wissens zumindest von seiten der Betriebsleitung des Hochofenbetriebs der Öffentlichkeit und den Angehörigen der Opfer aufgetischt wurden. Leider gibt es keinen Paragraphen, nach dem so etwas bestraft wird.

### Profit und Tod

Dieser Unfall wird nicht der letzte gewesen sein, der mit dem Tod eines Kollegen endet. 53 tödliche Betriebsunfälle in Duisburg allein im Jahr 1982 zeigen, daß die kapitalistische Produktion im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen geht. In den meisten Fällen ist die zunehmende Arbeitshetze das auslösende Moment für schwere Unfälle in den Betrieben. Es wird noch zu untersuchen sein, inwieweit in diesem Fall von oben Druck ausgeübt wurde, die bestehenden Sicherheitsvorschriften zu umgehen.

Wir fordern strengste Bestrafung derjenigen, die Schuld sind am Tod unserer sechs Kollegen!

+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Le

# Grüne — nur oberflächlich abgelehnt?

Lieber „Roter Morgen",
wieder einmal geht's um die Grünen. Ich will ja nicht zynisch sein, aber manchmal erinnert Ihr einen fast an die bürgerlichen Parteien und Medien, die das Problem „Grüne" in erster Linie durch Totschweigen lösen wollen ... Oder ist Euch nicht aufgefallen, wie oft z. B. die abgehalfterten FDP-Heinis im Fernsehen interviewt werden, während die Grünen, die immerhin etwa doppelt so viel Sympathien in der Bevölkerung haben, ganz offensichtlich boykottiert werden?

Ich finde, es gebietet allein die Solidarität, daß man sich über diese Meinungsmache genauso empört wie über die Faschismus-Verleumdungen gegenüber den Grünen seitens eines Börner, Strauß usw. Oder: Warum schweigt Ihr Euch darüber aus, daß man die Grünen als „verfassungsfeindlich" fertigmachen oder gar verbieten will, weil sie für ein imperatives Mandat und Diätenabführung bei ihren Abgeordneten sind, ein rotierendes Abgeordnetensystem befürworten usw. (Ich hoffe — solltet Ihr mal in einen Stadt-, Landrat oder gar Bundestag einziehen — Euch genauso ernsthaft mit solchen demokratischen Fragen auseinandersetzt, wie es jetzt die Grünen tun ...!) So ein Angriff auf demokratische Freiheiten ist doch ungeheuerlich!

Aber einmal abgesehen vom Vorwurf des Totschweigens statt notwendiger Solidarität: Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß auch die SPD — vor einiger Zeit noch Kompromißbereitschaft gegenüber den Grün-Alternativen vortäuschend — jetzt mit aller Kraft auf ein 2-Parteien-Kabinett hinarbeitet. Egal, ob sie oder die CDU/CSU die Mehrheit hat —, Hauptsache, die Herschenden sind unter sich, und kein Grün-Alternativer (wie oft genug in den Senaten von Westberlin oder Hamburg geschehen) zerrt ihre dunklen Machenschaften ans Tageslicht, bringt dieses ganze verrottete, versumpfte, korrupte Parlament ein bißchen durcheinander. Überall, wo man in diesen Wochen vor der Wahl hinkommt, wird unter wenigstens halbwegs fortschrittlichen Menschen darüber heiß diskutiert, pro und contra SPD, pro und contra Grüne usw. Bloß im „Roten Morgen" nicht. Habt Ihr — entschuldigt — Angst um Eure Wählerstimmen?

Punkt zwei: In Sachen Faschismus vor 50 Jahren/heute hätten wir uns doch ein bißchen mehr an Untersuchungen und Analysen gewünscht. So gut und aufklärerisch z. B. Eure Serie über den CDU-Staat ist — sie wirkt leicht fatalistisch, nach dem Motto „Helm ab zum Gebet, wenn die drankommen bzw. -bleiben." Es fehlt die Einschätzung der Gegenseite: Wie sind die Schichten und Klassen des Volkes heute gegliedert (objektiv)? Wie ist ihr Bewußtsein (subjektiv)? Welche Schichten sind empfänglicher, welche resistenter gegenüber reaktionären bzw. faschistischen Ideen? Warum sollte es heute keine faschistische Massenbewegung mehr geben (Stichwort „Kanaken raus!")?

Wir haben uns mal ein bißchen einige Zahlen angeschaut. Zunächst 1928. Damals gab es ca. 22 Millionen Arbeiter und ca. 12 Millionen Kleinbürger bzw. Mittelständische (Kleingewerbetreibende, Handwerker, mittlere und höhere Angestellte, Beamte, Freiberufliche, kleine und mittlere Bauern. Die Arbeiterklasse bildete also die überwältigende Mehrheit innerhalb der werktätigen Bevölkerung, bestand allerdings „nur" aus ca. 12 Millionen Industriearbeitern. Der Rest waren Heim- und Landarbeiter, unterste Angestellte, Sozialrentner usw. Diesen 12 Millionen Industriearbeitern entsprachen ziemlich genau die durchschnittlich 11 bis 13 Millionen Wählerstimmen, die SPD und KPD gemeinsam in den Jahren 1928 bis 1933 erhielten. Die restlichen immerhin ca. 10 Millionen Abeiter sollten dann zusammen mit dem „klassischen" Kleinbürgertum die Massenbasis des Faschismus bilden ...

Nun die offiziellen Zahlen von 1981. (Die Kategorien sind etwas anders als 1928, trotzdem kann man sich ein Bild machen.): Von 22,5 Millionen „abhängig Beschäftigten" kamen 10,5 Millionen aus dem „produzierenden Gewerbe". Der Rest kam aus Land- und Forstwirtschaft, Handel/Verkehr und Dienstleistungen. Von den 10,5 Millionen „produzierend" Beschäftigten arbeiteten 4 Millionen im Handwerk und 1 Million im Baugewerbe. Bleiben 6,5 Millionen in der Industrie Beschäftigte, vom Akkordarbeiter bis zum höheren Angestellten. Reine Industriearbeiter gibt's also, wenn's hochkommt vielleicht 4 Millionen. **D.h. in den letzten Jahrzehnten hat sich eine gewaltige soziale Umschichtung zugunsten verschiedener kleinbürgerlicher Schichten, vor allem im Dienstleistungsbereich vollzogen.** (Allein die Zahl des Krankenpflegepersonals hat sich von 1960 auf 1980 fast verdoppelt!)

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen müßte man jetzt weiterfragen: Wie spiegelt sich diese ökonomische Umschichtung im Bewußtsein der Menschen wider? Auch da stoßen wir wieder auf die Grünen. Wir finden, Ihr macht es Euch etwas zu einfach, wenn Ihr (wie in Eurem Kommentar zu einem „linken klassenkämpferischen Wahlbündnis" geschehen) in etwa sagt: Hier Arbeiterklasse mit Klassenkampf und revolutionären Parteien, da Kleinbürgertum und Mittelschichten ohne Klassenkampf, mit Grünen. Beide Klassen und dementsprechend Parteien haben zwar ihre Existenzberechtigung, aber sonst kaum etwas miteinander zu tun.

Langer Rede kurzer Sinn: Gerade angesichts des drohenden CDU-Staates, den Ihr so eindringlich beschrieben habt, kommen wir doch gar nicht umhin, mit der breiten fortschrittlich-demokratischen Bewegung innerhalb der Grün-Alternativen zusammenzuarbeiten (schon allein um die „rechte" Fraktion um Bahro usw. nicht hochkommen zu lassen.) Oder aber: Das Kleinbürgertum wird wieder einmal die Massenbasis des Faschismus stellen, (oder wollt Ihr das ausschließen?). Bloß, diesmal mit noch katastrophaleren Auswirkungen, da die Arbeiterklasse heute sowohl quantitativ als auch qualitativ (keine starke, schlagkräftige Kommunistische Partei usw.) schwächer ist als 1933.

Jedenfalls möchten wir es noch erleben, Mitglieder eines Vereins zu sein, der sich nicht nur großsprecherisch **„Volksfront"** nennt, sondern es auch wirklich geworden ist: Ein breiter Zusammenschluß aller Schichten des Volkes gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Das wär's. Machts gut,
Zwei Leser aus dem Land des F.J. Strauß

**Anmerkung der Redaktion: Wir werden auf die Argumente dieser Leser in einer der nächsten Ausgaben ausführlich eingehen.**


## HÖRT RADIO TIRANA

| UHRZEIT | 1. Programm | WELLENLÄNGE |
|---|---|---|
| 13.00-13.30 | 9375 kHz<br>7310 | 31 Meterband KW<br>41 Meterband KW |
| 14.30-15.00 | 9375<br>7310 | 31 Meterband KW<br>41 Meterband KW |
| 16.00-16.30 | 9375<br>7310 | 31 Meterband KW<br>41 Meterband KW |
| 18.00-18.30 | 9375<br>7310 | 31 Meterband KW<br>41 Meterband KW |
| 19.00-19.30 | 7310<br>9375<br>1395 | 41 Meterband KW<br>31 Meterband KW<br>215m MW |
| | 2. Programm | |
| 21.30-22.00 | 7310<br>5985<br>1458 | 41 Meterband KW<br>49 Meterband KW<br>206m MW |
| 23.00-23.30 | 7310<br>5985<br>1458 | 41 Meterband KW<br>49 Meterband KW<br>206m MW |
| 6.00-6.30 | 7310<br>9375<br>1395 | 41 Meterband KW<br>31 Meterband KW<br>215m MW |



## Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer




Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

## Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ...........................

Straße: ...........................

Plz/Ort: ...........................

Datum: ............ Unterschrift: ...........................
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

## Zu wenig ungelernte Arbeiter

# CDU-Bildungspolitik konkretisiert

### Ein „alter Haudegen" greift wieder an

**Auf einer bildungspolitischen Veranstaltung der CDU in Braunschweig konkretisierte der Kultusstaatssekretär Piazolo die angeblich „neue" Bildungspolitik der CDU. Ein alter Haudegen, der sich von jeher jeglichen Bemühungen um eine Reform des Bildungswesens entgegengestellt hat, geht damit wieder zum Angriff über — seine Positionen sind immer noch jene, mit denen er sich schon Mitte der sechziger Jahre der Forderung nach einer solchen Reform entgegenstellte.**

Im Prinzip, meinte er, müßte es sowieso so sein, daß die Eltern allein die Ausbildung ihrer Kinder bezahlen müßten. Das heißt dann eben „Subsidiarität", aushilfsweise kann mal ein staatliches Darlehen dazukommen. Also auch hier das, was vor allem Blüm und Wilms nicht müde werden zu betonen: Die BAFöG-„Reform" hätte die CDU auch gemacht, wenn die Kassen überlaufen würden, aus Prinzip.

Aber warum das so ist, warum die CDU gerade auf diesem Gebiet am deutlichsten macht, welch unterschiedliche Vorstellungen sie zur sozialdemokratischen Politik der letzten Jahre hat, das sagt nur Piazolo — bisher — so deutlich.

Zunächst bleibt er in seinen Ausführungen noch ganz im Rahmen der „Linie des Vorsitzenden" Franz Josef Strauß und des baden-württembergischen Kultusministers Mayer Vorfelder, wenn er den „Verlust der Werte" und ähnliche mystische Dinge aus der mittelalterlichen Giftküche beschwört.



Einer der „verlorenen Werte", die von der CDU so beklagt werden

Dann kommt er zur Sache: Dabei sei vor allem der „Differenzierungsgedanke" verloren gegangen...

Die ganze Gesellschaft würde immer mehr „nivelliert", gleichgemacht also. Denn: noch 1970 habe das Verhältnis Akademiker zu Facharbeiter bei 1:7 gelegen, im letzten Jahr nur noch bei 1:5, und wenn es so weiterginge, würde es in zehn weiteren Jahren nur noch bei etwa 1:2 liegen.

Und nicht nur das macht ihm Kummer. Ausdrücklich hebt er hervor, daß diese Bildungspolitik, der wie sie in der CDU-Hetzpropaganda genannt wird, diese „Schimäre der Gleichmacherei" dazu geführt habe, daß es heute über vier Millionen weniger ungelernte Arbeiter gäbe als im Jahre 1970...

Diese Entwicklung, so Piazolo, ist „nicht wünschenswert und entspricht nicht den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes". Also kurz zusammengefaßt: Für die CDU gibt es zu viele Studenten und zu wenige Hilfsarbeiter. Wer hier umgruppiert werden soll ist nicht nur durch allgemeinpolitische Überlegungen leicht festzustellen (etwa der, daß selten — beispielsweise — Kinder von höheren Beamten oder leitenden Angestellten Hilfsarbeiter werden, von Unternehmern natürlich ganz zu schweigen) sondern eben auch durch die geforderte Bezahlung eines Studiums durch die Eltern.

Das ist eindeutige Klassenpolitik im Dienste der Unternehmer, die mehr Hilfsarbeiter wollen, gegen die Arbeiter, von deren Kindern heute viele an Gymnasien und Universitäten zu finden sind — zu viele nach Meinung dieser Reaktionäre.

**Die folgende Betrachtung entnehmen wir der Februar-Ausgabe der KPD-Hafenzeitung in Bremen. Wie das konkret für einen jungen, unverheirateten Kollegen aussieht, wenn er heute, „aus sozialen Gründen" zuerst gekündigt, auf die Straße fliegt, das wird hier sehr deutlich beschrieben.**

## Aus „de Anstorm", Bremer Hafenzeitung der KPD

# „Schicksal?"

Da wühlt man im Hafen, schwitzt im Sommer im Luk, friert sich im Winter an Deck sonstwas ab, schleppt mit vielen Schichten sein gutes Geld nach Hause. 1900 Mark kommen im Monat aufs Konto.

Dafür kann man sich als junger Arbeiter schon was leisten. Für 200 Mark Ratenzahlung im Monat ein flottes Auto. Da kann man sich auch verloben, an eine Familie denken, eine Wohnung einrichten. Selbst als der Braut von der neuen Regierung das BAFöG gestrichen wird, sieht alles noch nicht tragisch aus. Da kloppt man eben ein paar Schichten mehr und nimmt noch einen Kredit auf, 100 Mark Raten im Monat dazu, damit sie ihre Ausbildung nicht abbrechen muß.

Peng!!! Da platzt die Seifenblase, da ist es Essig mit Familie gründen usw. Kündigung zum 1.12., drei Wochen vor Weihnachten, schöne Bescherung!

Dann geht es los, zum Arbeitsamt. Arbeit gibt's keine!! Das war vorher schon klar. Aber mit 68 Prozent vom Grundlohn! Was kommt dabei raus? 259,80 Mark die Woche, also 1000 Mark im Monat. Davon 500 Mark für die Wohnung, Heizung, Strom, Fernsehen, Telefon und 300 Mark für die Raten. Bleiben 200 Mark zum Leben im Monat für Essen, Zeitung, Staßenbahn, und Schuhe sind auch mal wieder fällig. Wie soll das gehen? Also das Auto verkaufen, denn die 200 Mark, die das kostet, sind jetzt nicht über. Aber vielleicht gibt's ja Wohngeld? Also hin zum Amt. Au ja, 7 Mark gibt's. Wieder ein Reinfall.

Am Samstag immer ganz früh in die Zeitung sehen. Ha, Vertreter für dies, Vertreter für das, und das 5 Seiten lang. Mal nach Daimler gehen. Als Lakkierer? Nein, Pech gehabt. Nach Becks, da schmeißt einen schon der Pförtner raus! Klöckner, VFW, Brinkmann, die lachen sich tot, wenn man da nach Arbeit fragt.

So sieht das aus, wenn man aus „sozialen Gründen" als junger, unverheirateter Arbeiter auf die Straße fliegt.

Hat hier das Schicksal zugeschlagen? Wohl kaum! In unserem Land zählt eben ein Arbeiter nur solange er Profit macht für die Herren, sonst kommt er auf den Müll. Gegen Schicksal kann man nichts machen, aber dagegen kann und muß man sich wehren!

## Neue Umweltschutzverordnung aus Bonn

# Der saure Regen wird nur verwässert

**BONN. — Auf heftige Kritik stößt die neue Umweltschutzverordnung, die Innenminister Zimmermann in der vorvergangenen Woche dem Kabinett Kohl zur Verabschiedung vorlegte. Diese neue „Großfeuerungsanlagen-Verordnung" soll die extrem hohe Schwefeldioxydmenge in der Luft reduzieren helfen. Sowohl die parlamentarische Opposition als auch Umweltschützer halten diese neue Verordnung für völlig unzureichend und für industriefreundlich.**

Als „großen Bluff" und „wertlosen Fetzen Papier" bezeichneten Umweltschutzorganisationen diese neue Regelung. Durch bestimmte Regelungen dieser Verordnung gibt es mehrere Möglichkeiten, vor allem für die Betreiber von großen Kraftwerken, die Schutzbestimmungen zu umgehen. So braucht für „Altanlagen" keinerlei Schutz mehr eingebaut werden, wenn der Betreiber erklärt, die Anlage würde in absehbarer Zeit, etwa in drei oder vier Jahren sowieso stillgelegt. Auch für im Genehmigungsverfahren oder im Bau befindliche Kraftwerke können die eigentlich notwendigen Schutzvorrichtungen erspart werden, die zulässigen Mindestwerte dürfen bis um das Sechsfache überschritten werden.

Diese Regelungen, so meldete auch der „Spiegel", führen dazu, daß die Betreiber von Kraftwerken sich die Investitionen für Schutzanlagen sparen können. Dazu gibt es noch durch einen „Definitionstrick" die Möglichkeit, große Kraftwerke in mehrere kleinere „Einheiten" zu zerlegen, für die die Schutzbestimmungen wiederum nicht gelten.



Sterbende Bäume durch sauren Regen

Durch die Möglichkeit, diese Verordnung so großzügig auszulegen, wird es zu keinem nennenswerten Abbau des enormen Schwefeldioxydausstoßes in der Bundesrepublik und Westberlin kommen.

Zur Zeit werden jährlich 3,6 Millionen Tonnen Schwefeldioxyd in die Luft geblasen. Bei absolut scharfer Auslegung der neuen „Großfeuerungsanlagen-Verordnung" würde dieser Ausstoß in zehn Jahren auf 2,3 Millionen Tonnen Schwefeldioxyd jährlich reduziert.

Das allerdings ist keine Politik, die der wachsenden Verschmutzung der Luft, den — siehe das Baumsterben — gefährlichen Folgen dieser Verschmutzung entgegenwirkt. Nach Angaben von Umweltschützern gefährdet der hohe Schwefeldioxydgehalt nicht nur wie bisher die Wälder. **Wenn sich nicht Entscheidendes tut, wird demnächst auch das Trinkwasser in der Bundesrepublik gefährdet sein.**

## Finanzlage der Städte wird immer schlechter

# Am meisten steigen die Zinszahlungen

**Das jüngst vom Deutschen Städtetag herausgegebene „Statistische Jahrbuch deutscher Gemeinden" für 1982 weist eindringlich nach, daß die Finanzlage der Städte (im Jahrbuch für alle 489 Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern ausgerechnet) immer schlechter wird.**

Der Alarmruf des Städtetags, die Kommunen könnten die Ausgaben für die Sozialhilfe nicht mehr alleine tragen, zeigt natürlich deutlich die Richtung, in der von bundesdeutschen Bürgermeistern Politik gemacht wird. Die Ausgaben für die Sozialhilfe seien innerhalb eines Jahres um mehr als 11 Prozent auf 14,8 Milliarden Mark gestiegen.

Das galt für 1981, wobei für das letzte Jahr eine weitere kräftige Steigerung zu erwarten ist, parallel zur wachsenden Arbeitslosigkeit. Nur so nebenbei erwähnt wird die Tatsache, daß der Zins- und Schuldendienst dieser Gemeinden noch sehr viel schneller anstieg und die Summe der Sozialhilfe fast schon erreicht hat. Im selben Jahr 1981 wurden 6 Milliarden für Tilgung und sage und schreibe 7,1 Milliarden an Zinszahlungen geleistet. Macht zusammen 13,1 Milliarden, eine Steigerungsrate um 12,5 Prozent. (Wobei die Steigerung der gesamten Sozialhilfeausgaben geringer ist als die der direkten Sozialhilfe, mit 9,3 Prozent — rechnet man hier noch die schnell steigende Zahl der Bezieher ein —, wird die Auswirkung auf diesen Kreis von Menschen sehr deutlich).

Neben der Forderung nach mehr Bundesgeldern, (die man konkret betrachten müßte, aber erst mal, beispielsweise auf Kosten der Aufrüstung durchaus vertreten kann), wittern die Kämmerer vor allem noch „Luft" für höhere Einnahmen bei städtischen Gebühren. Und das obwohl diese von 1980 auf 1981 schon um 2,1 Milliarden Mark auf 27,9 Milliarden anstiegen. Vor allem für den Kulturbereich wurden hier Pläne geschmiedet, wo der „Kostendeckungsgrad" nur bei 7 bis 18 Prozent liege (Museen, Theater, Volkshochschulen und Bäder).

Diese Aussagen machen deutlich, daß auch in Zukunft die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sich vermehrt in den Städten selbst zeigen werden.

# Wer profitiert vom neuen Mietrecht?

**Liest man die neue Anzeigenkampagne des Haus- und Grundbesitzervereins, der zur Wahl „des neuen Mietrechts" aufruft, so kommt dieses neue Recht — natürlich — schlichtweg allen zugute. Den Vermietern, weil sie endlich nicht mehr befürchten müssen, ins Armenhaus zu kommen, den Mietern, weil sie, da es sich wieder lohnt zu bauen — so ganz arg viele neue Wohnungen angeboten bekämen, daß die Mieten gar nicht so sehr steigen können, wegen des Angebotes.**

Wie sieht das nun wirklich aus?

Wie es für die Mieter aussieht, das macht schon die amtlich bekanntgegebene neue Preisstatistik für den Februar klar. Da stiegen beispielsweise die Mieten um fast 6 Prozent an, also ein Drittel mehr als die amtliche durchschnittliche Teuerungsrate.

Für die Wohnungseigentümer? Immerhin soll es davon runde 9 Millionen geben. Aber: Es fängt natürlich schon da an, wo ganze 2,8 Millionen Einkünfte aus Vermietungen haben.

Fast die Hälfte dieser Zahl, runde einundeinviertel Millionen Vermieter haben ein Gesamteinkommen (also einschließlich Miete) von unter 2000 Mark im Monat. Anderthalb Millionen dieser Vermieter rekrutieren sich aus — natürlich äußerst unklaren — Schichten der „Selbständigen" und der „Nichterwerbstätigen". Hierin sind vom Bauern bis zur Frau des Unternehmers sehr verschiedene gesellschaftliche Gruppen vertreten, die aufgrund ihres (wohlbemerkt durchschnittlichen) Einkommens und des Mietanteils daran zu den einzigen Gewinnlern dieser neuen Mieterhöhungen gehören (in dem Sinne, daß sie echt Geld damit machen können).

Also bleiben unter der Hand im wesentlichen ganz andere „Eigentümer" übrig, die vor allem an diesen neuen Erhöhungen verdienen. Zum ersten all die, die viele Wohnungen (und nach der neuen CDU-Version eben nicht nur relativ neue, sondern gerade auch alte Wohnungen) besitzen, die sich im Eigenvergleich die eigenen Einkünfte hochsetzen können. Und zum zweiten insbesondere die, die viele Wohnungen bauen lassen — wobei man immer wieder auf die großen Versicherungsgesellschaften zurückkommen muß, die der Hauptprofiteur der neuen Regelungen sind. Die diese Regelungen ja auch am lautesten verlangt hatten und am eindeutigsten betont, daß ihnen die von der früheren SPD-Regierung geschaffenen Möglichkeiten zur Mieterhöhung noch lange nicht ausreichten.




Weitere Preiserhöhungen im Nahverkehr — das ist eines der Rezepte, das die Kämmerer auf Kosten der Bevölkerung anbieten wollen

### In den Spalten der albanischen Presse geblättert

# Die Geschichte eines Falles von Vetternwirtschaft

## Klassenkampf — konkret geführt




**Lieber Leser!**
**Spricht man über den Sturz der Arbeitermacht in den ehemals sozialistischen Ländern, so geschieht das noch sehr oft auf relativ abstrakter Ebene. Ebenso schwierig ist es, den Kampf zur Vermeidung eines solchen Sturzes möglichst konkret zu schildern. So ist es zum Beispiel für ein sozialistisches Land von großer Bedeutung, wie es konkret den Klassenkampf führt, wie es sich zu den im sozialistischen Aufbau unvermeidlich auftretenden Fehlern, Mängeln und Schwächen verhält, wie es dafür sorgt, daß einmal aufgetretene Fehler nicht überhandnehmen, nicht zu wuchern beginnen, und so, wenn sie nicht bekämpft werden, zu einer realen Gefahr für die Arbeitermacht werden. Unter anderem gilt es also, in der Öffentlichkeit des sozialistischen Landes eine gesunde Atmosphäre herzustellen, in der Mängel und Schwächen nicht unter den Teppich gekehrt werden, sondern unter den werktätigen Massen diskutiert und behoben werden können.**

**Im sozialistischen Albanien haben insbesondere die Seiten 2 und 3 von „Zëri i popullit" diese Funktion, zu denen der „Rote Morgen" im Artikel „Zëri i popullit — Stimme des Volkes" (siehe Nr. 45/82) schrieb: „Hier findet der Klassenkampf seinen ganz konkreten Ausdruck..."**

**Ich werde mich bemühen, in der Zukunft einige dieser Artikel an die Redaktion zu schicken, denn ich meine, derartiges Material, zu dem sonst kaum Zugang besteht, ist wichtig, um die albanische Wirklichkeit möglichst allseitig einschätzen und verstehen zu können.**

**Der nachstehende Artikel vom 26. 12. 82 greift einen Fall von Vetternwirtschaft auf, der bis in die Spitze des Tiraner Exekutivkomitees hinaufreicht. Ein Mitarbeiter dieses Exekutivkomitees läßt seine Beziehungen spielen, um seiner Tochter einen besseren Job zu verschaffen, doch lest selber:**

Kaderversetzungen und -bewegungen aus Gründen der Arbeit werden ständig gemacht. Je nach Fall werden nach gründlicher und parteilicher Beurteilung auch aus familiären, gesundheitlichen und anderen Gründen Versetzungen vorgenommen. Solche begründeten und gerechtfertigten Versetzungen wird man immer wieder vornehmen. Doch die Fälle, wo die Anträge ungerechtfertigt sind und, um so schlimmer, durch Genossen oder Freunde als durch die Arbeit oder ein Ministerium begründet verkauft werden, billigt unsere öffentliche Meinung nicht. Sobald sie von solchen Fällen hört, erhebt sie sich nachdrücklich und mutig dagegen.

Eine Gruppe von Kadern aus Tirana, die im Bezirk Mati arbeiten, haben unsere Redaktion in den letzten Tagen von einer „Geschichte" unrichtiger Einmischungen und Günstlingswirtschaft geschrieben, die, so schreiben sie, „klar auf der Hand liegen". Das Epizentrum der ganzen Geschichte befindet sich in den Büroräumen des Exekutivkomitees des Bezirksvolksrats Tirana.

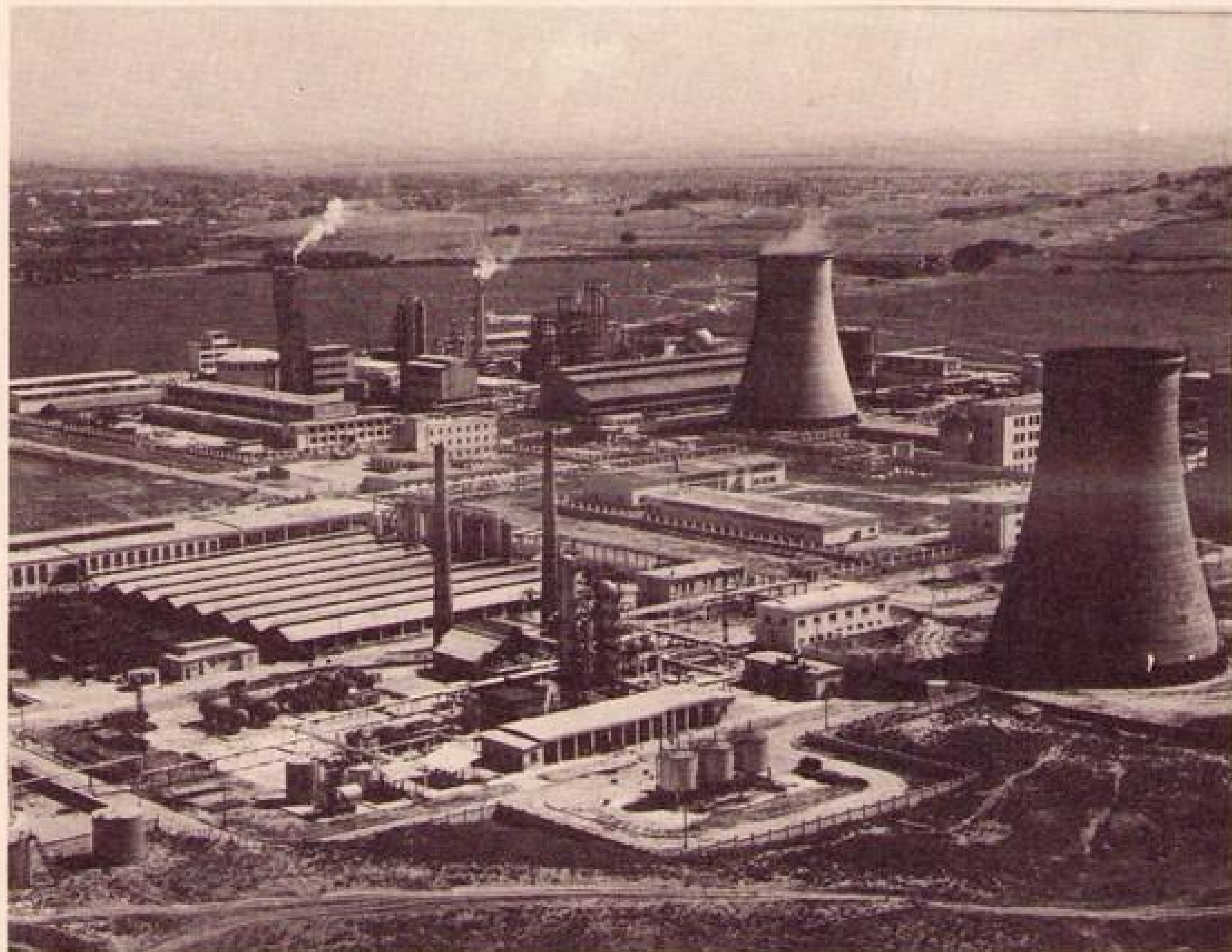
Shyqyri Liti fühlt sich seit fast sechs Jahren nicht wohl. Seine beiden Söhne, die die Hochschule absolviert haben, haben ihren Arbeitsplatz dort, wo er wohnt, in Tirana. Das aber scheint er für unzureichend zu halten, denn er hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um auch seine Tochter nach Tirana zu holen, die als Ökonomin mit Hochschulbildung in der Stadt Burrel im Forstbetrieb arbeitet. Die Anträge nach ihrer Versetzung sind nicht versiegt, und seine Hoffnungen schon gar nicht, weil er selbst im Exekutivkomitee des Bezirksvolksrats (im Industriesektor) arbeitet.

Als seine Tochter Flutura noch nicht einmal das Minimum des Praktikums im Forstbetrieb von Burrel hinter sich gebracht hatte (sie war weniger als drei Jahre dort), war ihr Vater, nachdem er offiziell an mehrere Türen geklopft hatte, in die Büroräume des Exekutivkomitees des Bezirksvolksrats Tirana zurückgekehrt (dort, wo er arbeitet) und hatte, wie er uns sagte, dem stellvertretenden Vorsitzenden dieses Komitees, dem Genossen Omer Haxhia, sein Leid geklagt („An diese Tatsache erinnere ich mich nicht. Wer behält schon alles im Kopf", sagte uns dieser). Kaum waren die Dokumente angekommen, wurden sie zu Recht nach Burrel zurückgeschickt. Doch niemand hat gefragt oder Rechenschaft gegeben: Wer hat außerhalb der Regeln die Dokumente aus Burrel angefordert und weshalb? Warum ist das von dort aus zugelassen worden? Das bleibt eine vergangene und vergessene Geschichte, die allerdings mit dem zweiten Anlauf für die Versetzung zusammenhängt: Das gegebene Wort konnte nicht zurückgenommen werden!

Im Verlauf der Wartezeit, in der sich fünf Dienstjahre vollendeten (denn danach würde es keine Hindernisse geben!?), geschahen Veränderungen: Die Dokumente konnten nur auf Antrag eines Ministeriums nach Tirana zurückkommen; ideal wäre es, wenn das Landwirtschaftsministerium sie anfordern würde, wo Shyqyri Liti allerdings keinen Menschen für Kumpaneien hatte und nicht „durchkam". Wie sollte er jetzt vorgehen? Da verfolgte er die Linie seines eigenen Sektors: er setzte sich mit den Genossen der Kaderabteilung im Ministerium für Industrie und Bergbau in Verbindung.

„Ich ging also hin", erzählte er, „und klagte dem Leiter der Kaderabteilung Stavri Gostivishi als Genosse, als Bekannter, mein Leid. ‚Wollen mal schauen, ob uns nicht später eine Variante über den Weg läuft', sagte er mir, ‚aber versprechen kann ich dir nichts.'"

Aber die „Variante" tat sich sehr schnell auf: Geschaffen wurde das Energieministerium, das dringenden Bedarf an Kadern und Spezialisten hatte, unter anderem auch an Ökonomen. Die ersten Kader dieses Ministeriums waren aus dem Ministerium für Industrie und


**Industriewerk in der SVR Albanien — darin haben die Arbeiter das Sagen, die aktiv auch gegen Vetternwirtschaft vorgehen**

Bergbau herübergewechselt, also aus der „Linie des Sektors". So wurde der Name von Shyqyris Tochter in die Büroräume der Kaderabteilung des Energieministeriums eingeschmuggelt, und die Variante, wie man sie nach Tirana holen könnte, wurde ausgearbeitet. Das vom Landwirtschaftsministerium erlassene amtliche Schreiben Nr. 5058, wo die Zustimmung gegeben wurde, daß die Ökonomin des Forstbetriebs von Burrel von einem Ministeriumsbereich zum anderen wechselt, „besiegelte" die Verwandlung von familiären Sorgen in amtliche Sorgen. So wurde schließlich der Pelz gefunden, der alles zudecken sollte. Doch offenbar war er doch kleiner, als er hätte sein müssen, denn Kopf und Füße der Vetternwirtschaft lugten hervor.

„Um die Wahrheit zu sagen", sagten uns die Genossen des Exekutivkomitees des Bezirksvolksrats Mati, „aus Überzeugung haben wir sie nicht gehen lassen. Doch in Anbetracht der hartnäckigen Forderungen der Familie und (...) einiger Einmischungen, entschlossen wir uns, sie gehen zu lassen."

„Wer hat sich bei euch eingemischt?"

„Auch aus Tirana. Aber auch der Verantwortliche der Kaderabteilung Isuf Sana hatte große Neigungen. Offen gesagt, nur wegen der Einmischung haben wir sie gehen lassen."

Halten wir für einen Moment den Fortgang des Ereignisses an und stellen uns die Frage: Warum muß dieser Kader nach Tirana versetzt werden? Im Zusammenhang mit solche Problemen sagt Genosse Enver: „Die drei Kinder einer Familie beispielsweise können nicht bei den Eltern bleiben, wenn sie die Hochschule absolvieren. Sie müssen und werden dorthin gehen und dort arbeiten, wo das Vaterland sie braucht. Also, die wirtschaftliche Seite ist jetzt kein Hindernis mehr. Ein junger Mann, der heute das Recht erwirbt, auf die Universität zu gehen, wird morgen in jeden Bezirk gehen, wo er gebraucht wird, und dort arbeiten. Eine junge Frau kann sich nach dem Hochschulstudium mit einem jungen Mann in einem entlegenen Bezirk verheiraten, und sie wird auf jeden Fall dorthin gehen. So ist es und so wird es auch in Zukunft sein." Mit Dutzenden und Hunderten Beispielen könnten wir hier aufwarten. Erwähnen wir nur die aktuellsten: Allein in den letzten drei, vier Monaten sind Dutzende und Aberdutzende von Lehrern, Agronomen, Landwirtschaftsspezialisten, Ökonomen, Ärzte usw. freiwillig nach Mat und in andere nördliche Bezirke gegangen, eben dorthin, wo ihre Fähigkeiten und Erfahrungen gebraucht wurden, wobei sie die Familie entweder mitgenommen oder in Tirana, in Korça, in Durrës, in Vlora oder in Gjirokastra gelassen haben. Können diese Kader sowie Hunderte andere eine Rückkehr zur Familie dank des Freundes oder Genossen eines von ihnen billigen, wie es beispielsweise in unserem Fall geschehen ist? Verständlicherweise reagieren die Urheber solcher Erscheinungen verärgert über ihre Veröffentlichung. Doch das macht gar nichts, weil das die Tausenden und Abertausenden anderen billigen, die hingebungsvoll gerade dort arbeiten, wo das Interesse der Partei und des Volkes sie hinruft; unsere solide öffentliche Meinung, die gerechte und ehrliche Haltungen schätzt, unterstützt sie von ganzem Herzen.

Solche Handlungen und Praktiken kommen allein dadurch vor, daß gegen Kriterien und Normen verstoßen wird, in denen die richtige Linie der Partei in der Kaderpolitik zum Ausdruck kommt und verkörpert wird.

Der Leiter der Kaderabteilung im Energieministerium, Genosse Koço Luarasi, sagte uns: „Diese Ökonomin haben wir innerhalb der Regeln und Kriterien geholt, wie uns die Partei angewiesen hat."

Nachdem die Dokumente untersucht worden waren und nachdem entschieden worden war, daß die Kandidatin nicht im Ministerium arbeiten konnte (einzig und allein deshalb, weil sie eine Durchschnittsnote von 6,5 [eine sehr schlechte Note, die beste ist 10] hatte), hätte sie erneut in den Bezirk Mati geschickt werden müssen. Das ist eine Regel, ein Kriterium. Dagegen aber wurde verstoßen. Obwohl Genosse Koço Luarasi über eine lange Erfahrung in der Kaderarbeit verfügt, hielt er sich nicht an diese Kriterien, er hielt es vielmehr für angebrachter, zum Telefonhörer zu greifen und sich mit dem Verantwortlichen des Kadersektors im Exekutivkomitee des Bezirksvolksrats Tirana, Bajram Peçi, ins Einvernehmen zu setzen, um der Tochter des Kommunisten Shyqyri Liti irgendwo in Tirana eine Arbeit zu verschaffen. Und um diese „Gunst" zu motivieren, verstieg er sich unter anderem bis dahin, daß er in den amtlichen Dokumenten etwas Unwahres vermerkte und sagte, das Energieministerium habe keinen Betrieb seines Systems in Tirana!

Um die Geschichte schleunigst zu Ende zu bringen, war sofortiges Handeln nötig. Das aber hing von Bajram Peçi und Diogjen Thomai, seinen Untergebenen, ab, die offensichtlich meinten, sie hätten die Muß samt Nußknacker in der Hand. Als die Dokumente beim Genossen Bajram eintrafen, machte er ohne Untersuchung folgende Notiz darauf: „Gen. Diogjen. In Verwahrung halten. Werde mit Genossen Omer sprechen. Es wird geprüft, sie als Abteilungsleiterin einzusetzen." Was für ein toller Posten. Kommentar überflüssig. Die Dinge liefen nun immer besser. „Zufälligerweise" kam der Antrag nach Planökonom von der Staatsplankommission. Was sollte man da schon tun, wenn das Gute zu einem kommt, kann man nur noch die Tür aufhalten...

„Hallo! Redaktion?! Ihr habt ja irgendwo recht, aber Shyqyri ist eine Seele von Mensch. Wenn man noch einen typischeren Fall finden könnte..."

Es gab noch andere Telefonate, um dem Freund wieder zur Seite zu stehen, wie dieser aus dem Exekutivkomitee des Bezirksvolksrats Tirana.

Niemand zieht den Beitrag des Genossen Shyqyri Liti und seiner Familie in Zweifel. Doch wer Kommunist ist, muß bis ans Ende seines Lebens typisch für Schlichtheit, Hingabe, Prinzipienfestigkeit und Urteilskraft sein, der erste, der dort zu finden ist, wo das Vaterland ihn braucht.

Während der Arbeit für die Durchführung der Parteilinie machen nicht nur einfache Leute Fehler, sondern auch Kader, die sie nicht richtig verstehen. Deshalb müssen wir, beauftragt uns Genosse Enver, arbeiten, damit wir die Fehler vermeiden, seien sie klein, seien sie groß, oder, wenn sie gemacht worden sind, sie sofort korrigieren, damit wir sie, wenn sie klein sind, nicht überhandnehmen und groß werden lassen.

Und das müssen gerade auch die Kader in ihrer Arbeit tun, doch in erster Linie die Parteigrundorganisationen, in denen sie organisiert sind und wo sie Rechenschaft ablegen müssen.

Perparim Xhixha

ALBANISCHE HEFTE 1/1983
Albanien-Tag in Hamburg
Foto-Wettbewerb

**„Albanische Hefte", Zeitschrift der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft Nummer 1/83, zum Preis von 2 Mark pro Einzelheft; zu beziehen über den Vorstand der DAFG, Postfach 321, 8 München 1**

## 16. Nationalrat der PLO erfolgreich beendet

# Für einen Staat der Palästinenser

## Der bewaffnete Kampf geht weiter

**ALGIER. — Am 14. Februar wurde in Algier die 16. Sitzungsperiode des Palästinensischen Nationalrates eröffnet. Der Nationalrat ist das Exilparlament, die politische Vertretung des palästinensischen Volkes. Bis zum 22.2. diskutierten und debattierten die 355 Delegierten über die Zukunft ihres Volkes, vor allem über die Schritte zur Bildung eines eigenen palästinensischen Staates.**

In seiner Rede zur Eröffnung des Kongresses umriß Yassir Arafat die Bedingungen, unter denen der Nationalrat zusammentrat. Es sei eine gefährliche Etappe, da die palästinensische Revolution und auch die ganze arabische Nation bestimmten Herausforderungen entgegentreten müsse — Fragen von Sein und Nichtsein — angesichts der US-imperialistischen Aggression, die versuche, die gesamte arabische Nation zu kontrollieren und ihren Einflußsphären einzugliedern. Der standhafte Widerstand in Beirut sei der Eintritt in eine neue Phase der Geschichte gewesen: einer Phase, in der die Zeit der israelischen Blitzkriege vorbei sei. **Die Tatsache, daß nach der Schlacht in Beirut der Nationalrat zusammentreffe, bedeute einen entscheidenden Schlag gegen alle Träume der Vernichtung der PLO und ihrer Institutionen.**

Weiter sagte Arafat, die nationale Einheit und die unabhängige palästinensische Entscheidungsfindung sei der Garant für den Sieg, um die nationale Identität des palästinensischen Volkes herauszukristallisieren. Es gäbe keine Alternative zu einer soliden Einheit, die auf der Basis einer schöpferischen Demokratie aufgebaut sei.

Zum bewaffneten Kampf sagte Yassir Arafat bei der Eröffnung unter großem Beifall: *„Wir halten am Gewehr fest, um des Friedens willen, der auf Gerechtigkeit und internationalem Recht aufgebaut ist, um die unveräußerlichen Rechte unseres Volkes auf Rückkehr ins Heimatland, Selbstbestimmung und Errichtung eines unabhängigen Staates auf nationalem Territorium wiederherzustellen.“*

Konkret zur Situation im Nahen Osten nahm dann der Leiter der politischen Abteilung der PLO, praktisch der „Außenminister“, Farouk Kaddomi ausführlicher Stellung. In dem Bericht wird erklärt, daß die israelische Invasion (im Libanon, RM) und ihr Zeitpunkt in Washington geplant worden seien, mit dem Ziel, die Infrastruktur der PLO sowie ihre politische und militärische Stärke zu zerschlagen. Bestimmte Bedingungen in der arabischen Nation hätten es den USA und Israel erleichtert, ihre Invasion des Libanon auszuführen.

Zu diesen Bedingungen zählten entscheidend der iranisch-irakische Krieg, das Fehlen Ägyptens und andere Meinungsverschiedenheiten im arabischen Lager. In Kaddomis Bericht wird nochmals ausführlich auf den Plan der USA eingegangen. Der Reagan-Plan, so heißt es, *„weicht nicht vom Gesamtrahmen der amerikansichen Politik in dieser Region ab. In seinen Zielen unterscheidet er sich nicht von Camp-David und steht dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und der Gründung eines palästinensischen Staates entgegen. Der Reagan-Plan fordert von den arabischen Staaten die Anerkennung Israels, während er die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes vollkommen ignoriert. Er stellt eine nochmalige Verpflichtung Amerikas dar, Israels Sicherheit zu garantieren.“*

Weiterhin kritisiert der Bericht das arabische Schweigen und die Unfähigkeit, angesichts der israelischen Invasion zu einer einheitlichen politischen Aktion zu gelangen, wobei die offizielle libanesische Position dafür, als die verantwortliche charakterisiert wird. Die arabischen Staaten trügen Schuld, weil sie es nicht geschafft hätten, ihre Potentiale zur Verhinderung der israelischen Invasion im Libanon einzusetzen.

Bei den ausführlichen, zum Teil auch kontroversen Debatten in Algier ging es dann vor allem um die nächsten Schritte zur Bildung eines palästinensischen Staates. Wichtig hierbei war vor allem der Beschluß im Abschlußprotokoll, daß ein Palästinenserstaat, errichtet im seit 1967 von Israel besetzten Westjordangebiet, dem Gaza-Streifen mit Jerusalem als Hauptstadt auch ein Konföderation, eine Verbindung mit dem Königreich Jordanien bilden könne. Dabei wurde aber deutlich gemacht, daß König Hussein von Jordanien damit kein Mandat habe, im Auftrag der Palästinenser etwa mit Israel zu verhandeln, oder überhaupt für die Palästinenser zu sprechen. Weiter wurde auch betont, über eine solche Konföderation könne verhandelt werden, **wenn** der palästinensische Staat in den besetzten Gebieten Wirklichkeit geworden wäre.

Ein großer Erfolg und ein Zeichen für die Stärke und die Einheit war es auch, daß das Abschlußprotokoll auch von radikalen Kritikern der politischen Lösung gebilligt werden konnte. Denn ausdrücklich besteht die PLO weiterhin auf ihrer Forderung nach „Fortsetzung des bewaffneten Kampfes“ in den besetzten Gebieten.

Weiteres wichtiges Ergebnis der 16. Tagung des Palästinensischen Nationalrats ist die erneute Bestätigung Yassir Arafats als PLO-Chef.

Der Nationalkongreß des palästinensischen Volkes war aber nicht nur eine politische Beratung. In Algier demonstrierte die PLO auch die gesamte Breite ihrer Arbeit, konnte Solidaritätsbeweise aus der ganzen Welt vorlegen, demonstrierte ihre Lebenskraft und Stärke.

Bei vielen kulturellen Veranstaltungen traten palästinensische Künstler auf, 80 Staaten, internationale Organisationen und Befreiungsbewegungen hatten Gäste nach Algier entsandt. Lediglich die Palästinenser aus den von Israel besetzten Gebieten hatten Ausreiseverbot erhalten. Aber sie waren auch vertreten, genau wie die Gefangenen aus dem Palästinenserlager von Ansar im Libanon. Die dort gefangenen Palästinenser haben Zeichnungen aus dem Lager, in dem sie von den israelischen Truppen gefangengehalten werden, herausgeschmuggelt. Diese Zeichnungen waren im Vorraum des Sitzungssaales ausgestellt.

Und während der Kongreß in Algier tagte fanden in zahlreichen Städten und Flüchtlingslagern in der besetzten Westbank große Demonstrationen statt. Trotz der israelischen Militärunterdrückung brachten die Teilnehmer ihre Unterstützung für den Nationalrat zum Ausdruck. Zum Teil kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Das Kalandia-Flüchtlingslager im Norden Jerusalems wurde dabei von zionistischen Siedlern und Soldaten angegriffen. Die Bewohner setzten sich mit Steinen zur Wehr. Ein israelischer Offizier und zahlreiche Soldaten wurden bei diesen Auseinandersetzungen verletzt.

Alle gewählten Bürgermeister der Orte in der Westbank, die Führer von Dorfräten in den besetzten Gebieten, Vertreter von Gewerkschaften, Frauen- und Studentenvereinigungen, Clubs, sozialen Institutionen sowie eine Reihe nationaler und religiöser Persönlichkeiten haben eine Solidaritätsadresse nach Algier, an Yassir Arafat und die Mitglieder des Nationalrats geschickt. Darin heißt es unter anderem: **„Als Volk, das unter Besatzung lebt, folgen wir unserer kämpferischen, mutigen Führung. Wir haben Vertrauen und große Hoffnungen in ihre Entscheidungen. Wir hoffen, daß zur Rettung unseres Heimatlandes und zur Verwirklichung der Hoffnungen unseres Volkes nach Freiheit und nationaler Selbstbestimmung in unserem nationalen palästinensischen Staat unter der Führung der einzig legitimen Vertretung Beschlüsse gefaßt werden.“** Die Hoffnungen hat der Palästinensische Nationalrat erfüllt.



Der wiedergewählte PLO-Chef Yassir Arafat auf dem Kongreß in Algier: *„Unser Kampf geht weiter, solange, bis die Fahne Palästinas über Jerusalem flattern wird.“*

# Erklärung zum Abbruch des Hafenarbeiterstreiks in Dänemark

**Am 14.2. haben die streikenden dänischen Hafenarbeiter, nachdem sie seit Mitte Dezember in zum Teil sehr militanten Streikaktionen für ihre sozialen Errungenschaften gekämpft haben, die folgende Erklärung beschlossen, die die Gründe des Abbruchs ihres Streiks — nicht ihres Kampfes insgesamt, darstellt.**

„Die Hafenarbeiter haben nach vielen Überlegungen beschlossen, daß die Arbeit in allen Häfen des Landes von Dienstag, den 15. Februar an wieder aufgenommen wird.

Dies soll nicht ein Ausdruck dafür sein, daß wir den Kampf gegen das asoziale Gesetz über die Kürzung der Arbeitsausfallunterstützung aufgeben. Im Gegenteil.

Unser Ziel ist immer noch: Das Gesetz soll vom Tisch. Dafür wollen wir immer noch mit allen anderen aktiven Teilen der Gewerkschaftsbewegung kämpfen.

Wenn wir nun auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen, dann nur darum, um Verhandlungsmöglichkeiten mit den Hafenarbeitgebern zu nutzen. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll gleichzeitig im Licht der Todesfälle und der sehr ernsten Unglücke, die die Arbeitgeber verschuldet haben, gesehen werden. (Der Tod des Kollegen in Hirtshals, der tödliche Unfall eines berufsfremden Streikbrechers und die vielen, auch schweren, Verletzungen durch die Polizei sind nicht vergessen.)

Mit Entlassungsdrohungen haben sie andere Arbeiter dazu gezwungen, Streikbrecherarbeiten aufzunehmen, für die sie nicht qualifiziert waren. Die Rolle, die die Polizei und die zuständigen Aufsichtsbehörden während des Streiks gespielt haben, ist für diese Unglücke mitverantwortlich. Sie sind es, die mitverantwortlich sind für die vielen Unglücke und Schäden, die in der letzten Zeit in den Häfen entstanden sind. Während mit Knüppel gegen Hafenarbeiter vorgegangen wurde, hat man verantwortungslose Streikbrecherarbeiten mit geschlossenen Augen geduldet.

Die Grundlage dafür, die Arbeit wieder aufzunehmen ist folgende: Von fünf Abteilungsvorständen der Transportabteilung der SID ist eine Verhandlungsgrundlage ausgearbeitet, die von den Arbeitgebern akzeptiert wurde. Dabei sind die wesentlichen Punkte:

- in allen Häfen wird die Arbeit wieder normalisiert. (Das heißt nicht nur, daß die Hafenarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen, sondern, daß auch die Arbeitgeber normale Verhältnisse wieder herstellen. Keine Entlassungen, keine Repressionen, Abzug der Polizei).
- Es werden unmittelbar Verhandlungen um ein Meldegeld aufgenommen. Hafenarbeitern, die sich zur Arbeit melden, aber keine Arbeit bekommen, wird damit von den Arbeitgebern ein bestimmter Betrag bezahlt.
- Es werden Verhandlungen aufgenommen über die Strukturprobleme in den verschiedenen Häfen. Die Arbeitgeber wollen die Anzahl der für Hafenarbeit zur Verfügung stehenden Arbeiter beschränken. (z.Zt. allein Sache der Gewerkschaft). Dabei soll die Anzahl so groß sein, daß auch Spitzenbelastungen abgedeckt werden können und die Arbeit soll gleichmäßig auf alle verteilt werden.

Der Koordinationsausschuß wird diese Verhandlungen sehr aufmerksam verfolgen. Wir erwarten als Ergebnis der Verhandlungen, daß durch das Meldegeld der Verlust, den wir durch die Kürzung des Arbeitsausfallgeldes haben, aufgefangen wird. Passiert dies nicht, sind wir für neue Aktionen in allen Häfen des Landes bereit. Unsere Aktivitäten gegen das asoziale Gesetz werden fortgesetzt.



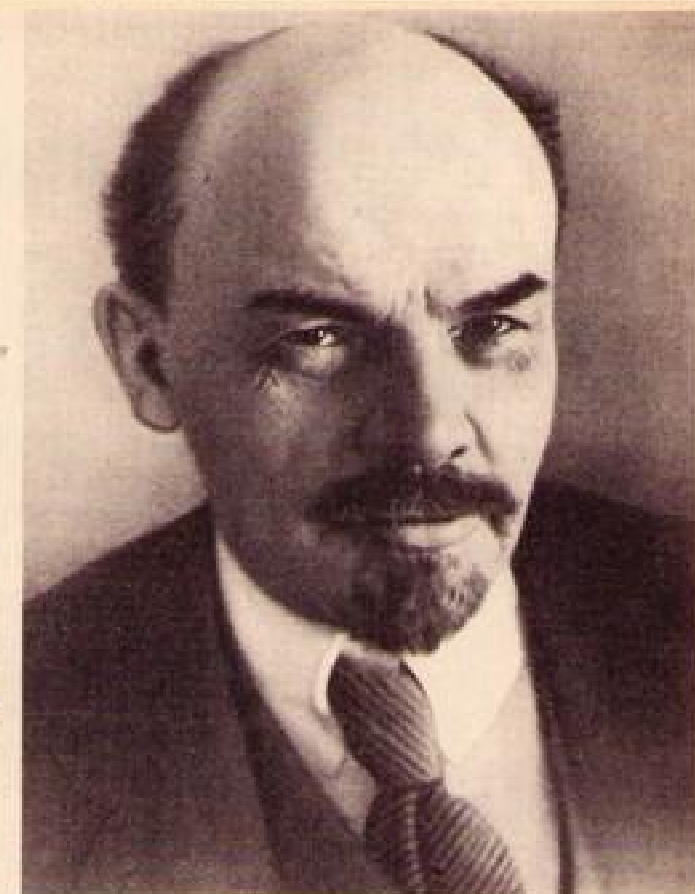

Zusammen mit aktiven Gewerkschaftern aus allen anderen Bereichen setzen wir uns dafür ein, daß das Lohnerhöhungsangebot, das die Arbeitgeber mit Unterstützung der Schlüter-Regierung unterbreitet haben (etwa 5 Prozent, Inflationsrate etwa 10 Prozent) und das die LO (Landesorganisation, zuständiger allgemeiner Gewerkschaftsverband) akzeptiert zu haben scheint, von den Mitgliederversammlungen abgelehnt wird.

Wir sagen nein. Keine Tarifverträge, die nicht die Verschlechterungen durch das Gesetz auffangen. Der Reallohn muß gesichert werden und die Arbeitszeit muß verkürzt werden. (Die ursprüngliche Forderung aller dänischen Gewerkschaften war: 35-Stunden-Woche und Reallohnsicherung). Zu den aktiven Gewerkschaftern und allen, die uns im Streik unterstützt haben sagen wir: Der Kampf geht weiter, nur die Bedingungen des Kampfes ändern sich. Unser gemeinsames Ziel ist immer noch: Das Gesetz muß vom Tisch.“




TEXTE ZUM KARL-MARX-JAHR 1983

# W.I. Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus


W.I. Lenin

Die Lehre von Marx stößt in der ganzen zivilisierten Welt auf erbittertste Feindschaft und den größten Haß der gesamten bürgerlichen Wissenschaft (der offiziellen wie der liberalen), die im Marxismus eine Art „schädlicher Sekte" erblickt. Ein anderes Verhalten ist auch gar nicht zu erwarten, denn eine „unparteiische" Sozialwissenschaft kann es in einer auf Klassenkampf aufgebauten Gesellschaft nicht geben. Jedenfalls ist es Tatsache, daß die *gesamte* offizielle und liberale Wissenschaft die Lohnsklaverei *verteidigt*, während der Marxismus dieser Sklaverei schonungslosen Krieg angesagt hat. In einer Gesellschaft der Lohnsklaverei eine unparteiische Wissenschaft zu erwarten, wäre eine ebenso törichte Naivität, wie etwa von den Fabrikanten Unparteilichkeit zu erwarten in der Frage, ob man nicht den Arbeitern den Lohn erhöhen sollte, indem man den Profit des Kapitals herabsetzt.

Doch nicht das allein. Die Geschichte der Philosophie und die Geschichte der Sozialwissenschaft zeigen mit voller Klarheit, daß der Marxismus nichts enthält, was einem „Sektierertum" im Sinne irgendeiner abgekapselten, verknöcherten Lehre ähnlich wäre, die *abseits* von der Heerstraße der Entwicklung der Weltzivilisation entstanden ist. Im Gegenteil: die ganze Genialität Marx' besteht gerade darin, daß er eine Antwort auf die Fragen gegeben hat, die das fortgeschrittene Denken der Menschheit bereits gestellt hatte. Seine Lehre entstand als direkte und unmittelbare *Fortsetzung* der Lehren der größten Vertreter der Philosophie, der politischen Ökonomie und des Sozialismus.

Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie richtig ist. Sie ist in sich abgeschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung, die sich mit keinerlei Aberglauben, keinerlei Reaktion, keinerlei Verteidigung bürgerlicher Knechtung vereinbaren läßt. Sie ist die rechtmäßige Erbin des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und des französischen Sozialismus geschaffen hat.

Bei diesen drei Quellen und gleichzeitig Bestandteilen des Marxismus wollen wir denn auch kurz verweilen.

## I

Die Philosophie des Marxismus ist der *Materialismus*. Im Laufe der gesamten neuesten Geschichte Europas und insbesondere am Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich, wo eine entscheidende Schlacht gegen alles mittelalterliche Gerümpel, gegen den Feudalismus in den Einrichtungen und Ideen geschlagen wurde, erwies sich der Materialismus als die einzige folgerichtige Philosophie, die allen Lehren der Naturwissenschaften treu bleibt, die dem Aberglauben, jeder Fömmelei usw. feind ist. Die Feinde der Demokratie waren daher aus allen Kräften bestrebt, den Materialismus zu „widerlegen", zu untergraben und zu verleumden, und nahmen die verschiedenen Formen des philosophischen Idealismus in Schutz, der stets, auf diese oder jene Art, auf eine Verteidigung oder Unterstützung der Religion hinausläuft.

Marx und Engels verfochten mit aller Entschiedenheit den philosophischen Materialismus und legten zu wiederholten Malen dar, wie grundfalsch jede Abweichung von dieser Basis ist. Am klarsten und ausführlichsten sind ihre Anschauungen niedergelegt in Engels' Werken „Ludwig Feuerbach" und „Anti-Dühring", die — gleich dem „Kommunistischen Manifest" — Handbücher jedes klassenbewußten Arbeiters sind.

Aber Marx blieb nicht beim Materialismus des 18. Jahrhunderts stehen, er entwickelte die Philosophie weiter. Er bereicherte sie durch die Errungenschaften der deutschen klassischen Philosophie und besonders des Hegelschen Systems, das seinerseits zum Materialismus Feuerbachs geführt hatte. Die wichtigste dieser Errungenschaften ist die *Dialektik*, d.h. die Lehre von der Entwicklung in ihrer vollständigsten, tiefsten und von Einseitigkeit freiesten Gestalt, die Lehre von der Relativität des menschlichen Wissens, das uns eine Widerspiegelung der sich ewig entwickelnden Materie gibt. Die neuesten Entdeckungen der Naturwissenschaft — Radium, Elektronen, Verwandlung der Elemente — haben den dialektischen Materialismus von Marx glänzend bestätigt, trotz der Lehren der bürgerlichen Philosophen mit ihrer ständig „neuen" Rückkehr zum alten und faulen Idealismus.

Marx, der den philosophischen Materialismus vertiefte und entwickelte, führte ihn zu Ende und dehnte dessen Erkenntnis der Natur auf die Erkenntnis der *menschlichen Gesellschaft* aus. Der *historische Materialismus* von Marx war eine gewaltige Errungenschaft des wissenschaftlichen Denkens. Das Chaos und die Willkür, die bis dahin in den Anschauungen über Geschichte und Politik geherrscht hatten, wurden durch eine erstaunlich einheitliche und harmonische wissenschaftliche Theorie abgelöst, die zeigt, wie sich aus einer Form des gesellschaftlichen Lebens, als Folge des Wachsens der Produktivkräfte, eine andere, höhere Form entwikkelt — aus dem Feudalismus zum Beispiel der Kapitalismus hervorgeht.

Genau so wie die menschliche Erkenntnis die vom Menschen unabhängig existierende Natur, d.h. die sich entwickelnde Materie widerspiegelt, so spiegelt die *gesellschaftliche Erkenntnis* des Menschen (d.h. die verschiedenen philosophischen, religiösen, politischen usw. Anschauungen und Lehren) die *ökonomische Struktur* der Gesellschaft wider. Die politischen Einrichtungen sind ein Überbau auf der ökonomischen Grundlage. Wir sehen z.B., wie die verschiedenen politischen Formen der heutigen europäischen Staaten dazu dienen, die Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat zu festigen.

Marx' Philosophie ist der vollendete philosophische Materialismus, der der Menschheit — insbesondere aber der Arbeiterklasse — mächtige Mittel der Erkenntnis gegeben hat.

## II

Nachdem Marx erkannt hatte, daß die ökonomische Struktur die Grundlage ist, auf der sich der politische Überbau erhebt, wandte er seine Aufmerksamkeit vor allem dem Studium dieser ökonomischen Struktur zu. Das Hauptwerk von Marx — „Das Kapital" — ist der Erforschung der ökonomischen Struktur der modernen, d.h. der kapitalistischen Gesellschaft gewidmet.

Die klassische politische Ökonomie entstand vor Marx in England, dem entwickeltsten kapitalistischen Land. Adam Smith und David Ricardo, die die ökonomische Struktur untersuchten, legten den Grundstein der *Arbeitswerttheorie*. Marx setzte ihr Werk fort. Er begründete diese Theorie exakt und entwickelte sie folgerichtig. Er zeigte, daß der Wert jeder Ware durch die Menge der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bestimmt wird, die zur Produktion der Ware erforderlich ist.

Wo die bürgerlichen Ökonomen ein Verhältnis von Dingen zueinander sahen (Austausch von Ware gegen Ware), dort enthüllte Marx ein *Verhältnis von Menschen zueinander*. Der Austausch von Waren drückt die Verbindung zwischen den einzelnen Produzenten vermittels des Marktes aus. Das *Geld* bedeutet, daß diese Verbindung immer enger wird und das gesamte wirtschaftliche Leben der einzelnen Produzenten untrennbar zu einem Ganzen verknüpft. Das *Kapital* bedeutet eine weitere Entwicklung dieser Verbindung: die Arbeitskraft des Menschen wird zur Ware. Der Lohnarbeiter verkauft seine Arbeitskraft dem Besitzer des Bodens, der Fabriken, der Arbeitsmittel. Einen Teil des Arbeitstages verwendet der Arbeiter darauf, die zu seinem und seiner Familie Unterhalt notwendigen Ausgaben zu decken (Arbeitslohn), den anderen Teil des Tages jedoch arbeitet der Arbeiter unentgeltlich; er schafft *Mehrwert* für den Kapitalisten, die Quelle des Profits, die Quelle des Reichtums der Kapitalistenklasse.

Die Lehre vom Mehrwert ist der Grundpfeiler der ökonomischen Theorie von Marx.

Das durch die Arbeit des Arbeiters geschaffene Kapital unterdrückt den Arbeiter, ruiniert die Kleinbesitzer und erzeugt eine Armee von Arbeitslosen. In der Industrie ist der Sieg des Großbetriebs auf den ersten Blick sichtbar, aber auch in der Landwirtschaft sehen wir die gleiche Erscheinung: die Überlegenheit des kapitalistischen landwirtschaftlichen Großbetriebs wächst, die Anwendung von Maschinen nimmt zu, die Bauernwirtschaft gerät in die Schlinge des Geldkapitals, sie verfällt und wird ruiniert unter der Last der rückständigen Technik. In der Landwirtschaft nimmt der Niedergang des Kleinbetriebs andere Formen an; doch der Niedergang selbst ist eine unbestreitbare Tatsache.

Durch die Zerschlagung der Kleinproduktion führt das Kapital zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Schaffung einer Monopolstellung der Vereinigungen der Großkapitalisten. Die Produktion selbst wird immer mehr zu einer gesellschaftlichen Produktion — Hunderttausende und Millionen von Arbeitern werden zu einem planmäßigen Wirtschaftsorganismus zusammengefaßt —, das Produkt der gemeinsamen Arbeit aber eignet sich eine Handvoll Kapitalisten an. Es wachsen die Anarchie der Produktion, die Krisen, die tolle Jagd nach Märkten, die Unsicherheit der Existenz für die Masse der Bevölkerung.

Die kapitalistische Ordnung, die die Abhängigkeit der Arbeiter vom Kapital steigert, schafft gleichzeitig die gewaltige Macht der vereinigten Arbeit.

Von den ersten Anfängen der Warenwirtschaft, vom einfachen Austausch an, verfolgte Marx die Entwicklung des Kapitalismus bis zu seinen höchsten Formen, bis zur Großproduktion.

Und die Erfahrung aller kapitalistischen Länder, der alten wie der neuen, zeigt einer von Jahr zu Jahr wachsenden Zahl von Arbeitern anschaulich die Richtigkeit der Lehre von Marx.

Der Kapitalismus hat in der ganzen Welt gesiegt, aber dieser Sieg ist nur die Vorstufe zum Sieg der Arbeit über das Kapital.

## III

Als derFeudalismus gestürzt und die *„freie"* kapitalistische Gesellschaft zur Welt gekommen war, zeigte es sich sogleich, daß diese Freiheit ein neues System der Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen bedeutete. Alsbald kamen verschiedene sozialistische Lehren auf, als Widerspiegelung dieser Unterdrückung und als Protest gegen sie. Doch der ursprüngliche Sozialismus war ein *utopischer* Sozialismus. Er kritisierte die kapitalistische Gesellschaft, verurteilte und verfluchte sie, träumte von ihrer Vernichtung, phantasierte von einer besseren Ordnung und suchte die Reichen von der Unsittlichkeit der Ausbeutung zu überzeugen.

Der utopische Sozialismus war jedoch nicht imstande, einen wirklichen Ausweg zu zeigen. Er vermochte weder das Wesen der kapitalistischen Lohnsklaverei zu erklären noch die Gesetze der Entwicklung des Kapitalismus zu entdecken noch jene *gesellschaftliche Kraft* zu finden, die fähig wäre, Schöpfer einer neuen Gesellschaft zu werden.

Indessen enthüllten die stürmischen Revolutionen, von denen der Untergang des Feudalismus, der Leibeigenschaft, überall in Europa und vor allem in Frankreich begleitet war, immer augenfälliger den *Kampf der Klassen* als Grundlage der gesamten Entwicklung und als ihre treibende Kraft.

Kein einziger Sieg der politischen Freiheit über die Klasse der Feudalen wurde errungen ohne deren verzweifelten Widerstand. Kein einziges kapitalistisches Land bildete sich auf mehr oder weniger freier, demokratischer Grundlage ohne Kampf auf Leben und Tod zwischen den verschiedenen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Genialität Marx' besteht darin, daß er es früher als alle anderen verstand, daraus die Schlußfolgerung, die uns die Weltgeschichte lehrt, zu ziehen und konsequent zu entwickeln. Diese Schlußfolgerung ist die Lehre vom *Klassenkampf*.

Die Menschen waren in der Politik immer die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die *Interessen* dieser oder jener Klassen zu finden. Die Anhänger von Reformen und Verbesserungen werden immer von den Verteidigern des Alten übertölpelt werden, solange sie nicht begreifen, daß sich jede alte Einrichtung, wie sinnlos und faul sie auch erscheinen mag, durch die Kräfte dieser oder jener herrschenden Klasse behauptet. Um aber den Widerstand dieser Klassen zu brechen, gibt es *nur ein* Mittel: innerhalb der uns umgebenden Gesellschaft selbst Kräfte zu finden, aufzuklären und zum Kampf zu organisieren, die imstande — und infolge ihrer gesellschaftlichen Lage *genötigt* — sind, die Kraft zu bilden, die das Alte hinwegzufegen und das Neue zu schaffen vermag.

Erst der philosophische Materialismus von Marx hat dem Proletariat den Ausweg aus der geistigen Sklaverei gewiesen, in der alle unterdrückten Klassen bisher geschmachtet haben. Erst die ökonomische Theorie von Marx hat die wirkliche Stellung des Proletariats im Gesamtsystem des Kapitalismus erklärt.

In der ganzen Welt, von Amerika bis Japan und von Schweden bis Südafrika, mehren sich die selbständigen Organisationen des Proletariats. Es schreitet in seiner Aufklärung und Erziehung fort, indem es seinen Klassenkampf führt, es entledigt sich der Vorurteile der bürgerlichen Gesellschaft, schließt sich immer enger zusammen und lernt, an seine Erfolge den richtigen Maßstab anzulegen, stählt seine Kräfte und wächst unaufhaltsam.

März 1913.

---

**Karl Marx**
**Aus einem Brief**
**an Joseph Weydemeyer**

London, 5. März 1852

...Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachweisen, daß die *Existenz* von *Klassen* bloß an *bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion* gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft* bildet...

Hitler und seine großkapitalistischen Hintermänner (Teil V)

# „Es besteht jetzt die Chance, das System zu ändern"

## Wie Hitler zum Reichskanzler gemacht wurde

**Im Mai 1932 — das wurde in der letzten Folge unserer Serie beschrieben — ließen die hinter der Brüning-Regierung stehenden Monopolgruppen (vor allem der Elektro- und Chemieindustrie) „ihren" Kanzler fallen und holten sich mit Franz von Papen einen neuen Mann an die Spitze der Reichsregierung. Papen selbst nannte als wesentliches Ziel seiner Tätigkeit als Kanzler das Bestreben, die faschistische Bewegung „in den Staat hereinzubringen".**

Tatsächlich hatten die erwähnten Monopolgruppen ihm den Auftrag gestellt, die Hitler-Partei zu integrieren und in die Regierung einzubinden. Auf diese Weise wollten die Chemie- und Elektromonopole den dominierenden Einfluß der Schwerindustrie auf die NSDAP abschwächen und Hitler als Vizekanzler in einer Regierung Papen für ihre eigenen Ziele dienstbar machen. Dieses Vorhaben jedoch war von vornherein zum Scheitern bestimmt. Denn die schwerindustrielle Gruppe um Thyssen und Kirdorf war nach wie vor nicht gewillt, ins zweite Glied zu treten. Sie wollte vielmehr den bestimmenden Einfluß auf den Staatsapparat gewinnen, und das konnte nur dadurch erreicht werden, daß Hitler selbst zum Regierungschef aufrückte.

### „Unklarheiten über das Wirtschaftsprogramm"

Entsprechend wurde der Nazi-Führer denn auch von seinen Hintermännern instruiert. So schrieb ihm etwa der Ex-Reichsbankpräsident Schacht im November 1932: „Es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, daß die Entwicklung der Dinge nur das eine Ende haben kann und das ist Ihre Kanzlerschaft." Schacht war es auch, der sich in emsigem Einsatz um eine Verbreiterung der Basis für ein faschistisches Programm innerhalb der Monopolbourgeoisie bemühte. In einem Schreiben an Hitler vom 12. 4. 32 teilte er beispielsweise mit, er habe „die großmächtigen Herren im Westen" (Deutschlands) noch nicht vollständig gewonnen, er habe aber „sehr viel Sympathie konstatieren" können. Im gleichen Brief machte er Hitler auch darauf aufmerksam, welche Bedenken gegen die Nazi-Partei er bei den „großmächtigen" Monopolherren vorgefunden hatte. Und diese Bedenken drückten sich nicht darin aus, daß die von Schacht angesprochenen Herren Einwände gegen den organisierten Terror als Bestandteil des faschistischen Programms geäußert hätten. Was diese Herren drückte, waren vielmehr „Unklarheiten über das Wirtschaftsprogramm" der NSDAP, in dem es ja von allerlei demagogischen Parolen gegen das Finanzkapital und von Versprechungen für kleinbürgerliche Schichten wimmelte.

Als Mann der Tat hatte Schacht hier jedoch schon Abhilfe geschaffen. Er teilte Hitler in dem erwähnten Schreiben mit, daß einige seiner kapitalistischen Gesprächspartner sich bereitgefunden hätten, eine Arbeitsstelle zu finanzieren, die der NSDAP ein neues — vollständig auf die Interessen des Monopolkapitals ausgerichtetes — Wirtschaftsprogramm schreiben sollte. Und, so Schacht: „Ich habe mich im Einverständnis mit meinen westlichen Freunden bereit erklärt, die geistige Aufsicht über die Arbeiten der geplanten Stelle zu übernehmen."

Diese Aktivitäten Schachts machen deutlich, wie unmittelbar die hinter Hitler stehenden Kreise der Großbourgeoisie die Politik der NSDAP bestimmten. Und diese Kreise waren auch in der Lage, „Pannen", die sich zwangsläufig ergaben, schnell zu beheben. Da hatte beispielsweise im Sommer 1932 der „linke" Flügel der NSDAP um Gregor Strasser die Veröffentlichung eines wirtschaftspolitischen Sofortprogramms bewirken können, das wieder die alten sozialen Phrasen und Versprechungen enthielt. Das Ergebnis: Neue Unruhe in den Reihen der Monopolbourgeoisie über den Kurs der Nazi-Partei.

So heißt es etwa in einem Brief, den Paul Reusch, der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, an Jacob Herle, den Geschäftsführer des Reichsverbands der Deutschen Industrie (RDI) richtete: „Sie haben in Ihrer Kritik an dem Sofortprogramm der NSDAP wohl fast alles berührt, was grundsätzlich zu diesem verschrobenen Programm zu sagen ist." Reusch setzt den RDI-Funktionär dann davon in Kenntnis, daß er sich über einen Mittelsmann an Hitler selbst gewandt habe. Und dieser Mittelsmann — übrigens kein anderer als Schacht — habe ihm, Reusch, gegenüber dann die folgende beruhigende Erklärung machen können: „Hitler teilte mir mit, daß er das berüchtigte Heft 16 (in dem das Sofortprogramm abgedruckt war — RM) habe einstampfen lassen. Es wird also gar nicht mehr verbreitet. Ich habe wiederum den beruhigenden Eindruck aus der Unterhaltung mitgenommen, daß er seine Bewegung nach wie vor in der Hand hat und zweitens, daß er keinen wirtschaftlichen Unsinn machen wird."

So verstanden es Schacht und andere Figuren geschickt, noch bestehende Vorbehalte hinsichtlich der Brauchbarkeit Hitlers und seiner Partei auszuräumen und die Basis der Nazi-Gruppe innerhalb des Monopolkapitals auszuweiten.



Arbeitslose 1930

### Niedergang der SPD

1932 hatte die Krise ihren Tiefpunkt erreicht. Der Druck auf die werktätigen Massen wurde immer unerträglicher. Bereits in der Zeit von 1929 bis Mitte 1931 war das durchschnittliche Einkommen der Industriearbeiter um 40 Prozent gesunken — und die neue Papen-Regierung hatte sich mit der Verabschiedung von Notverordnungen eingeführt, nach denen die Unternehmer unter Umgehung von bestehenden Tarifverträgen die Löhne fast nach Belieben weiter senken konnten. Für die jetzt über sechs Millionen Arbeitslosen wurde die Unterstützung, auf die sie ohnehin nur ein halbes Jahr lang Anspruch hatten, weiter gekürzt.

Aber 1932 war auch das Jahr, in dem die Arbeiterklasse zum ersten Mal nach einer längeren Phase der Defensive gegenüber den Angriffen der Bourgeoisie wieder zu breiten Aktionen überging. Der sichtbarste Ausdruck dafür war die sogenannte Herbststreikwelle, die ihren Höhepunkt im mehrtägigen Arbeitskampf bei den Berliner Verkehrsbetrieben erreichte. Innerhalb der Arbeiterklasse hatten sich dabei Verschiebungen vollzogen, die für das Monopolkapital insgesamt alarmierend sein mußten. Der Einfluß der Sozialdemokratie nämlich begann sichtbar zu verfallen. Der allgemeine Grund dafür bestand in der Tatsache, daß die SPD nun nicht mehr in der Lage war, breite Schichten der Arbeiterklasse mit wirtschaftlichen und politischen Reformen an sich zu binden. Je mehr sich die Krise vertiefte, desto geringer wurden die Spielräume für solche Zugeständnisse. Das Monopolkapital trug — wie in der vorletzten Folge unserer Serie beschrieben — diesem Umstand denn auch dadurch Rechnung, daß es durch eine Intrige hinter den Kulissen des Reichstags die SPD aus der Reichsregierung vertrieb und in die Opposition drängte.

Unter dem Kanzler Papen wurde zudem auch die SPD-Regierung in Preußen durch einen kalten Staatsstreich aus dem Amt geworfen. Und damit hatte die Sozialdemokratie — die sich im übrigen kampflos diesem Schicksal ergab — ihre letzte starke Bastion im Staatsapparat der Weimarer Republik verloren. Sowohl die Führung der SPD wie auch die ADGB-Spitze reagierten auf die neue Oppositionsrolle zunächst so, daß sie einen Kurs der Tolerierung gegenüber der Reichsregierung einschlugen und alle Widerstandsaktionen der Arbeiterklasse abwürgten. Dieser Kurs aber mußte sich naturgemäß dahingehend auswirken, daß sich der Widerspruch zwischen der sozialdemokratisch orientierten Basis und der Führung weiter verschärfte und daß die SPD weiter an Einfluß auf die proletarischen Massen verlor.


Hitler und Papen

Deutlich zeigten sich diese Verschiebungen auch in den Wahlergebnissen zum Reichstag. Der Stimmenanteil der SPD ging von 8,6 Millionen im September 1930 über 8 Millionen im Juli 1932 auf 7,2 Millionen im November 1932 zurück. Im gleichen Zeitraum konnte die KPD ihr Wählerpotential von 4,6 Millionen (1930) über 5,3 Millionen (Juli 32) auf 6 Millionen (November 32) erhöhen. Schon diese Zahlen zeigen, daß sich die von der SPD enttäuschten Arbeiter keineswegs von der Nazi-Demagogie einfangen ließen, sondern sich der Kommunistischen Partei zuwandten.

Eine solche Entwicklung also mußte von allen Gruppierungen des Monopolkapitals als Bedrohung aufgefaßt werden. Zudem hatte die Sozialdemokratie unter dem Eindruck der diktatorischen Maßnahmen der Papen-Regierung ihre Tolerierungspolitik aufgegeben. Die Führung des ADGB gab nun die Losung des Kampfes gegen weiteren Lohnabbau heraus. Die SPD-Spitze drohte im Dezember '32, als der Reichstag wieder einmal aufgelöst und eine Neuwahl auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, sie werde solchen Verfassungsbruch nicht mehr hinnehmen und ihn mit allen legalen Kampfmitteln beantworten. Nun beschränkte sich zwar der Widerstand der sozialdemokratischen Führer weitgehend auf bloße Worte; nach wie vor sabotierten sie jedes auch nur punktuelle Zusammengehen mit der KPD. Tatsächlich aber hatten sowohl die Aufgabe der Tolerierungspolitik wie auch die Kampfaktionen der Herbststreikwelle unter den sozialdemokratischen Arbeitermassen diejenigen Stimmungen bestärkt, die auf die Herausbildung einer proletarischen Einheitsfront drängten. Und die KPD, die sich immer für eine solche Einheitsfront gegen den Vormarsch des Faschismus eingesetzt hatte, war nun — nach einer teilweisen Korrektur von schweren sektiererischen Fehlern in dieser Frage — auch mehr denn je in der Lage, solchen Stimmungen in richtiger Weise Rechnung zu tragen.

### Staatsstreichpläne

Vor diesem Hintergrund müssen die Manöver des Finanzkapitals und der sich verschärfende Kampf zwischen den einzelnen Monopolgruppen um den entscheidenden Einfluß auf den Staatsapparat gesehen werden. Dazu soll hier wieder ein Dokument angeführt werden. Es handelt sich um einen Aufsatz aus den „Deutschen Führerbriefen" vom 4. November 1932. Die „Führerbriefe", ein internes Mitteilungsorgan für die Spitzen der kapitalistischen Wirtschaft, wurden finanziert von dem Braunkohle-Magnaten Paul Silverberg, der zu jener Gruppe des Finanzkapitals gehörte, die damals Papen unterstützte und im Konkurrenzkampf zur Nazi-Gruppe um Thyssen und Kirdorf stand. In dem Artikel hieß es:

„Es besteht jetzt die Chance, das tatsächliche ‚System', das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, zu ändern. Aber es fehlt an Einheit und Willen in der Wirtschaft. Wir sind heute endlich soweit, ohne Sozialdemokratie zu regieren." Und weiter: „Der Sinn der Krise müßte für das Unternehmertum sein, dies ‚System', auch mit vorübergehenden Unbequemlichkeiten, los zu werden." Wie man sieht, wurden auch in denjenigen Gruppierungen des Finanzkapitals, die (noch) nicht in Hitler ihren politischen Repräsentanten sahen, Überlegungen über die endgültige Liquidierung des Weimarer „Systems", die Zerstörung der parlamentarischen Demokratie, angestellt.

Und diese Überlegungen hatten durchaus einen unmittelbar konkreten Charakter. Reichskanzler Papen arbeitete Pläne aus, nach denen die Weimarer Republik durch einen „neuen Staat" ersetzt werden sollte, eine Art permanenter Notstandsdiktatur. In der Reichswehrführung wurden detaillierte Planspiele veranstaltet, mit denen geprüft werden sollte, ob eine solche Diktatur gegen den zu erwartenden Widerstand von der Reichswehr militärisch abgesichert werden könnte. Man kam dabei zu dem folgenden bemerkenswerten Ergebnis: „Als Ergebnis unserer Studie habe ich dem Reichswehrminister gemeldet, daß alle Vorbereitungen getroffen seien, um einen etwa befohlenen Ausnahmezustand unverzüglich in Gang zu setzen. Es habe sich aber bei sorgfältiger Abwägung gezeigt, daß die Ordnungskräfte des Reiches und der Länder in keiner Weise ausreichten, um die verfassungsmäßige Ordnung gegen Nationalsozialisten und Kommunisten aufrechtzuerhalten und die Grenzen zu schützen. Es sei daher die Pflicht des Reichswehrministers, die Zuflucht der Reichsregierung zum militärischen Ausnahmezustand zu verhindern."

Papen und die hinter ihm stehenden Kräfte des Finanzkapitals steckten also in der Zwickmühle. Auf der einen Seite mußten sie hören, daß die Errichtung einer offenen Diktatur gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung **und** gegen die Nazis wenig Aussicht auf Erfolg hatte. Auf der anderen Seite waren sie zwar zu einer Einbindung der Faschisten in ihre Pläne durchaus bereit; aber Hitler war eben für sich nach wie vor nur dadurch zu haben, daß sie den Führungsanspruch der hinter den Nazis stehenden schwerindustriellen Thyssen/Kirdorf-Gruppe akzeptierten. Neben anderen Gründen war es auch dieses offenkundige Dilemma, das zum Rücktritt Papens im November 1932 führte.

### Die Episode Schleicher

Probleme aber hatte auch die Thyssen/Kirdorf-Gruppe. Die von ihr finanzierte und hochgepäppelte NSDAP hatte nämlich Ende '32 den Höhepunkt ihres Aufstiegs bereits hinter sich. Bei den oben schon erwähnten Wahlen zum Reichstag im November verloren die Faschisten zwei Millionen Stimmen, bei Wahlen in Thüringen wenig später gar 40 Prozent ihres Stimmpotentials. So geriet auch die Nazi-Gruppe innerhalb des Finanzkapitals in Zugzwang. Sie reagierte auf diese neuen Umstände mit einer Eingabe an Reichspräsident Hindenburg, in der die Ernennung Hitlers zum Kanzler gefordert wurde. Die Eingabe trug die Unterschriften einer stattlichen Reihe von Bankiers, Großindustriellen und Grundbesitzern, darunter auch die von Schacht, Thyssen, Vögler (Stahltrust), Reusch (Gutehoffnungshütte) und Springorum (Hoesch).

**Schluß der Artikelserie folgt in der nächsten Ausgabe.**

**Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!**

# KIZIL ŞAFAK

**Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı**

Sayı 9, 4 Mart 1983 | Yıl: 17 | 1 DM


## *Yabancılara seçim hakkı için yürüyüş*

*"Yabancılara seçim hakkı" talebi ile Türkiyeli İşçi Dernekleri Federasyonu, DİDF, Federal Parlamento seçimlerinden bir gün önce, yani 5 Mart'ta Köln'den Bonn'a bir yürüyüşe çağrı yapıyor. Yürüyüş saat 10.00'da Köln Neumarkt'ta başlayacak.*




## *VW'de kısa devre*

*1 Mart'ta metal sanayisinde toplu sözleşmelerde barışı koruma yükümlülüğü sona erdi. Sabahın erken saatlerinde bazı metal işletmelerinde işçiler direnişe hazırlanıyordular. Sendika, onları "ileri doğru" ilk adımı atması gerekenler olarak seçmişti. Onların uyarı grevi yapması, yeni hareketlilik dönemini başlatması öngörülüyordu!*

*Ancak aniden sabah haberlerinde beklenmedik bir anda VW'de toplu sözleşmelerin imzalandığı bildiriyor: 15 aylık geçerlilik süresi ile yüzde 4 ücret zammı!*

*İG Metall Yönetim aylardan beri hangi nakaratı tekrarlıyordu? Bu ücret turlarında gerçek ücretlerin daha da düşürülmesine hiç bir şekilde izin vermeyeceğiz. Ve bundan öte ücretlerin her türlü dondurulması tavizsizce reddedilmelidir deniyordu.*

*Ya peki bu ne? Bu anlaşma, gerçek ücretlerin garanti altına alınması hedefinden mücadele önlemleri almadan vaz geçmek ve arka kapıdan ücretlerin dondurulmasını sağlamak değil de nedir!*

*Bu makaleyi yazdığımızda henüz İGM merkezi bu anlaşma üzerine resmi bir açıklamada bulunmamıştı. Acaba yetkili sendika yöneticilerinin İGM merkezi ile önceden konuşmadan VW patronları ile bu anlaşmayı yapmaları mümkün müdür? Asla!*

*Öyleyse Loderer, Jansen, Mayr gibi sendika ağalarının tüm büyük sözleri boşunamıydı! Üyeler bilinçli olarak alaya mı aldılar? Eğer bu söz konusu değilse, o zaman merkez yönetim kurulu bu sözleşmeyi iptal etmelidir! Bu mümkündür de! Nitekim onlar, İGM Baden-Württemberg örgütünün ücret talebini geçersiz kılmıştılar!*

*Ayrıca şu itirazlar da gündeme getirilecektir: Eh, işverenler tarafı gerçekten ileriye adım attı; bu büyük bir adımdır, çünkü onlar yüzde 2,5'ten yüzde 4'de bir sıçrama yaptılar.*

*Elbette; ama bu gerçek ücretlerin garanti edilmesi için bir sıçrama değildir! Bu ücret seviyesinin düşürülmesini durdurmak için bir sıçrama değildir!*

*Bu sıçramanın yapılması, işverenlerin, metal işçilerinin mücadele gücünden korktuklarını ortaya koyuyor. İşçilerin mücadele gücünün kararlı bir tarzda harekete geçirilmesi onları daha değişik ücret anlaşmalarına, gerçek ücretlerimizi garanti eden anlaşmalara zorlardı.*

### 6 Mart'ta Federal Parlemento seçimleri yapılacak

# Yabancılara seçme ve seçilme hakkı!

## Alman yurttaşlarının sahip olduğu aynı haklar yabancılara da tanınmalı!

**6 Mart pazar günü yeni Federal Parlamento seçimleri yapılacak. Seçme hakkına sahip olan 43 milyon Federal yurttaş bu seçimlere katılarak oyunu kullanmaya çağrılırken, seçim sonuçlarından doğrudan etkilenecek bazı toplumsal tabakaların, biz yabancı işçi ve emekçilerin seçme ve seçilme hakkımız yoktur. Seçimlere katılma yaşında olan biz üç milyonu aşkın yabancılar, özellikle de Türkiyeli işçi ve emekçiler, bizi doğrudan etkileyecek seçim sonuçlarını belirleme hakkından yoksunuz ve bu konuda bir seyirci durumundayız.**

Bir çoğumuzu Batı Alman işverenleri ucuz iş gücü olarak 1950'li yılların sonunda ve 1960'lı yılların başında buraya getirttiler. Bu tarihten beri burada çalışmamıza, yaşamamıza, ve Alman yurttaşlarının yerine getirdiği yükümlülüklerin hemen hemen tümünü yerine getirmemize rağmen, Batı Alman eğemen sınıfları ve onların Bonn'daki siyasal temsilcileri biz yabancıların Alman yurttaşlarının sahip olduğu eşit hakları elde etmemizi engellediler, engelliyorlar. Çünkü onlar bizleri ucuz iş gücü ve geçici bir faktör olarak değerlendiriyorlar, ekonominin yükselme ve alçalmalarına göre getirtip, ya da sınırdışı edebilecekleri, ya da haklarımızı kısıtlayabilecekleri bir faktör olarak görüyorlar.

Bugün bizler üzerine konuşulduğu ve bizlerin de geleceğini köklü bir şekilde etkileyecek 6 Mart Federal Parlamento seçimlerinde birlikte bir karar verme hakkından yoksunuz ve ancak seçimleri dıştan izleyerek gelişmeleri bekleyebilmekteyiz. Örneğin bu seçimlerde, bizim çocuklarımızı yanımıza getirip getiremeyeceğimiz, yeni evlenen gençlerin eşlerini yanlarına alıp alamayacakları, faşistlerin ve gericilerin sürdürdüğü, biz yabancıların Almanların işyerlerini ellerinden aldığımız, onların sosyal sistemini sömürdüğümüz vb. sahte kışkırtma kampanyalarının devam edip etmeyeceği, bunların daha da teşvik edilip edilmeyeceği kararlaştırılacak.

Bu seçimlerde ABD ve İngiltere'de uygulanan ve yığınsal işsizliğe, emekçi kitlelerin daha da yoksullaşmasına yol açacak ve özellikle biz yabancı işçileri etkileyecek bir ekonomik politikanın sürdürülüp sürdürülmeyeceği belirlenecek. Daha sıralamakla bitleyecek tüm bu gelişmeler, bugün Batı Alman işçi sınıfının ve emekçi halkının bir bölümünü oluşturan biz milyonlarca yabancı işçileri de etkilemesine rağmen, bunlara seçimlerde etki yapma hakkına sahip değiliz.

Ancak şunu hemen belirtelim ki, Federal seçimlerde seçme ve seçilme hakkı uzun süreçte gerçekleştirilebilecek ve doğrudan Alman yurttaşlığına geçmekle kopmaz bağı olan bir taleptir ve bu talebin ancak çifte vatandaşlık hakkıyla birlikte gerçekleştirilmesi mümkündür.

Bunun için biz daha bugünden yabancı düşmanlığına karşı mücadelenin, Alman yurttaşlarıyla aynı yasal haklar elde etme mücadelesiyle bağını kurmalı ve somut adımlar, yani yakın bir gelecekte gerçekleştirilmesi mümkün olan adımlar atmalıyız. Bunun için partimiz KPD, bugün ilk adım olarak, bir çok kesim tarafından da ileri sürülen, yabancıların yerel seçim hakkının gerçekleştirilmesini savunmaktadır. Çünkü biz yabancılar ayrıcalı bir muamaleye tabi tutulduğumuz oranca bu koyu gericiliğin biz yabancılar üzerindeki saldırılarını ve işçi sınıfının birliğini bölme çabalarını daha da kolaylaştırır. (Buna ilişkin olarak bak sayfa 3'e!)

### Dortmund'da

# Dev Sol'un yasaklanması protesto edildi

**26 Şubat Cumartesi günü Dortmund'da düzenlenen ve 300'ü aşkın Alman ve Türkiyeli anti-faşistlerin katıldığı bir yürüyüşle F. İçişleri Bakanı Zimmermann tarafından Dev Sol'un ve Halk Der'in yasaklanması protesto edildi.**

Saat 10.30'da Dortmund şehir merkezinde başlayan yürüyüşte atılan sloganlarla ve yapılan miting konuşmasıyla Dev Sol ve Halk Der'in kapatılmasının Federal Hükümet'in yabancılar politikasıyla bağı kuruldu ve aynı şekilde Federal Hükümet'-in faşist Kenan Evren cuntasına sağladığı çok yönlü destek teşhir edildi.

Yürüyüşçüler, iki örgüte konulan yasağın kaldırılmasını; bunların, sınırdışı edilme ve dolayısıyla cuntanın hapishanelerinde işkence edilme ve öldürülme tehlikesi ile karşı karşıya olan tutuklu üyeleriyle mücadeleci bir dayanışmaya girilmesini talep ettiler. Aynı şekilde on yıl önce Filistin Örgütleri olan GUPS ve GUPA'nın yasaklanmasından sonra, bu örgütlerin üyesi bulunan yaklaşık 200 demokrat ve devrimcinin sınırdışı edildikleri hatırlatıldı. Bunun için şimdi yasaklanan iki örgütün üyelerinin sınırdışı edilmelerinin önlenmesi gerektiği vurgulandı.

Dev Sol ve Hal Der'in yasaklanması, tüm ilerici ve anti-faşist yabancılara ve aynı şekilde Batı Alman sol ve anti-faşist örgütlerine yönelik bir saldırı olarak nitelendirildi. Yürüyüşte sık sık anti-faşist ve ilerici yabancı örgütlerin yasaklanması yerine katil ve terör çetesi MHP'li faşistlerin, Bozkurtların yasaklanması talep edildi.




*Hamburg yürüyüşü*

### Yabancılar Komisyonu'nun yasa tasarısı açıklandı

# Yabancıların hakları daha da kısıtlanmak isteniyor!

**Geçen yıl yeni yabancılar politikasının kapsamının belirlenmesi amacıyla bir Federal ve Eyaletler Komisyonu oluşturularak bir tasarı hazırlamakla görevlendirildiler. Bu komisyonun hazırladığı yasa ve tasarısı açıklandı ve bu tasarıda Federal Almanya'da yaşayan biz yabancıların zaten sınırlı olan haklarımımızın daha da kısıtlanması ve "yabancılar dışarı" sloganlarının resmi hükümet politikası yapılması öngörülüyor.**

Açıklanan raporda, yıllardan beri Federal Almanya'da yaşayan biz yabancıların üzerindeki baskıların daha da artırılması ve her türlü siyasi faaliyet hakkımızın yasaklanması isteniyor.

Örneğin ailelerin birleştirilmesine yeni yasaklar getiriliyor; 6 yaşından büyük çocukların Almanya'ya getirilmelerinin yasaklanması, bunun yanı sıra 16 yaşından küçük yabancılara oturma izni zorunluluğunun getirilmesi öngörülüyor.

Yabancılar Komisyonu'nun raporunda kendi geçimini bağımsız olarak sağlayamayan ve 18 yaşını doldurmuş olan yabancı gençlerin sınırdışı edilmesi isteniyor. Nitekim bu yönde bir girişimde Batı Berlin eyalet hükümeti de bulunmuştu.

Federal ve Eyaletler Komisyonu'nun raporunun büyük bir bölümünde de Federal Almanya'daki biz yabancıların toplanma, gösteri yapma vb. özgürlüklerinin kısıtlanmasına yer veriliyor. Ve "aşırı faaliyetler"de bulunan yabancıların derhal sınırdışı edilmeleri talep ediliyor. Bunun yanı sıra oturma hakkına sahip olmayan, sosyal yardım ve işsizlik yardımı alan yabancıların sınırdışı edilmesi öngörülüyor raporda.

Koyu gericiliğin istekleri doğrultusunda hazırlanan bu yasa tasarısıyla biz yabancı işçiler hiç bir hakkı olmayan modern iş kölelerine dönüştürülmek isteniyoruz. Bunun için Batı Alman işçi sınıfı ve emekçi halkına yöneltilen saldırıların bir parçası olan koyu gericiliğin bu planlarına karşı direniş yükseltilmelidir. Ancak bu direniş Alman işçi ve emekçileriyle birlikte sürdürüldüğü oranca başarıya ulaşabilir.

### İşsizliğe ve tasarruf politikasına karşı

# Belçika'da kitle gösterisi

**BRÜKSEL. — Geçen hafta cuma günü "Daha fazla iş için mücadele" şiarı altında Brüksel'de yaklaşık 100 bin işçi ve emekçi bir gösteri yaptılar. Bu eylem, Belçika işçi sınıfının sağcı hıristiyan demokrat partili Wilfried Martens'in politikasına karşı, giderek artan direnişin açık bir göstergesidir.**



*26 Şubat'ta Brüksel'de düzenlenen yürüyüş.*

Belçika'da işsiz oranı ocak ayında yüzde 14,5'e yükseldi. Bu da Belçika'nın 9 milyon nüfusunun 500 binin işsiz olduğu demektir.

Geçen yıl muhafazakar Martens Hükümeti, o ana değin geçerli olan, ücret ve maaşların fiyat artışlarıyla otomatik olarak denkleştirilmesini öngören anlaşmayı iptal etti. Bu da işçilerin ve memurların satın alım gücünde gerçek olarak yüzde 3,5'lik bir kayıba yol açtı. Aynı yıl içinde hükümet, özel yetkileri aracılığıyla kamu harcamalarını yaklaşık olarak 2 milyon Mark kısıtladı. Şimdi ise yine özel yetkilerini bir tasarruf programı için kullanmak istiyor Belçika Hükümeti.

İşyerlerinin korunması ve işin yeniden dağıtımı için, diğer bir deyişle çalışma süresinin kısaltılması ve devlet tarafından işçilerin üzerine hiç bir yeni yükün daha yüklenmemesi için Belçika işçileri Brüksel'de yürüdüler. Bu yürüyüşle, dört yıldan bu yana ilk olarak hıristiyan ve sosyalist sendikaların ortak bir eylemi gerçekleştirildi. Ve işçi sınıfının ve emekçi halkın hükümete karşı direnişi giderek yükseliyor.

İG Metall sendikası çelik konferansı düzenledi

# İGM yönetimi çelik sanayisinin devletleştirilmesine karşı

**DORTMUND. — 24 Şubat 1983 tarihinde İG Metall Dortmund'da bir çelik konferansı düzenledi. Ancak bu konferans hiç bir şekilde kapitalistlerin çelik sanayisini kökünden yok etme planlarına karşı bir stratejisinin gelişmesine katkıda bulunmadı. İG Metall yönetimi hâlâ işyerlerinin kararlı bir şekilde savunulması uğruna mücadeleyi reddediyor. Aynı şekilde çelik sanayisinde çalışan sendika tabanının yoğun bir şekilde ileri sürdüğü, çelik sanayisinin devletleştirilmesi talebini de bir mücadele talebi olarak belirlemek istemiyor.**

Sorun İG Metall yönetimine kalsaydı, o, bu konferansın yapılmasından yana değildi. Ancak tabanın zorlaması sonucunda bu adımı atmakla karşı karşıya kaldı. Çelik sanayisi işletmelerindeki sendika temsilciler kurulları ve çelik sanayisinin bulunduğu bölgelerdeki İGM yerel örgütleri, İGM yönetiminin, patronların çelik sanayisini yok etme onarmalarına karşı uzun zamandan beri bir strateii geliştirmemesine yoğun bir şekilde eleştiriler yönelttiler. Onlar, IGM Yönetiminin, işyerlerinin savunulması için tüm çelik işçilerinin ortak eylemini düzenlememesini de eleştirdiler. Bunun yanı sıra, kapitalist çelik uzmanlarının hazırladıkları çelik planı taslağı ile aynı kapıya çıkan, İGM'nin Judith ve Mayer gibi önde gelen temsilcilerinin çelik işletmelerinin Denetleme Kurulları'nda alınan kararları onaylamalarını da sert bir şekilde eleştiriye tabi tuttular.

Şimdiye değin çelik sanayisi işletmelerindeki 11 sendika temsilciler kurulu, işyerlerinin savunulması stratejisine ilişkin olarak adım atılması, çelik sanayisinin devletleştirilmesi taleplerini kapsayan kararlar aldılar. Sendika temsilciler kurulları bu kararlarında aynı zamanda merkezi bir çelik konferansının düzenlenmesini de talep etmiştiler. Çelik sanayisindeki sendika temsilcilerinin isteklerine göre, bu konferansın, kapitalistlerin çelik sanayisini kökünden yok etme onarmalarını hedefleyen, "personellerinde görüşü alınarak hızlı bir şekilde bir karşı stratejinin", bir çözüm metodunun geliştirilmesine, hizmet etmesi öngörülüyordu.

Ancak şu an yapılan bu çelik konferansı hiç bir şekilde çelik sendika temsilcilerinin beklentilerini yerine getirmedi. Bu, daha konferansın bireysel bileşiminde bile göze çarpmaktadır. Konferansa yalnızca işçi temsilciliği başkanları ve yardımcıları, sendikal temsilciler kurullarının başkanları ve çalışma müdürleri katılabiliyordular.

Ayrıca konferansın yalnızca bir gün bile sınırlandırılması, çelik sendika temsilcilerinin hedef edindiği konferansın niteliğini daha başından dıştalamış oluyordu. Zaten konferansın büyük bölümü İGM Başkanı Eugen Loderer'in ve Yönetim Kurulunda çelik sanayisi yetkilisi olan Rudolf Judith'in konuşmalarıyla geçti.

Bu konuşmalar sınıflararası işbirliği çizgisinden öteye gitmedi. Mali sermayenin çelik krizini, yüz binlerce işyerini daha yok edilmesi demek olan kârâ yönelik onarma politikasıyla çözmek istemisini hedefleyen, karşı bir alternatif geliştirilmedi. Aksine, çelik işçilerinin ve aktif sendikacıların ileri sürdüğü bu tür bir alternative yönelik adımları yani çelik sanayisinin devletleştirilmesi talebini Loderer reddetti.

Bu ön koşullar altında Loderer ve Judith'in bu konferansta ilk olarak açık bir şekilde kapitalist çelik uzmanlarının planını reddetmeleri yalnızca zayıf bir tesellidir.

Çelik uzmanlarının planına karşı gerçek bir strateji için adete bir yedekmiş gibi, 15 noktayı kapsayan bir program ileri sürdü Loderer ve Judith. Bu programı bir bütün olarak ele aldığımızda, bunun İGM'nin şimdiye değin izlediği şu sosyal ortaklık çizgisinin bir devamı olduğu ortaya çıkar: İGM'nin geçmişte olduğu gibi şimdi de çelik kapitalistlerinin rasyonalleştirme ve onarma stratejilerini prensip olarak "onaylayarak ayak uydurması." Loderer "devletleştirme talebinin yerine sözümona bir çelik komisyonunun" kurulmasını öneriyor. Ona göre bu kurulun İG Metall'ın da katılmasıyla, çelik tekellerinin çelik sanayisini yeniden organize etme emellerini koordine etmesi gerekiyor. Kısacası, gene şu nakarat tekrarlanıyor: "Çelik sanayisini kökünden yok etme onarmasına evet, ama bu yönetimde söz hakkı temelinde gerçekleştirilmeli !"



*Hoesch işçilerinin 18 Şubat'ta düzenledikleri protesto grevi.*

# Danimarka liman işçilerinin grevin sona ermesi üzerine açıklaması

**Aralık 1982 ortasında kazanılmış sosyal haklarını korumak için greve giden Danimarka liman işçileri, 14 Şubat'ta bu eylemlerine son verdiler. Grev eylemine son vermelerinin nedenlerini Danimarka liman işçileri şöyle açıklıyorlar:**

"Uzun bir düşünüp taşınmadan sonra liman işçileri, 15 Şubat salı günü ülkenin tüm limanlarında işbaşı yapılmasını kararlaştırdılar.

Bu hiç bir şekilde bizim, çalışılmayan saatler için verilen yardımları kısıtlayan anti-sosyal kanuna karşı mücadeleden vaz geçtiğimizin bir ifadesi değildir. Aksine. Bizim hedefimiz hâlâ şudur: Kanun geçersiz kılınmalıdır. Bunun için biz hâlâ sendika hareketinin tüm aktif kesimleriyle mücadele sürdürmek istiyoruz.

Eğer biz şimdi tekrar iş başı yapmaya çağırıyorsak, bu yalnızca liman işverenleriyle görüşme imkânlarından faydalanmak istediğimizden dolayıdır. Tekrar iş başı yapma, aynı zamanda işverenlerin sebebiyet verdiği ölüm olaylarının ve çok ciddi kazaların ışığında değerlendirilmelidir. (Hirtshals'daki işçi arkadaşın ölüm olayı, meslek yabancısı grev kırıcısının ölümüne sebep olan kaza ve polisin yaraladığı, aralarında ağır olanlarında bulunduğu bir çok yaralılar unutulmadı).

Çıkış verme tehditleri ile onlar (işverenler, KŞ) işin yabancısı olan diğer işçileri grev kırıcı işleri yapmaya zorladılar. Grev esnasında polis ve yetkili denetleme makamları oynadıkları rollerle bu kazalar için ortak sorumluluğu taşımaktadırlar. Son dönemlerde limanlarda meydana gelen bir çok kazanın ve zararın ortak sorumlusu onlardır. Liman işçilerine jopla saldırılırken, sorumsuzca grev kırıcı çalışmalara göz yumuldu.

Tekrardan iş başı yapmanın temel esaslarını şunlar oluşturuyor: SID'nin Nakliyat Kısmının 5 bölüm yönetim kurulları tarafından işverenlerin kabul ettiği bir görüşme için temel esaslar hazırlandı. Bu temel esasın başlıca noktaları şunlardır:

★ Tüm limanlarda iş yeniden normale dönüştürülecek. (Bu yanlızca liman işçilerinin tekrar işbaşı yapması demek değil, aynı zamanda işverenlerin de normal durumu sağlamaları demektir. Hiç bir çıkış, hiç baskı önleminin alınmaması, polisin gitmesi demektir)

★ Bir iş başı yapma başvuru parası için derhal görüşmelerin başlatılması. Yani iş yerine gelerek çalışmak istediğini bildiren, ama iş alamayan (limanlarda ancak iş olduğu zaman işçiler işbaşı yapabiliyorlar, KŞ) liman işçilerine işveren tarafından belirli bir meblağın ödenmesi.

★ Çeşitli limanlardaki iç yapı sorunları üzerine görüşmeler başlatılacak. İşverenler, liman işleri için mevcut olan işçilerin sayısını sınırlamak istiyorlar. (Şu an bu sendikanın bir sorunudur). Buna ilişkin olarak bu rakamın büyük yüklerin karşılanabileceği kadar büyük olması ve işin eşit bir şekilde herkese dağıtılması öngörülüyor.

Koordinasyon Kurulu bu görüşmeleri çok dikkatli bir şekilde izleyecek. Biz görüşmelerin sonucu olarak, çalışılmayan saatlerin parasının kısıtlanmasıyla ortaya çıkan kayıbın işbaşı yapma baş vuru parasıyla karşılanmasını bekliyoruz. Bu gerçekleşmediği taktirde, biz ülkenin tüm limanlarında yeni eylemler düzenlemeye hazırız. Anti-sosyal kanuna karşı faaliyetlerimiz gelecekte de sürecek.

Tüm diğer alanlardan aktif sendikacılarla birlikte, işverenlerin Schlüter hükümetinin desteğini alarak ileri sürdüğü ve LO'nun da (Ülke Örgütü, yetkili genel Sendikalar Birliği) kabul eder gibi göründüğü ücret artışı önerisinin (yaklaşık yüzde 5 civarında; enflasyon oranı ise yaklaşık yüzde 10 dolayındadır) tüm üye toplantılarında reddedilmesi için mücadele edeceğiz.

Biz buna hayır diyoruz. Kanun (kastedilen, çalışılmayan saatler için yardımın verilmemesini öngören kanun) sonucunda ortaya çıkan kötüleşmeleri karşılamayan toplu sözleşmeler yapılmamalı! Gerçek ücretler garanti edilmeli ve çalışma süresi kısaltılmalıdır. (Tüm Danimarka sendikalarının ilkin ileri sürdüğü talep: 35 saatlik iş haftası ve gerçek ücretlerin garanti edilmesidir) Bizi grevde destekleyenlerin tümüne ve aktif sendikacılara şunu diyoruz: Mücadele devam edecek, yalnızca mücadelenin şartları değişiyor. Bizim ortak hedefimiz hâlâ şudur: Kanun geçersiz kılınmalıdır."

FKÖ Ulusal Konsey'inin 16. toplantısı sona erdi

# Bir Filistin devleti için!

## *Silahlı mücadelenin sürdürülmesi kararlaştırıldı*

**CEZAYİR. — 14 Şubat'ta Cezayir'de Filistin Ulusal Konseyi 16. toplantısını yaptı. Ulusal Konsey, diğer bir deyişle sürgündeki parlamento, Filistin halkının siyasi temsilcisidir. 22.2 tarihine kadar süren tartışmalarda 355 delege, halkının geleceği, her şeyden önce öz bir Filistin devletinin kurulmasının adımları üzerine görüş belirttiler.**

Kongrenin açılış konuşmasını yapan FKÖ Başkanı Yassir Arafat, Ulusal Konsey'in hangi şartlar altında toplandığına değindi. ABD emperyalist saldırganlığından, onun tüm Arap uluslarını kontrol etme ve kendi nüfuz alanlarına bağlama çabalarından dolayı, — var olup olmama sorunlarından dolayı — Filistin devriminin ve aynı şekilde tüm Arap uluslarının bazı kışkırtmalara karşı durmaları gerektiğini, vurguladı. Beyrutt'ta sağlanan kararlı direniş tarihte yeni bör döneme giriştir; bu öylesine bir dönemdir ki, artık İsrail' in yıldırım savaşlarının dönemi son bulmuştur dedi. **Beyrut'taki savaşın ardından Ulusal Konsey'in toplanması gerçeği, FKÖ (PLO) ve onun yan örgütlerinin yok edildiği yönündeki tüm hayallere büyük bir darbe anlamını taşıdığına işaret etti.**

Konuşmasını sürdüren Arafat, ulusal birlik ve Filistinlilerin bağımsız olarak karar vermeleri, Filistin halkının ulusal benliğini billurlaştırmak için zaferin garantisidir dedi. Yaratıcı bir demokrasi temelinde kurulmuş sağlam bir birliğe karşı hiç bir alternatifin olmadığını vurguladı.

Coşkulu bir şekilde alkışlalanan açılış konuşmasında silahlı mücadeleye ilişkin olarak Yassir Arafat şunu söyledi: *"Biz, adalet ve uluslarası hak temelinde kurulmuş olan barış isteği için, halkımızın anavatana dönmek üzerine olan ifade edilmeyecek hakları için, kendi kaderini tayin hakkı ve ulusal topraklar üzerinde bağımsız bir Filistin devletini yeniden kurabilmek için silaha sarılmaya devam edeceğiz."*

Orta Doğu'daki duruma ilişkin olarak ise FKÖ siyasi büro yöneticisi, yani pratik olarak "Dışişleri Bakanı" olan Farouk Kaddomi ayrıntılı olarak görüş belirtti. Raporda, "İsrail'in (Lübnan'ı, KŞ) istila etmesinin ve bunun zamanının Washington tarafından FKÖ'nin alt yapısını ve onun siyasi ve askeri gücünü yok etmek hedefiyle planlandığına" yer verilmektedir. Arap ulusu içindeki bazı şartların ABD ve İsrail'in Lübnan istilasını gerçekleştirmelerini kolaylaştırdığı vurgulanmaktadır. Bu şartların belirleyici olanları olarak, İran-Irak savaşı, Mısır'ın tutumu ve Arap kampında olan diğer görüş ayrılıkları sayıldı.

Kaddomi'nin raporunda çok ayrıntılı bir şekilde ABD'nin planı ele alınmaktadır. Reagan Planı diyor Kaddomi; *"Amerika'nın bu bölgedeki politikasının genel çerçevesinden sapmıyor. Hedeflerinde bu Camp-David'den(anlaşması, KŞ) farklı değildir ve Filistin halkının kendi kaderini tayin etme hakkına ve bir Filistin devletinin kurulmasına karşı çıkmaktadır. Reagan planı bir yandan Filistin halkının ulusal haklarını tamamen gözardı ederken, diğer yandan Arap devletlerinden İsrail'i tanımalarını talep ediyor. O, bir kez daha Amerika'nın İsrail'in güvenliğini garantileme yükümlülüğünü ortaya koyuyor."*

Raporda devamla, İsrail istilası nedeniyle Arapların, birleşik ve siyasi bir eylemin gerçekleştirilmesi üzerine olan suskunluğu ve acizliği eleştiriliyor; Lübnan'ın resmi tutumu, bunun için sorumlu olarak nitelendiriliyor. Arap devletleri de bunda ortak sorumluluk taşıyorlardular; çünkü onlar potansiyellerini İsrail'in Lübnan istilasını önlemek için harekete geçiremediler deniyor.

Cezayir'de ayrıntılı olarak sürdürülen ve kısmende sert olan tartışmalarda özellikle bir Filistin devletinin kurulması için gelecekte atılması gereken adımlar da ele alındı. Bu noktaya ilişkin olarak sonuç protokolünde öncelikle önemli olan, 1967'den beri İsrail'in işgal altında bulundurduğu Batı Şeria'da, Gazze bölgesinde, Kudüs başşehir olmak üzere bir Filistin devletinin kurulmasının yanı sıra Ürdün'le bir konfederasyonun, bir bağlantının oluşturulabileceğini öngören kararıdır.

Aynı şekilde buna ilişkin olarak Ürdün Kıralı Hüseyin'in Filistinlilerin adına İsrail'le görüşme yapma ya da Filistinliler için konuşma mandasının hiç bir şekilde olmadığı açıkca belirtildi. Bu tür bir konfederasyon üzerine, işgal altında bulunan bölgelerde bir Filistin devleti gerçekleştikten **sonra** görüşülebileceğine işaret edildi.

Sonuç protokolünün, siyasi çözümün aşırı eleştiricileri tarafından bile onaylanması büyük bir başarı, gücün ve birliğin bir simgesidir. Çünkü FKÖ hâlâ işgal altında bulunan bölgelerde "silahlı mücadelenin sürdürülmesi" talebini savunmaktadır.

Filistin Ulusal Konseyi'nin 16. Bileşiminin bir diğer önemli sonucu ise, Yassir Arafat'ın FKÖ Başkanı olarak kalmasının yeniden onaylanmasıdır.

Filistin halkının Ulusal Kongresi yalnızca bir siyasi kongrede değildi. Bundan öte, FKÖ, Cezayir'de çalışmalarının tüm kapsamını, tüm dünyadan dayanışma belgelerini ortaya koydu, yaşam kuvvetini ve gücünü gösterdi.

Yapılan bir çok kültürel gecelerde Filistinli sanatçılar zengin bir program sundular; 80 devlet, uluslararası örgütler ve kurtuluş hareketleri Cezayir'e delegasyon gönderdiler. Yalnızca İsrail'in işgali altında bulunan bölgelerde yaşayan Filistinlilere sınır dışına çıkma yasağı konmuştu. Ancak Lübnan'daki Ansar Filistin göçmen kampındaki tutuklular gibi onlarda temsil ediliyorlardı. İsrail Birlikleri tarafından tutuklu bulundurulan bu kamptaki Filistinliler dışarıya resim çıkarmayı başarmıştılar. Bu resimler kongrenin yapıldığı salonunun girişindeki hole asılmıştılar.

Cezayir'de kongrenin yapıldığı aynı dönemde işgal altında bulundurulan Batı Şeriya'daki bir çok şehirde ve göçmen kamplarında büyük yürüyüşler düzenlendi. İsrail'in yoğun askeri baskısına rağmen, yürüyüşe katılanlar Ulusal Konsey'e desteklerini dile getirdiler. Yapılan bu yürüyüşlerde kısmende şiddetli çatışmalar oldu. Kudüs'ün Kuzeyinde bulunan Kalandia göçmen kampına siyonist müstemlekeciler ve askerler saldırdılar. Kamp halkı taşlarla kendisini savunmaya koyuldu. Bu çatışmalarda bir İsrail subayı ve çok sayıda asker yaralandılar.

Batı Şeria'daki tüm bölgelerde seçilmiş belediye başkanları, işgal altındaki köylü konseyleri yöneticileri, sendikaların, kadın ve yüksek okul öğrenci birliklerinin, klüplerin, sosyal kurumların temsilcileri ve bir dizi milli ve dini şahsiyetler Cezayir'de toplanan kongreye, Yassir Arafat'a ve Ulusal Konsey üyelerine bir dayanışma mesajı gönderdiler. Bu mesajda şöyle yazıyor: *"İşgal altında yaşayan halk olarak mücadeleci ve cesur yönetimimizin izinde yürüyoruz. Bizim onların kararlarına büyük güvenimiz ve ümidimiz var.* **Umarız ki, vatanımızın kurtulması ve ulusal bir Filistin devletinde halkımızın özgürlük ve kendi ulusal kaderini tayin hakkı umutlarının gerçekleştirilmesi için tek yasal temsilcinin yönetimi altında kararlan alınır."** Bu umutları Filistin Ulusal Konseyi yerine getirdi.

## Krefeld'de
# "Asla bir daha faşizm ve savaş istemiyoruz" kongresi yapıldı

26 ve 27 Şubat tarihinde Krefeld'de "Asla bir daha ne faşizm, ne de savaş" şiarı altında Gericiliğe, Faşizme ve Savaşa karşı *Voksfront'un* organize ettiği bir kongre yapıldı. Anti-faşist ve barış mücadelesinin en önemli noktalarının, yabancı düşmanlığına karşı mücadelenin ele alındığı çalışma gruplarına 250'ye yakın Alman ve yabancı, özellikle Türkiyeli anti-faşist ve demokrat katıldı. Çalışma gruplarında yapılan açılış konuşmalarından sonra, gruplarda yer alanlar, siyasi değerlendirmeler üzerine tartıştı, çeşitli şehirlerde söz konusu çalışma alanlarında edindikleri tecrübelerini aktardılar. Bu kongreye, *Volksfront* üyelerinin yanı sıra tüm Federal Almanya'dan bazı halk komitelerinin ve örgütlerinin temsilcileri, örneğin çocuk yardım kurumu, terre des hommes, Europeische Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter (CEDRI) ve diğerleri katıldılar.

Ancak ne var ki bir bütün olarak ele aldığımızda, *Volksfront* üyelerinin doğrudan birlikte çalışmadığı grupların yankısı kongreyi düzenleyenlerin arzu ettiği gibi değildi ki, bu gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı ortak mücadelenin çıkarı için iyi bir şey olurdu.

26 Şubat Cumartesi akşamı Seidenweberhaus'ta yaklaşık 450 kişilik bir kitlenin katıldığı ve zengin bir kültür programına sahip olan bir gece yapıldı. Gecede sahneye çıkan Türkiyeli sanatçı Melike Demirağ, İsviçreli Comedia Mundi Grubu, Kölnlü Zeitzünder ve Latin Amerikalı Karumanda grupları sundukları programla kitleyi muazzam bir şekilde çoşkulandırdılar.

Gecenin programında konuşmacılar olarak *Volksfront* Başkanı Harry Dubinsky, Heinrich Schirmbeck (yazar), CEDRİ üyesi ve geçen yıl Bavyera ve Baden Württemberg'deki iltica kamplarını ziyaret eden delegasyonun yöneticisi Nikolas Busch ve Ulrich Leicht yer alıyorlardı. Harry Dubinsky sıhhat durumunun kötü olmasından dolayı kongreye katılamadı.

Konuşma yapan yazar **Heinrich Schirmbeck** diğer şeylerin yanı sıra özellikle veni bir savaş tehlikesi üzerinde durdu. İkna olmuş insancıl birisi olarak o savaşı hazırlayanlara, ABD'nin yeni füzelerini Federal Almanya topraklarında üslemek isteyenlere karşı direnişe çağrı yaptı. Şayet burada füzelerin yerleştirilmesi planı gerçekleştirilecek olursa, o zaman tüm şarterler indirilmelidir, fabrikalarda ve her tarafta iş bırakılmalıdır dedi. Cenevre'de ve başka tarafta yapılan "silahsızlanma görüşmelerine" güvenmenin yanlış bir yol olduğunu vurguladı.

Heinrich Schirmbeck yazar olarak görevini, kendi dalındaki araçlarla insanların gözünü açtırmaya katkıda bulunmada ve zamanımızın acil sorunları üzerine yazılar yazmada görüyor. O, bu anlamda kendi çevresindeki sanatçılara seslenerek, aynı yönde bir faaliyet sürdürmeye çağırdı.

Heinrich Schirmbeck konuşmasının devamında, yazarların şimdiye değin olandan daha fazla insancıl bir gelecek için çaba sarf etmeleri gerektiğini, "kapitalizmin en yüksek aşamasına karşı alternatifler"in oluşturulasının önemini vurguladı. Bu toplumun çözemediği savaşın önlenmesi sorunu üzerine "sosyal modellerin" geliştirilmesi gerektiğine değindi. O, kendi deyimiyle "bu temsili parlamentarizmin gerçek demokrasiyle çok az bir ilişkisi vardır" dedi.

Gecede konuşma yapanlardan biri de Nikolas Busch'tu. O, konuşmasında Federal Alman makamlarının sığınma isteminde bulunanlara nasıl bir muamele gördüğünü, açıkca siyasi takiba uğrayanları, örneğin nasıl Ankara'daki faşist cuntaya teslim ettiğini ortaya koydu. Aynı şekilde CEDRİ'nin çalışmalarından olumlu örnekler verdi. Ve bunun Batı Alman iltica kamplarındaki ziyaretinde gördükleriyle, yani ilticacıların insancıl olmayan şartlar altında yaşamaya tabi kılındıklarıyla bağını kurdu. C.E.D.R.I'nin çalışmaları şimdiye değin bazı ilticacıların iade edilmesinin önlenmesine yardımcı oldu.

Zamanın gecikmesinden dolayı Ulrich Leicht konuşmasını yapmadı.

Kongrenin çalışmaları üzerine, çalışma forumlarının açılış konuşmalarını, bunların elde ettikleri sonuçların özetini ve toplantıda yapılan ya da okunmayan konuşmaların tümünü kapsayan bir materyal dosyasının oluşturulması öngörülüyor. Ancak bunun tam kapsamı ve içeriği ne kadar anti-faşistin bu materyallere ilgi duyduğu tespit edildikten sonra belirlenecek. Bunun için bu materyalleri almak isteyenler hemen şu adrese başvursunlar:
*Volksfront* Bundesgeschäftsstelle, Ellen Thielen, Mariahilfstr. 31, 5100 Aachen.

# 8 Mart Kadınların Uluslararası Mücadele Günü

**Kadınların eşit haklar uğruna uluslararası mücadele günü yaklaşıyor. Bu mücadele günü 1911 yılından bu yana her yıl geleneğine uygun olarak tüm dünya kadın emekçileri tarafından coşkulu bir şekilde kutlanıyor. Her yıl kadınların uluslararası bir mücadale gününün düzenlenmesi, 1910 yılında Sosyalist Enternasyonal'ın İkinci Kadınlar Konferans'ında Clara Zetkin'in önerisi üzerine kararlaştırıldı. Sosyalistler bu adımla kadınların toplumda özel bir baskı görmelerine karşı seslerini yükseltmek istiyordular.**

Bugün dünyanın her tarafında kadın emekçiler eşit haklar için seslerini yükseltmekteler. Örneğin Federal Almanya'da Heckel kadınları eşlerinin işyeri işgalini tüm güçleri ile desteklememiş olsaydılar, onların 3 aydan fazla bir süre direnişlerini sürdürmeleri söz konusu olamazdı.

Kadınlar bugün bu toplumun çok yönlü kurbanlarını oluşturuyorlar. Örneğin krizin baş gösterdiği dönemlerde bundan ağır bir şekilde etkilenen kadın emekçilerdir. Erkek iş arkadaşlarıyla aynı işi yapmalarına rağmen onlardan daha az ücret alan gene kadın emekçilerdir.

Bugün CDU/CSU partileri katolik piskoposlarla anlaşarak Karlsruhe Federal Anayasa Mahkemesi'nde cocuk aldırmaların hastalık sigorta belgesi (Krankenschein) üzerinden finanse edilmesinin yasaklanması için bir dava açtılar. Ancak onların bu saldırısına karşı kadınlar sessiz kalmadılar. Geçen hafta sonunda buna karşı 5 bin kadın emekçi Karlsruhe'de büyük bir protesto yürüyüşü yaptı.

Öte yandan kadınlar arasında ise bugün yabancı kadınlar daha büyük bir ayrıcalığa, bir baskıya tabi tutulmaktalar; onlar yabancı olmalarından dolayı üç kat baskı görmekteler. Ve kriz dönemlerinde yabancı kadınlar eşleri gibi ilk planda işten atılmaktalar. Zaten sınırlı olan hakları kısıtlanarak sınırdışı edilmeye çalışılmaktalar.

Bu yılda 8 Mart'ta kadın emekçiler sessiz kalmak istemiyorlar. Örneğin **Hamburg DGB üyesi kadın emekçiler 8 Mart'ta seslerini yükseltmek için bir yürüyüşe çağrı yapıyorlar. Eşit eğitim, eşit işe eşit ücret, eşit mesleki olanaklar vs. talepleri ileri süren Hamburg DGB üyesi kadınların yürüyüşü saat 17.00'de Moorweide'de, Dammtorbahnhof'un Karşısında başlayacak. Yürüyüşün bitiminde saat 18.30'a doğru sendika binasının önünde bir miting yapılacak.**

**Ayrıca saat 19.00'dan itibaren Besenbinderhof'taki sendika binasında bir kadın şenliği düzenlenecek.**

# İşyerlerinin yok edilmesi protesto edildi

**Geçen hafta Federal Almanya'nın bir çok şehrinde düzenlenen eylemlerle işyerlerinin yok edilmesi protesto edildi.**

Pazartesi günü Dortmund'da Thyssen tekeline ait olan Magnat Werke'de çalışan 1000 yerli ve yabancı işçi yaklaşık bir saatliğine işi bırakarak işyerlerinin yok edilmesi planını protesto ettiler.

Yukarı Hessen şehri Alsfeld'de ise salı günü 380 işçinin çalıştığı ve giyim eşyası üreten Georg Bücking işçileri, patronun bir gün öncesinden tüm işçilerin çıkışını vermesine karşı direnişe geçtiler. Pazartesi gecesi 30'a yakın kadın ve erkek işçi fırmada nöbet tutarak makinaların sökülmesini ve hazır malların götürülmesini önlediler. Protesto eyleminin yapıldığı esnada fabrika sirenleri ve kilise çanları da çaldı. Aynı şekilde Alsfeld'deki işletmelerde binlerce işçi Georg Bücking işletmesinin işçileriyle dayanışmaya girerek 10 dakikalığına işi bıraktılar.

Perşembe günü ise İG Metall sendikası Hamburg'ta "işyerleri için, ücretlerin düşürülmesine karşı" şiarı altında bir yürüyüşe çağrı yaptı. Çoğunluğunu yerli ve yabancı metal işçilerinin, özellikle HDW tersane işçilerinin oluşturduğu yürüyüşe toplam olarak 5 bine yakın işçi katıldı. Ayrıca Almanya Komünist Partisi, KPD de kitleleri yürüyüşe seferber etmek amacıyla bir bildiri çıkararak Hamburg'taki çeşitli işletmelerin önünde dağıttı. Bu bildiride Hamburg'ta işyerlerinin yok edilmesi sorunu ele alınmakta, bunun bir kader olmadığı vurgulanmakta ve bunun kapitalist ekonomik krizin yüklerinin bizim sırtımıza bindirilmesinin bir ifadesi olduğuna işaret edilmektedir. Ayrıca İG Metall yönetiminin yürüyüşü iş saatinin dışında düzenlemesi tavrı eleştirilmektedir.

Cumartesi günü ise Bayreuth'de bir işçi gösterisi yapıldı. Bu yürüyüşü Grundig işçileri ve aileleri tekel yönetiminin 2000 işyerini yok etme planını protesto etmek için düzenlemiştiler. Yürüyüşe toplam olarak 2 bini aşkın yerli ve yabancı işçi katıldı. Ayrıca Bayreuth'deki Grundig işçileri daha önce Federal Hükümet ve Bavyera Eyalet Hükümeti'ne açık bir mektup göndererek Grundig tekelinin devletleştirilmesini talep etmiştiler.

25 Şubat'ta Bremen Klöckner-Hütte'de de yerli ve yabancı işçiler işi bırakarak işletme yönetiminin çıkış planını protesto ettiler. Saat 8.30'a doğru işi bırakan sabah vardiyasındaki işçiler saat 12'ye kadar direnişlerini sürdürdüler. İşçiler uyarı grevinde aynı şekilde Klöckner-Hütte'nin devletleştirilmesini talep ettiler.

# Faşist NPD Dortmund mitinginde umduğunu elde edemedi

**Faşist Almanya Milliyetçi Partisi, NPD 26 Şubat'ta Dortmund'da "büyük" bir mitinge çağrı yapmıştı. Alten Markt'ta yapılan ve Parti Başkanı Martin Mussgenug'un konuştuğu bu miting uzun sürmedi. Miting alanına gelen 200 Alman ve Türkiyeli anti-faşistler onun konuşmasını slogan atarak ve ıslık tufanına tutarak bastırdılar.**

Bu mitingten bir kaç hafta önce aynı yerde Naziler geniş bir çağrı yapmadıkları bir miting daha düzenlemiştiler. O zaman tesadüfen oradan geçen bazı anti-faşistler bir araya gelerek bu mitingi protesto etmiştiler ve bu protestoya halktan bir çok kişi de katılmıştı.

Ancak bu kez daha başından faşistlerin mitingini engellemek isteyen anti-faşistler alana toplanmıştılar. Yaklaşık on Nazinin katıldığı bu "büyük miting"e yoğun polis birlikleri seferber edilmişti ve faşistlerin miting alanı kordon altına alınmıştı.

Yabancı düşmanlığını kışkırtan Nazinin konuşmasına karşı Alman ve Türkiyeli anti-faşistler sessiz kalmadılar ve konuşmayı ıslık tufanına tutarak bastırdı, "Naziler defolun", "Yabancılar kalmalı, Naziler kovulmalı" sloganlarını gür bir şekilde haykırarak protesto ettiler. Daha sonra İçişleri Bakanlığı tarafından Dev Sol'un ve Halk Der'in yasaklanması kararını protesto eden ve Nazi mitinginden bir saat önce başlayan yürüyüşe katılan Türkiyeli ve Alman anti-faşistleri geldiler. Anti-faşistler devletin baskı güçlerinin koruyuculuğu altında biz yabancılara karşı panzehirlerini dökmeye, Alman halkını yabancılara karşı kışkırtmaya çalışan Nazilere karşı protestoyu NPD malzemelerini toplayarak miting alanından ayrılıncaya dek sürdürdüler.

## HAFTANIN YORUMU

*6 Mart'ta Federal Almanya'da erken parlamento seçimleri yapılacak! Mart ayı içerisinde aynı şekilde Schleswig Holstein ve Rheinland-Pfalz'da da eyalet seçimleri yapılıyor. Bu seçimler krizin giderek derinleştiği, kapitalistlerin işçi sınıfının ve emekçi halkın kazanılmış haklarına yoğun saldırılar düzenlediği, Batı Alman işçi sınıfının en zayıf halkasını oluşturan biz yabancılar üzerindeki baskıların yeni bir hız kazandığı bir dönemde düzenleniyorlar. Bu öyle bir ortam ki, bugün büyük sermaye artık sınıflararası işbirliği siyasetini sert bir şekilde reddediyor. Bunun için kesin gelişmeler parlamentoda belirlenmese bile, bu seçimler küçünsenmez bir öneme sahipler.*

# *Yabancılara eşit sosyal ve siyasi haklar!*

*Seçme hakkına sahip olan 43 milyonu aşkın Alman yurttaşları Federal seçimler için pazar günü sandık başına gitmeye çağrılırken, seçim sonuçlarından doğrudan etkilenecek biz yabancıların seçme ve seçilme hakkımızın olmaması bundan öncekiler gibi bu seçimin de bir özelliğidir. Alman yurttaşlarının sahip olduğu diğer hakların büyük çoğunluğundan mahrum bırakıldığımız gibi en temel burjuva demokratik bir hak olan seçme ve seçilme hakkı, seçme ve seçilme yaşında olan üç milyonu aşkın biz yabancılara tanınmak istenmiyor. Böylece bizim, bir bütün olarak Federal Almanya'daki gelişmeler için, bunların bir parçası olan yabancılar politikası için küçümsenmeyecek bir öneme sahip olan Federal Parlamento seçimlerini bir seyirci gibi izlememiz söz konusudur. Bu seçimlerde gelecek dört yıl için bugün koyu gericiliğin yönetimde kalmasını istediği CDU/CSU partilerinin mi, yoksa sermayenin çıkarlarını yerine getirmek isteyen, ama tabanını ve sendikalarla olan ilişkisini göz önünde bulundurması gereken bir SPD'nin mi başa gelip gelmeyeceği küçümsenmeyecek bir öneme sahiptir.*

*CDU/CSU koalisyon hükümeti kurulur kurulmaz Batı Alman işçi sınıfının ve emekçi halkının sosyal haklarını kısıtlamaya koyuldu. Örneğin burslar kısıtlandı, işsizlik parasına, sosyal, kira, annelik yardımlarına, yürüyüş, toplanma, özgürlüğüne yeni saldırılara girişildi. Devletin faşistleştirilmesi, çılgınca silahlanma vs. daha da hızlandırılmaya çalışıldı. Ücretlerin dondurulması talepleri yükseltildi vb. vs. Tüm bu saldırılara paralel olarak Batı Alman işçi sınıfının en zayıf halkasını oluşturan, siyasi hakları sınırlı olan biz yabancı işçiler ve ailelerimiz üzerindeki baskılar da yeni bir hız kazandı. 6 yaşından büyük olan çocuklarımızı buraya getirmemiz, derneklerde örgütlenmemiz, siyasi faaliyet sürdürmemiz önlenmek ve kendiliğinden gitmeyenlerin zorla sınırdışı edilmesi isteniyor. Kısacası, Batı Alman hakim sınıfları ve onların Bonn'daki siyasal temsilcileri biz yabancıları tüm siyasi haklardan yoksun olan birer modern iş kölelerine dönüştürmek istiyorlar!*

*Bir çoğumuz 50'li yılların sonunda ve 60'lı yılların başında ucuz iş gücü olarak buraya getirildik. Ve bu dönemden beri burada çalışan, yaşayan ve Alman yurttaşlarının yükümlülüklerinin hemen hemen tümünü yerine getiren biz yabancılar seçme ve seçilme hakkı da dahil, siyasi hak ve özgürlüklerin büyük çoğunluğundan mahrum bırakıldık, bırakılıyoruz. Bu hakların bize tanınması yerine zaten sınırlı olan demokratik hak ve özgürlüklerimizin kısıtlanması öngörülüyor. Bir çoğumuz 30 yıla yakın bir süredir burada yaşamamıza rağmen niçin bize Alman yurttaşlarının sahip olduğu aynı yasal siyasi haklar tanınmak istenmiyor? Çünkü birincisi, Batı Alman kapitalistleri bizi ucuz iş gücü olarak buraya getirdiler. İkincisi ise, onlar bizi çalıştırarak sırtımızdan muazzam kârlar vurmak istiyorlardı, istiyorlar. Üçüncü olarak ise, bu emellerini ancak bizi Alman yurttaşlarının, işçilerinin sahip olduğu haklardan yoksun bırakmakla üzerimizdeki baskıları daha kolay bir şekilde artırarak gerçekleştirebilirler. Örneğin ekonominin yabancı işgücüne ve bunun oranına ihtiyaç duyduğu sürece bizi burada bırakıp, ya da sayımızı azaltıp ya da tamamen gönderebilirler. Kısacası biz yabancıların Alman yurttaşlarının sahip olduğu haklara sahip olmamamız, kapitalistlerin ve onların siyasi temsilcilerinin Batı Alman işçi sınıfının ve emekçi halkının birliğini bölmesini, bunları kendi aralarında birbirine karşı kışkırtmasını, en zayıf halkasını artan işsizliğin, işyerlerinin yok edilmesinin, sosyal hakların kısıtlanmasının sorumlusu olarak göstermesini ve böylece krizin faturasını işçi sınıfına ödetmesini, onlar üzerindeki saldırılarını yoğunlaştırmasını kolaylaştırır. Bunun için bugün biz yabancı işçilerin Alman sınıf kardeşlerimizin aynı haklarını elde etmemiz bir bütün olarak Batı Alman işçi sınıfının yararınadır. Çünkü bu kapitalistlerin ve onların Bonn'daki sözcülerinin işçi sınıfını bölme emellerini zorlaştıracaktır.*

*Bunun için bu temel sınıf çıkarlarından hareketle partimiz KPD, Federal Almanya'da yaşayan yabancılara seçme ve seçilme hakkı da dahil tüm siyasi hakların tanınmasını talep ediyor. Ancak şunu hemen belirtelim ki, Federal seçimler için seçme ve seçilme hakkının tanınması uzun bir süreçte, çifte vatandaşlık hakkının gerçekleştirilmesi ile mümkündür. Bundan ötürü, partimiz KPD, yabancıların eşitsiz bir muamaleye tabi tutulmalarını azaltacak her talebi desteklemektedir. Bunun için o, bugün bir çok kesim tarafından ileri sürülen yabancılar için yerel seçim hakkının gerçekleştirilmesini ilk planda talep ediyor. Ve bu taleplerimizi ancak Alman sınıf kardeşlerimizin desteğini alarak gerçekleştirebiliriz.*